

Nr. 1/2012

Februar - April 2012

CUBA LIBRE

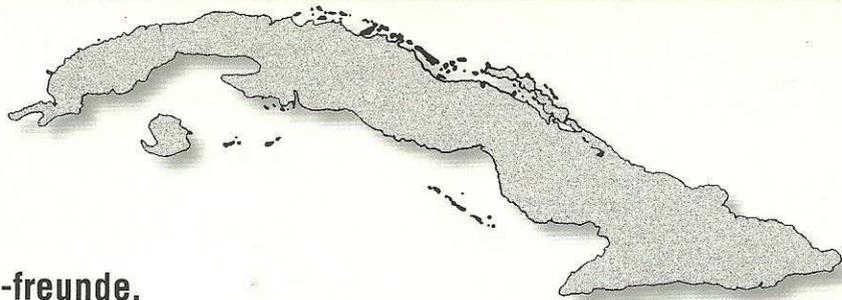
ISSN 0178-2460

€ 3,10

- José Martí Brigade 2011 mit Fotos
- Nähmaschinen für Cuba u.a. Soli-Aktionen
- Kalter Krieg gegen Cuba im Bundestag
- O-Ton: Reflexionen Fidel Castros zu Libyen

Das falsche Leben im richtigen?

**Kooperativen als Chance oder Bremsklotz
für den Sozialismus**



Liebe Cubafreundinnen und -freunde,

ein neues Jahr hat begonnen, am 1. Januar hat Cuba den 53. Jahrestag seiner Revolution gefeiert.

Obwohl die letzten 5 Jahrzehnte geprägt waren von der unerbittlichen Wirtschafts-, Finanz- und Handelsblockade, die die USA gegen Cuba verhängt haben und weltweit durchzusetzen versuchen, ist Cuba ein leuchtendes Vorbild, nicht nur für Lateinamerika geblieben.

Die moralische Stärke, der solidarische Umgang, die großartigen wissenschaftlichen und kulturellen Errungenschaften, die soziale Gerechtigkeit auf der Insel sprechen für sich. Die Tatkraft und das persönliche Beispiel der integren Staatsmänner Fidel und Raul Castro haben mit dem cubanischen Volk die Fundamente dafür gelegt und waren Triebkraft für die Weiterentwicklung.

Nicht zuletzt die tiefgreifende Erneuerungsfähigkeit, mit der den veränderten Bedingungen außerhalb und innerhalb des karibischen Landes Rechnung getragen wird, ist beeindruckend und die Cuba Libre wird auch die Entwicklungen, die mit dem letzten Parteitag angestoßen worden sind, mit großer Anteilnahme begleiten. So werden in unserem Schwerpunktthema diesmal die verschiedenen Aspekte zu Kooperativen in Bezug auf die gesellschaftliche Entwicklung beleuchtet.

In dem zu Ende gegangenen Jahr hat sich Fidel Castro mit Akribie und Weitsicht in seinen Reflexionen auch zu den weltpolitischen Vorgängen zu Wort gemeldet. Insbesondere zu den Ereignissen um und in Libyen, bis es zum Sturz und zur Ermordung Muammar al-Gaddafis kam, sind seine Überlegungen aufschlussreich. Daher dokumentieren wir Auszüge davon auf unseren O-Ton Seiten, die nach längerer Zeit wieder in diesem Heft erscheinen.

Mit dem neuen Jahr wird es bei aller Kontinuität auch einige Veränderungen in Bezug auf unsere Zeitschrift Cuba Libre geben. Die technische Herstellung wechselt von Nürnberg nach Berlin und damit auch die presserechtliche Verantwortlichkeit und die Koordinierung der Redaktion. Ab Heft 2/2012 liegt diese bei Marion Leonhardt, ebenfalls Mitglied des Bundesvorstands der FG BRD-Kuba.

Ihre/Eure Beiträge für die Cuba Libre können aber auch wie bisher jederzeit über die Geschäftsstelle der FG an die Redaktion der CL gesandt werden und wir hoffen, dass uns weiterhin viele Texte, Fotos und LeserInnenbriefe erreichen! Bitte immer den im Heft veröffentlichten Termin für den Redaktionsschluss beachten.

Für die Redaktion - Marianne

Impressum:

Herausgeber: Vorstand der Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA e. V., Maybachstr. 159, 50670 Köln
Tel.: 0221 / 24 05 120,
Fax: 0221 / 606 00 80,
E-MAIL: info@fgbrdkuba.de
- www.fgbrdkuba.de

Konto: Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 370 205 00, Kto.-Nr.: 1236900

Spendenkonto: Postgiro Köln, BLZ 370 100 50, Kto.-Nr.: 30 79 84 - 507

Redaktion: Uli Fausten, Peter Nowak, Bernhard Ostermeier, Marianne Schweinesbein. **Vi.S.d.P.:** Marianne Schweinesbein

Titelfoto: Abschiedslied. Brigade 2011.

Christian Dörner

Druck: CITY-DRUCK, Eberhardshofstr. 17, 90429 Nürnberg.

MacPublishing: Plärrer Technik, Singerstr. 26, 90443 Nürnberg.

CUBA LIBRE erscheint vier Mal im Jahr. Jahresabo: Inland: 10,50 €; Ausland: 16,00 €; Einzelheft: 3,10 € + Porto. Kündigung des Abonnements bis 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 1. März 2012

ISSN: 0178-2460

inhalt

kooperativen auf cuba

Das falsche Leben im richtigen? 3

cuba aktuell

Kuba kämpft weiter um wirtschaftliche Effizienz 8

Kalter Krieg im deutschen Bundestag 9

UNO: 186 Länder gegen die Blockade 10

PayPal blockiert weiterhin cubanische Waren 10

5 gefangene

Internationale Solidarität wird die Fünf befreien 11

Solidarität an einem ungewöhnlichen Ort 12

Auch im Kongo: Solidarität mit den Fünf 13

Amnestie auf Cuba 13

Der Tag der Menschenrechte - anders gesehen 14

pinwand

..... 15

o-ton

Fidel Castro, Nato in der Völkermord-Rolle 17

aus der fg

José Martí Brigade 2011, persönlicher Bericht 23

Köln, »Revolution heißt ändern was zu ändern ist« 25

solidarität

Frauen helfen Frauen, Zwischenbericht 26

trikont: lateinamerika

Venezuela von unten, Rezension, 28

Honduras, Abgeordnete dürfen nicht in Krisenregion 29

Kolumbien, permanente Menschenrechtsverletzungen 29

trikont: afrika

Libyen, Tötungskultur der »westl. Wertegemeinschaft« 30

leserInnenbriefe

..... 31

reisen

Reisebericht Cuba 2011, G. Lenner 32

cuba kurz

..... 35

Das falsche Leben im richtigen?

Eine Analyse von Günter Pohl

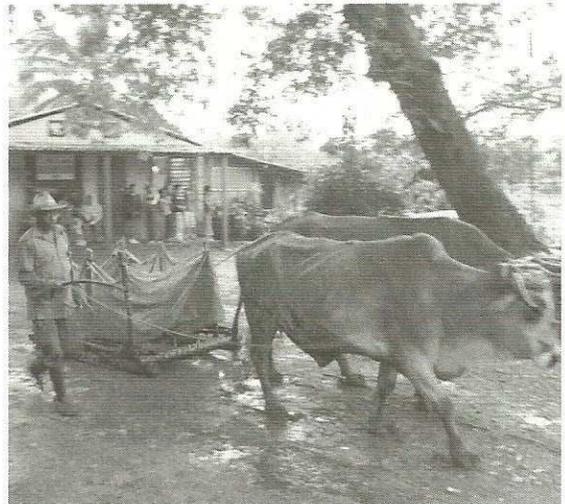
In den Leitlinien und den daraus entstandenen Beschlüssen des 6. Parteitags der Kommunistischen Partei Kubas werden Genossenschaften als eine der Möglichkeiten gesehen, nicht-staatliche Arbeit zu organisieren. Grund genug sich mit Genossenschaften zu beschäftigen, die für manche die Lösung zur Bewahrung des kubanischen Sozialismus sind.

Das Genossenschaftswesen in der Welt ist über hundertfünfzig Jahre alt, und seit 1895 gibt es sogar einen internationalen Dachverband. Schaut man auf grundlegende Zielstellungen von Genossenschaften, so wird klar, dass diese zuvorderst an den Interessen ihrer Mitglieder orientiert sind: es gilt gemeinsame wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Interessen abzudecken. Zu diesem Zweck wird entweder eine Unternehmung neu aufgebaut oder umgestaltet. In vielen Fällen ist das eine Produktionsgenossenschaft in der Industrie, im Handwerk oder in der Landwirtschaft, aber es kann sich auch um Konsum-, Handels- oder Kreditgenossenschaften handeln, genauso wie um Wohnungsgenossenschaften oder Transportkooperativen. Weltweit soll es zwischen 700 und 800 Millionen Genossenschaftsmitglieder geben, die idealtypischer Weise nach diesen sieben Prinzipien organisiert sind: Offenheit für neue Mitglieder, betriebliche Demokratie, wirtschaftliche Teilhabe der Mitglieder, betriebliche Autonomie und Unabhängigkeit, Priorisierung von Erziehung und Information der Mitglieder und der Öffentlichkeit, Kooperationsmechanismen zu anderen Genossenschaften, Verbindung zur sie umgebenden Kommune. Aber in den kapitalistischen Ländern, wo sie überwiegend im landwirtschaftlichen Bereich agieren, sind sie kaum daran orientiert.

Theoretischer Ansatz

Sind Genossenschaften eine Art Zwitter, mit Elementen von Kapitalismus und Sozialismus? Oder lassen sie sich mehr oder weniger eindeutig einer Seite zuordnen? Die Frage kann nur beantworten, wer eine Entscheidung fällt, ob innere Demokratie oder Besitzverhältnisse wichtiger sind. Sie eher dem sozialistischen System zuzuschlagen, läge nahe bei ausschließlicher Betrachtung der innerbetrieblichen Entscheidungsstrukturen; jedoch lässt die Besitzfrage auf eine Form kapitalistischer Produktionsweise schließen, denn die Mitglieder der Genossenschaft sind Privatbesitzer des Betriebs, nur eben mit gleichen Rechten untereinander. In einer kapitalistischen Gesellschaft könnten Kooperativen in der Tat das »richtige Leben im falschen«⁽¹⁾ sein, allerdings selbst dann ausschließlich für ihre Mitglieder - denn die sie umgebende Gesellschaft hat keinen Anteil an diesen genossenschaftlichen Betrieben; und oft auch keinen Nutzen. Das schmerzt im Kapitalismus nicht mehr als andere seiner Realitäten, aber im Sozialismus kann es ein Stachel im Fleisch sein. Besonders wenn sie, wie auf Kuba, auf Kosten staatlicher Betriebe eingeführt werden, dürfte man sie demnach als Rückschritt ansehen. Sie sind dort etwas wie das »falsche Leben im richtigen«. Oder - korrekt angewandt - etwa doch nicht?

Lenin jedenfalls sah Genossenschaften als Ort der demokratischen Praxis, wo sozialistische Werte produziert würden, und führte, bezogen auf die Durchsetzung des Sozialismus auf dem Lande, aus: »Die Verfügungsgewalt des Staates über alle großen Produktionsmittel, die Staatsmacht in den Händen des Proletariats, das Bündnis dieses Proletariats mit den vielen Millionen Klein- und Zwergebauern, die Sicherung der Führerstellung dieses Proletariats gegenüber der Bauernschaft (...) ist das nicht alles, was notwendig ist, um die vollendete sozialistische Gesellschaft zu errichten? Das ist noch nicht die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft, aber es ist alles, was zu dieser Errichtung notwendig und hinreichend ist.« Das zur Zeit nach dem Sieg der Revolution. Gleichzeitig warnte er vor der »Träumerei, dass man durch bloßen genossenschaftlichen Zusammenschluss der



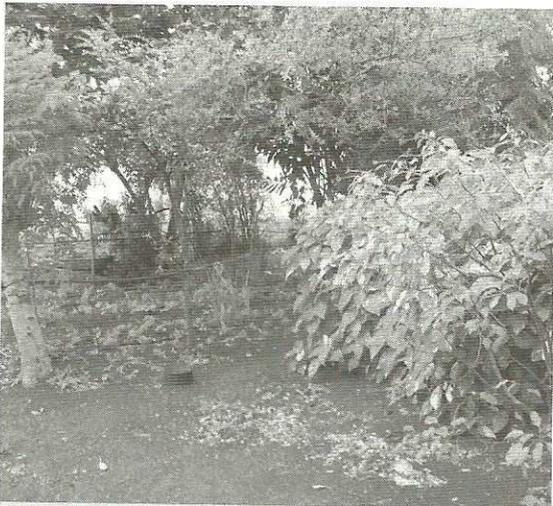
Durchaus üblicher Treckerersatz

Bevölkerung die Klassenfeinde in Klassenfreunde und den Klassenkrieg in den Klassenfrieden verwandeln könne«, hier bezieht er sich auf die Zeit davor.⁽²⁾

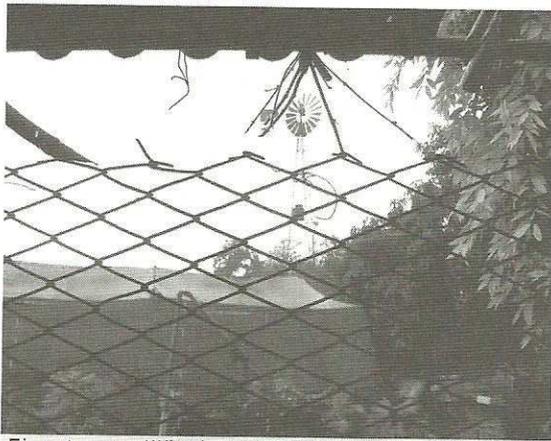
Genossenschaften in der Geschichte

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren Genossenschaften im Kapitalismus eine Antwort auf die ungelösten Probleme der Versorgung, jedoch auch der mangelnden Mitsprache in Betrieb und Gesellschaft. Genossenschaften sollten wirtschaftliche Demokratie als Hebel für gesellschaftliche Partizipation nutzen können, für manche aber auch einen Übergang zu einer sozialistischen Gesellschaft bereiten helfen. In dem Maße, wie sie jedoch als soziales Gewissen der Ausbeutungsgesellschaften zuerst hingenommen, dann gebraucht und schließlich nötig wurden⁽³⁾, nahmen in ihnen konsequenter Weise die Kräfte überhand, die sich eine sozialistische Gesellschaft nicht real, sondern allenfalls als - Utopie bleibendes - Druckmittel für einen besseren Kapitalismus vorstellen konnten. Aber der bekam kein menschliches Antlitz, weil es in seiner Wirtschaftsweise nicht vorgesehen ist.

Auch die Durchsetzung des Sozialismus zuerst in Russland, dann in Osteuropa und weiten Teilen Asiens verhalf dem Genossenschaftswesen in den verbliebenen kapitalistischen Gesellschaften nicht zu einem Aufschwung nennenswerter Größe - in der als Schaufenster zum Osten genutzten BRD waren vielmehr die Gewerkschaften mit hohen Abschlüssen und Mitsprache zu gewinnen - Nutznießerinnen ihrer offenkundigen Systemtreue. Dem Sozialismus einen »genossenschaftlich-weichgespülten« Kapitalismus vorzu-



Im UBPC-Organopónico »Vivero Alamar« wird auf Vermeidung von Monokulturen geachtet



Einsatz von Windenergie

halten, war demnach nicht auf der Tagesordnung, schon deshalb, weil damit ein Kalter Krieg nicht zu gewinnen war. So blieben Genossenschaften in der BRD vorwiegend auf überbetriebliche Zusammenschlüsse von Kleinunternehmern wie im Handwerk, im Wohnungsbau und in geringem Umfang auf die Landwirtschaft begrenzt; schaut man auf tatsächliche Produktionsgenossenschaften, überwiegt allerdings die Landwirtschaft. Rein aus Personen eines Betriebs und nicht aus Kleinunternehmern bestehende Genossenschaften waren und sind also wesentlich seltener als z. B. Handels- oder Einkaufsgenossenschaften, die eher ständischen Organisationen wie Innungen oder anderen Berufsverbänden ähneln.

War/ist also im Kapitalismus »das alternative Wirtschaften kein Angebot einer Systemvorstellung einer anderen Ökonomie, sondern zeichnet sich gerade durch die theoretische Analyse des fragmentarischen Charakters des Anderen im Allgemeinen aus«⁽⁴⁾, bleibt es also eine Randerscheinung mit vager Perspektive, so war/ist seine Stellung

im Sozialismus nicht zuletzt strategischen Überlegungen der Schwierigkeiten bei der revolutionären Umgestaltung geschuldet. Im Gegensatz zu den Genossenschaften in der BRD - wie gesagt sehr häufig allein Vereinigungen von Selbständigen - waren die Genossenschaften in der DDR Hebel zur Überwindung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, das bis dato in den sozialistischen Gesellschaften des RGW in mehr oder weniger großem Maße vorhanden war.

In den sozialistischen Staaten selbst wurden Genossenschaften nach 1945 folglich in umfangreicherem Maße gegründet als in den kapitalistischen. Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften z. B. in der DDR und den anderen sozialistischen Ländern Osteuropas waren einerseits zentraler Pfeiler der sozialistischen Umgestaltung (die Bodenreform durch die Enteignung der Großgrundbesitzer war neben der Übernahme der Industriebetriebe durch den Staat gleichzeitig politisches Projekt und nach außen sinnfälligstes Zeichen der neuen Zeit), andererseits angesichts der kleinen Betriebsgrößen der neu entstandenen Höfe eine Notwendigkeit um wirtschaftlich effektiv produzieren zu können. Auch Modernisierung der Produktion durch Einsatz von Großmaschinen machte eine gemeinschaftliche Nutzung von maschinellen Ressourcen zwingend, weshalb private Bauern in der Regel von einer LPG-Mitgliedschaft überzeugt werden konnten. Im Gegensatz zu den Sowchosen in der Sowjetunion blieb der Boden in den LPG der DDR übrigens rechtlich Besitz des Bauern, der ihn in die Genossenschaft einbrachte; also in etwa eine Entsprechung des Kolchosenmodells der UdSSR.

Kooperativen auf Kuba

Auf Kuba gab es vor der Revolution kaum Genossenschaften, denn - so der am »Studienzentrum kubanischer Wirtschaft« (CEEC) der Universität Havanna lehrende Forscher Armando Nova in einem Beitrag für das neue Buch der auch an dieser Universität lehrenden Wirtschaftsprofessorin Camila Piñero Harnecker über »Kooperativen und Sozialismus«⁽⁵⁾ - die 1940er Verfassung sah zwar Unterstützung des Staates für Genossenschaften vor, aber es wurde kein Gesetz formuliert⁽⁶⁾, während das Kooperativenwesen in Lateinamerika allgemein, speziell in Argentinien, aber auch in Venezuela, Peru oder Kolumbien zur Mitte des 20. Jahrhunderts bereits mehr oder weniger entwickelt war. Die ersten Jahre der Revolution brachten mit der Bodenreform (in den befreiten Gebieten bereits ab Oktober 1958) radikale Umgestaltungen, im Zuge derer hunderttausend Bauern Land zugesprochen bekamen; 1959 hatten noch 9,3 Prozent der Grundbesitzer 73,3 Prozent des Landes besessen. 1963 wurde der private Besitz an landwirtschaftlicher Fläche auf 67 Hektar begrenzt; der staatliche Anteil am Boden stieg auf über 70 Prozent. Genossenschaften auf Kuba wurden ab 1960 mit den CCS (Kooperativen für Kredit und Dienstleistungen) und 1976 den CPA (Kooperativen landwirtschaftlicher Produktion) gegründet. 1993, angesichts der Sonderperiode, kamen die UBPC (Basiseinheiten genossenschaftlicher Produktion) hinzu. Vorab hier zur Klarstellung: das Kooperativenwesen ist trotz der privaten Besitzverhältnisse nicht zu verwechseln mit dem alten und neuen kubanischen Privatunternehmertum der »Cuentapropistas« (Arbeit auf eigene Rechnung)⁽⁷⁾, die in diesem Beitrag nicht, ansonsten aber in vielerlei Medienberichten Thema sind - mit unterschiedlichem, aber meist eher dürftigem Gehalt.

Kuba hat heute fünf Varianten der landwirtschaftlichen Produktion: die staatliche, die private und die drei genannten, unterschiedlich getreten genossenschaftlichen (CCS, CPA und UBPC). Als sozialistisches Land baute die Revolution Genossenschaften in ähnlicher Motivation auf wie es in der DDR oder anderen Ländern des RGW geschah, und zwar allein im landwirtschaftlichen Sektor. Aus den ersten Bauernassoziationen wurden zunächst die CCS, in denen die Mehrzahl der organisierten Bauern Privatbesitz in die Genossenschaft einbrachte, als eine historische Notwendigkeit im Rahmen der Bündnispolitik für den sozialistischen Aufbau. In Gesetz 95 über Produktions- und Kredit- und Dienstleistungskooperativen aus dem Jahr 2002 definiert sich das Konzept der CCS so: »Eine CCS ist eine freiwillige Assoziation kleiner Landwirte, die Eigentum oder Nießbrauch an Ländereien oder

Produktionsmitteln haben, wie auch über ihre Produktion. Es ist eine landwirtschaftliche Kooperationsform, mit der den Kleinbauern die technische, finanzielle und materielle Hilfe des Staats zur Erhöhung der Produktion sowie zur Kommerzialisierung ausgehandelt und ermöglicht wird. Sie ist eine eigenständige juristische Person und verantwortet ihre Handlungen mit ihrem Vermögen.« Aus einer CCS kann sich der Bauer zurückziehen und dabei seine eingebrachten Ländereien und Produktionsmittel wieder mitnehmen. Dann kamen 1976 die CPA, mit der Verabschiedung der revolutionären Verfassung im gleichen Jahr, als höhere Stufe der landwirtschaftlichen Produktion. Im Gegensatz zu den CCS verkauften hier die Bauern ihre Produktionsmittel an die Kooperative und werden zu gemeinsamen Besitzern und Arbeitern. Im erwähnten Gesetz heißt es: »Die Kooperative landwirtschaftlicher Produktion ist eine wirtschaftliche Einheit, die eine erweiterte und effiziente Form der sozialistischen Produktion mit eigenem Vermögen und eine juristische Person ist, gebildet aus dem Land und anderen Gütern, die von den Kleinlandwirten beigetragen wurden, und der sich andere Personen anschließen können, mit dem Ziel einer nachhaltigen landwirtschaftlichen Produktion.« Heute geht der Anteil an CPA zurück, da die (mehrheitlich in den CCS organisierten) Privatbauern effektiver produzieren.⁽⁸⁾ Grundsätzlich ließ sich um 1990 feststellen, dass CPA und CCS zusammen genommen jedoch deutlich rentabler arbeiteten als die staatlichen Großbetriebe.⁽⁹⁾ Schließlich wurden mit der Sonderperiode neuerlich aus politischen Erwägungen, aber damit zusammenhängend im Kontext der Versorgungslage, im September 1993 die UBPC gegründet. Mittels Gesetz Nr 142 und Resolution 629 des Wirtschaftsministeriums konvertierte der Staatsrat die Mehrzahl der staatlichen Zuckerrohrfelder in »Basiseinheiten genossenschaftlicher Produktion«, womit sie heute auf Flächen bezogen die vorherrschende Form der landwirtschaftlichen Organisation sind, auch wenn »ein beträchtlicher Anteil der UBPC auf Grund fehlender Autonomie bei Entscheidungen und Vermarktung nicht rentabel ist«⁽¹⁰⁾. Ihre Konzeption ist »die gemeinsame Produktion, bei ebenfalls gemeinsamem Besitz der Produktionsmittel. Sie nutzen staatliches Land im Nießbrauch und konstituieren sich nach den gesetzlichen Regeln, die im Register der Basiseinheiten genossenschaftlicher Produktion (REUCO) festgelegt sind.« Im Beschluss der KP Kubas vom 10. September 1993 sind als Prinzipien »a) die Bindung der Menschen an ihr Land als Stimulanz, b) die Selbstversorgung der Mitglieder und ihre bessere Wohnversorgung in kollektiver Anstrengung, c) der rigorose Zusammenhang von Produktion und Einkommen und d) weitgehende Autonomie bei Verwaltung von Ressourcen und Produktion« festgelegt.⁽¹¹⁾ Ihre Mitglieder waren vordem bei den staatlichen Zuckerunternehmungen angestellt; heute sind aber auch die »Organopónicos« als UBPC organisiert. UBPC können Zeitarbeiter anstellen oder auch Löhne selbst festlegen.⁽¹²⁾

Zwischen 1989 und 1999 stieg der genossenschaftliche Anteil an Nutzung und Besitz der 10,9 Millionen Hektar Landfläche von knapp 16 % (7,8 % CCS, 7,9 % CPA, bei einem staatlichen Anteil von 82 % und 2 % »individuellen«, also rein privaten Produzenten) auf 43 % (28 % UBPC, 9 % CCS und 6 % CPA; dagegen nur noch 54 % staatlich und 3 Prozent in individuellem Besitz). Bezogen auf die 3,7 Millionen Hektar kultivierten Landes auf Kuba waren es 1999 sogar 70 % (47 % UBPC, 13 % CCS, 10 % CPA, bei 24 % staatlichen und 6 % individuellen Produzenten), bei den 6,7 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche waren es 62 % (41/12/9 gegenüber 33 % Staats- und 5 % Privatanteil).⁽¹³⁾ Dabei bewirtschaften die größeren UBPC mehr Land, sind zahlenmäßig aber geringer vertreten: inzwischen gibt es etwa 6.400 Kooperativen (Stand 2009), von denen 3037 CCS, 1078 CPA und 2283 UBPC sind. Nach dem verfügbaren Material der Statistikbehörden kommt Armando Nova zu der Erkenntnis, dass die CCS mit ihren im Vergleich zu den kollektiven CPA und UBPC stärker privaten Anteilen zusammen mit den verbliebenen Privatbauern heute auf 24 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche 57 Prozent der Lebensmittel produzieren.⁽¹⁴⁾

Seit 2007 sind die Veränderungen noch weiter gegangen, insbesondere durch die Vergabe von Brachland an Privatbauern und Koopera-



Beete im »Vivero Alamar«



Miguel Ángel Salcines, Kooperativenvorsitzender

tiven, um so sehr bewusst über den Anreiz in Eigenverantwortung möglicherweise mehr und besser zu produzieren als staatliche Betriebe und damit die Versorgungslage zu verbessern.⁽¹⁵⁾ Die Diskussionen über Kooperativen als Ausweg aus der einen oder anderen Klemme, die derzeit auf Kuba geführt werden, gehen in der Regel genau in diese Richtung. Camila Piñero stellt in ihrem Buch die Frage, ob Kooperativen auch in einer Gesellschaft, die sich dem Sozialismus verpflichtet fühlt, ein adäquates Modell sind, und warnt bei der Beurteilung vor vereinfachenden oder absoluten Antworten. In diesem Sinne führt Humberto Miranda, Philosoph an der CITMA in Havanna, in einem Artikel aus, dass »die absolute Verstaatlichung und Bürokratisierung aller wirtschaftlichen Prozesse und des Lebens im Allgemeinen genauso unheilvoll war wie jetzt in mehr Kapitalismus, d.h. im »Cuentapropismo«, die Lösung zu sehen, und ebenso wie zu denken, dass Genossenschaften und Selbstverwaltung das einzige mögliche Rezept wären, aus der wirtschaftlichen Patsche zu kommen und die Revolution retten zu können.«⁽¹⁶⁾

Der »Vivero Alamar« in Havannas Vorort-Schlafstadt Alamar besteht seit 1997. Es handelt sich um einen so genannten »Organopónico«, ein nicht wirklich korrekt ins Deutsche zu übersetzendes Modell »städtischer Kooperativenlandwirtschaft organischer Produktion« auf Basis des Modells der so genannten UBPCs. »Unidad Básica de Producción Cooperativa« bedeutet »Basiseinheit kooperativer Produktion« und ist ein solches genossenschaftliches Modell, bei dem die Gewinne bei den Arbeiter/innen bleiben, also der Gesellschaft vorenthalten werden. Dafür hat diese aber den Vorteil einer Versorgung mit Produkten, die seit den Jahren der Sonderperiode ab 1992 nicht oder kaum noch auf der Lebensmittelkarte, der Libreta, zu haben sind. Und das zu Preisen, die zwar für Nicht-devisenbesitzer nicht leicht zu meistern sind, aber dennoch unter denen der privaten Bauernmärkte liegen.

Der Vivero Alamar, gegründet von fünf Genossenschaftlern, beschäftigt 181 Menschen, die dort auf einem gut zehn Hektar großen Gelände, das ehemals für städtische Anliegen genutzt werden sollte, alles anpflanzen, was der Nahversorgung dient. Die Landfläche ist im Nießbrauch gratis und zeitlich unbefristet übergeben worden. Der Vorsitzende der Genossenschaft, Miguel Ángel Salcines, erklärt die Funktionsweise so: »Die Genossenschaft wird von einer Verwaltungsgemeinschaft geleitet, die aus zwölf Personen besteht. Davon sind die Hälfte Frauen, die im Vivero insgesamt zweiundvierzig ausmachen. Sechzig Personen sind Rentner, die hier hinzuverdienen. Das Arbeitsplatzangebot ist ein wichtiger Faktor dieses Projekts, aber natürlich geht es vor allem um die Versorgung. Bis zu tausend Kunden kommen täglich um hier für durchschnittlich zehn Pesos einzukaufen. Seit 1998 haben wir auch Unterstützung von der deutschen Sektion der Welthungerhilfe, die uns über ein Programm mit Geld aushilft.« Tausend Menschen, die sich für zwei bis drei Tage für eine durchschnittlich vierköpfige Familie versorgen - das bedeutet, dass 180 Genossenschaftler/innen hier etwa zehntausend Menschen über das Angebot der Libreta hinaus versorgen.

(Auszug aus dem in Fußnote 12 angesprochenen Text)

Erfahrungen Venezuelas und ihre Anwendbarkeit auf Kuba

Auch wenn die Startbedingungen unterschiedlich sind (Kuba kommt aus dem existierenden Sozialismus, Venezuela befindet sich de facto im real existierenden Kapitalismus), ist für Kuba der Blick auf bereits gemachte Erfahrungen mit »alternativem« bzw. »solidarischem Wirtschaften« in Venezuela möglicherweise hilfreich.

Erstens deshalb, weil es sich um ein Land handelt, das nach Aussage seiner

Regierung den Sozialismus anstrebt, aber allem Anschein nach dafür einen »weichen Weg« für möglich hält. Radikale Umgestaltungen werden nicht eingeleitet; wenn enteignet wird, dann gegen großzügige Entschädigungen. Andererseits sind bereits viele Elemente des kapitalistischen Systems diskreditiert und Bedingungen für eine Umkehrung der Eigentümerschaft an den Produktionsmitteln wären gegeben - aber es überwiegt nach wie vor die kapitalistische Wirtschaftsweise, und das übrigens nicht wenig erfolgreich: lag der Anteil des öffentlichen Sektors bei der Güter- und Dienstleistungsproduktion in Venezuela Ende 1998 noch bei 34,8 Prozent, so sank er bis Ende 2008 auf 29,1 Prozent - trotz der Verstaatlichung einiger zentraler Unternehmen. Also wurde der kapitalistische Sektor zwar kleiner, aber er wuchs schneller.⁽¹⁷⁾

Und zweitens, weil manche auf Kuba glauben (machen wollen), dass die Primärorientierung auf staatliches Wirtschaften der »Aktualisierung des Sozialismus« entgegenstände. Im regionalen Kontext müsse man auf die Wirtschaftspolitik der (allesamt kapitalistisch, aber im öffentlichen Diskurs gern auf »solidarische Ökonomie« orientierten) ALBA-Staaten zugehen; es sei zunehmend schwierig Sozialismus ohne Marktmechanismen zu machen, und der Sozialismus sei eben gerade nur durch diese Mechanismen zu retten.⁽¹⁸⁾ Das sah die übergroße Mehrheit der Delegierten des Parteitags anders, denn mit einer Verbesserung des Sozialismus hat »weg vom Staat« meist nicht zu tun, aber von seiner Abschaffung würde eben niemand laut reden wollen - daher die Umschweife.

In Venezuela waren Kooperativen vor der Umgestaltung ab 1999 deutlich geringer vertreten als heute; es gab 20 000 Mitglieder in gut 800 Betrieben, zumeist im Finanz- und Transportbereich. Ab 2004 boomte dann das Genossenschaftswesen, nachdem es bereits zuvor zu einem Aufschwung gekommen war: die Nationale Genossenschaftsaufsicht Venezuelas, SUNACOOOP, spricht für 2009 von 274 000 zunächst registrierten Genossenschaften, von denen letztlich gut ein Viertel operativ war und auch offiziell eingetragen wurde; davon die Hälfte im Dienstleistungsbereich. Etwa 13 Prozent der arbeitenden Bevölkerung arbeitet damit in Genossenschaften, so der Politikwissenschaftler Dario Azzellini.⁽¹⁹⁾ Genossenschaften wurden unter der Präsidentschaft von Hugo Chávez und durch entsprechende Artikel in der neuen Verfassung Teil des bolivarianischen Prozesses: »Die Strategie des Aufbaus einer Wirtschaft, die jenseits der kapitalistischen Logik und hin zu einer Demokratisierung der Wirtschaftsläufe wirkt, ist auf die Expansion und Konsolidierung einer Ökonomie gerichtet, die auf selbstverwalteten und vom Staat unterstützten produktiven Einheiten basiert. Sie ist auf ein radikales, endogenes Entwicklungsmodell orientiert: eine nachhaltige Entwicklung mit eigenen Ressourcen und lokalen Möglichkeiten, kollektive Administration der Produktionsmittel und eine aktivere Rolle des Staates in der Wirtschaft. Man will Produktivketten errichten, indem kleine selbstverwaltete Betriebe - wie Genossenschaften - mit mittelständischen, von den Arbeitern und den staatlichen oder kommunalen Institutionen mitbestimmten Unternehmen verbunden werden, und beide wiederum verkettet werden mit großen, ebenfalls demokratisch von Arbeiterschaft und Staat mitverwalteten Staatsbetrieben, die Produktion und strategische Dienstleistungen tragen.«⁽²⁰⁾ Dabei ist eine entscheidende Frage, dass »Staatsbetrieb« nicht unbedingt Staat meinen muss, sondern auch Gemeinde bedeuten kann, da dann Entscheidungen - beispielsweise in Fragen wie Umwelt- oder Immissionsschutzmaßnahmen - mit den direkt Betroffenen besprochen werden können und müssen. Im Grunde eine Betonung auf gesellschaftlichem Eigentum statt des staatlichen Eigentums. Ein Vorteil der Kooperativen im Übergangsprozess zum Sozialismus dürften in diesem Sinne auch u. a. die Erfahrungen in der betriebswirtschaftlichen Verantwortung sein, die sie zuvor machen konnten. Aber wenn auch darüber hinaus die Genossenschaften in Venezuela, intern-betrieblich betrachtet, eine demokratisierende Wirkung gehabt haben, ist das derzeitige Zwischenergebnis allerdings ernüchternder - viele Kooperativen existierten nur auf dem Papier um an staatliche Gelder zu kommen, es gab Doppelmitgliedschaften und Veruntreuung; andere Widersprüche sind die Vernebelung des im kapitalistischen Venezuela selbstredend weiterhin existierenden Wider-

spruchs zwischen Kapital und Arbeit oder schlicht die Aushebelung gewerkschaftlich erkämpfter Rechte, indem Genossenschaften von Unternehmen als Subunternehmer genutzt und dabei in der Folge die Arbeitsbedingungen »flexibilisiert« werden. Auch eine erhoffte Wechselwirkung von Genossenschaften mit den Gemeinden in der Nachbarschaft erwies sich als trügerisch, da »die meisten Kooperativen der Kapitallogik folgten und auf Gewinnmaximierung setzten«. Daher werden nun strategisch wichtige Bereiche der Grundversorgung von »Unternehmen gesellschaftlichen Eigentums« (EPS) übernommen, die direkter mit den Gemeinden kooperieren sollen; 2009 gab es 271 solcher EPS.⁽²¹⁾ Und in manchen der Großbetriebe, die im letzten Jahrzehnt aus unterschiedlichen Gründen von Arbeitern besetzt und daraufhin zu einem Joint Venture aus Staat (51%) und Arbeitergenossenschaft (49%) gemacht worden waren, liegen auf Wunsch der Arbeiterschaft nun sogar alle Aktien beim Staat, während der Belegschaft über neugegründete Räte immer noch die Entscheidungsgewalt verblieb. »Wir haben nicht einen Kapitalisten vertrieben, damit sechzig neue aufkommen«, ist die Schlussfolgerung eines Arbeiters des Großbetriebs INVEVAL, der 2008 auf Wunsch seiner genossenschaftlich organisierten 49%-Mitbesitzer vollstaatlich wurde.⁽²²⁾

Möge sein Hinweis auf Kuba gehört werden. Für Venezuela, als ka-

pitalistisches Land mit Perspektiven eines Umbruchs, ist ein Betrieb, der dem Staat gehört, aber dessen Arbeitsweise gleichzeitig von der Belegschaft bestimmt wird, definitiv ein Fortschritt. Und für Kuba? Jedenfalls bemerkt die Kubanerin Camila Piñero realistisch, dass »die Kooperativen, wenn sie über Zwangs- oder Durchsetzungsmechanismen auch nicht in einen nationalen Plan oder Strategien zur territorialen Entwicklung einzubinden sind, dennoch die Möglichkeit bieten ihre Aktivitäten hin zur Befriedigung der gesellschaftlichen Notwendigkeiten zu orientieren, die im Planungsprozess diagnostiziert wurden - wenn sie demokratisch sind und den Interessen der umliegenden Gemeinden dienen«.⁽²³⁾ Wenn. Genau da liegt der Hase im Pfeffer. Denn die Idee - siehe Jugoslawien - ist nicht neu.

1) Irina Vellay: »Solidarische Ökonomie«, Marxistische Blätter 3-2011, Seite 112
2) Lenin: Über das Genossenschaftswesen (Ausgewählte Werke, Band VI, Dietz Verlag, Berlin 1972)

3) Irina Vellay, a. a. O., Seite 113: Die »solidarische Ökonomie« als kostengünstiger Ersatz für sozialstaatliches Handeln führte zu einem breiten Programm des Rückbaus sozialstaatlicher Leistungen

4) ebenda, Seite 111

5) Camila Piñero: »Las cooperativas y el socialismo: Una mirada desde Cuba« (Die Kooperativen und der Sozialismus: Eine Sicht aus Kuba), Havanna 2011

6) Armando Nova: Las Cooperativas agropecuarias en Cuba: 1959 - Presente« (Die landwirtschaftlichen Kooperativen auf Kuba: 1959 bis zur Gegenwart), Beitrag zu Teil 4 in: Camila Piñero, a. a. O., Seite 321

7) Bekanntlich sind nach ihrem Zurückdrängen um 1968, einem Aufflammen um 1992 und einem zwischenzeitlichen Rückgang seit Anfang 2011 weitere privatwirtschaftliche Unternehmenschäften zugelassen worden

8) Camila Piñero, a. a. O., Prolog, Seite 25

9) Armando Nova, a. a. O., Seiten 325 bis 327

10) Armando Nova, a. a. O., Seite 332

11) Armando Nova, a. a. O., Seite 328

12) Über einen als UBPC organisierten »Organopónico« siehe UZ vom 24.12.2010: »Von Möhren und Moral - Wie eine Kooperative die Nahrungsmittelsicherheit Kubas verbessert«

13) Statistisches Jahrbuch Kubas, 1989 und 1999, in: Armando Nova, a. a. O., Seite 329

14) Nacionales Statistikbüro, 2009, in: Armando Nova, a. a. O., Seite 331

15) Nova schätzt für 2010 einen Rückgang des rein staatlichen Anteils an Land auf nur noch 26 Prozent, und den von UBPC (30%) und CPA (9%) auf nur noch geringfügig höher als den der Summe von CCS und Privaten (35 Prozent), a. a. O., Seite 333

16) Humberto Miranda: »Revolución, Autogestión y Cooperativas - Una visión desde la presente perspectiva cubana« (Revolution, Selbstverwaltung und Genossenschaften - Ein Blick von der gegenwärtigen kubanischen Perspektive aus), ALAI AMLATINA, 26.07.2011

17) Im Juni 2009 von Professor Víctor Álvarez vorgestellte Studie des »Centro Internacional Miranda«, womit er die Richtigkeit der These Rosa Luxemburgs begründet, dass in Koexistenz mit privaten Produktionsmitteln reine Reformen nicht zum Sozialismus führen, sondern - so Rosa Luxemburg in Erwiderung Eduard Bernsteins - weg von ihm (Günter Pohl: »Rückkehr der Rechten«, junge Welt vom 22.06.2010)

18) Protagonisten dieser Ideen (wie Omar Everlery Pérez, ebenfalls vom Studienzentrum der kubanischen Wirtschaft) kommen gern bei wichtigen Vorkämpfern für den perfekten Sozialismus wie der »taz«, »attac«, der Friedrich-Ebert-Stiftung, dem »Spiegel« u. a. zu Wort

19) Dario Azzellini: »De las cooperativas a las empresas de propiedad social directa en el proceso venezolano« (Von den Kooperativen zu den Unternehmungen direkten gesellschaftlichen Eigentums im venezolanischen Prozess), Beitrag zu Teil 3 in Camila Piñero (a. a. O.), Seite 306

20) ebenda, Seite 303

21) ebenda, Seite 315

22) ebenda, Seite 311

23) Camila Piñero (a. a. O.), Seite 10

Antifaschistisches Blatt Info

Nr. 92 | Herbst 2011



Hoyerswerda

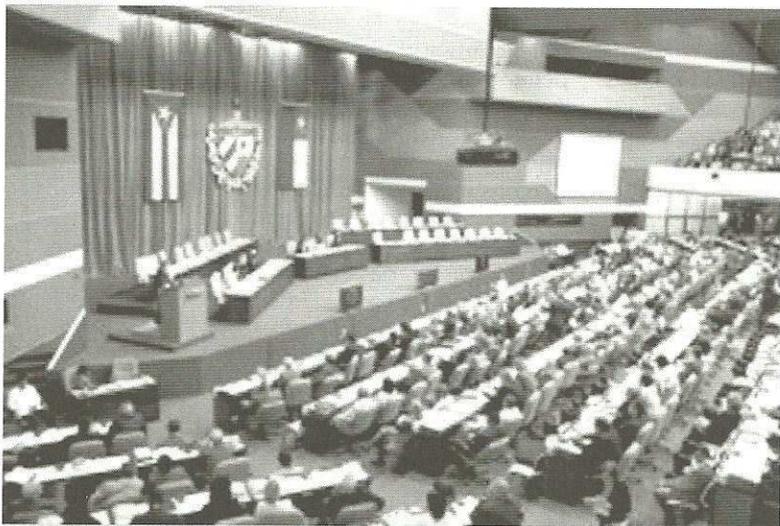
Ein Pogrom und seine Folgen

Kostenloses Probeexemplar:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de

Einzelexemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

Kuba kämpft weiter um wirtschaftliche Effizienz

Weitere Maßnahmen für 2012 angekündigt. Amnestie zum Jahresende im Fokus der internationalen Presse. Debatte um Migrationspolitik. Dieser Artikel ist Teil eines Dossiers.



Cubas Nationalversammlung

Parteitag und Reformen in Kuba

Die Öffnung der Wirtschaft und vorsichtige Reformen standen im Mittelpunkt des Kongresses der regierenden PCC im April 2011

Havanna. Die wirtschaftspolitischen Reformen in Kuba zeigen nach Ansicht des Staats- und Regierungschefs Raúl Castro erste Ergebnisse. Trotz der andauernden Weltwirtschaftskrise seien Ende 2011 »akzeptable« Ergebnisse erreicht worden, sagte der 80-jährige bei der Abschlussitzung der Nationalversammlung (Parlament) in Havanna. Positive Ergebnisse seien vor allem in der Zuckerindustrie – einst das Herzstück der kubanischen Binnenökonomie – und in der Währungspolitik erreicht worden.

In Kuba wurde auf dem sechsten Parteitag der regierenden Kommunistischen Partei Mitte des Jahres ein wirtschaftspolitisches Reformprogramm verabschiedet. In dem Karibikstaat ist von einer »Aktualisierung des sozialistischen Systems« die Rede, um der im Ausland verbreiteten These von Systemreformen entgegenzutreten.

In seiner Ansprache drängte Castro nun vor allem auf einen weiteren Abbau der Ausgaben. Alleine der Import von Nahrungsmitteln werde im kommenden Jahre voraussichtlich 1,7 Milliarden US-Dollar beanspruchen, sagte er nach Angaben der kubanischen Nachrichtenagentur Prensa

Latina. Weitere Maßnahmen seien notwendig, um mehr Effizienz zu erreichen. So werde die kubanische Wirtschaft im scheidenden Jahr zwar um 2,7 Prozent des Bruttoinlandproduktes (BIP) wachsen, dennoch bleibe dieser Wert unter den anvisierten drei Prozent des BIP. Bei gleichbleibenden Rahmenbedingungen erwartet Kuba 2012 ein Wachstum von 3,4 Prozent.

Migrationspolitik

Eines der weiteren zentralen Themen im kommenden Jahr soll die Migrationspolitik sein. Einer raschen Liberalisierung erteilte Castro jedoch eine Absage. Zwar würden »viele Stimmen« auf eine neue Politik in diesem Bereich drängen. Allerdings dürften dabei nicht die besonderen Umstände vergessen werden, denen sich das sozialistische Kuba gegenübersteht, sagte der Präsident mit Verweis auf die US-Politik. Jeder Schritt müsse daher sorgsam bedacht werden.

Die USA haben in den vergangenen Jahrzehnten mit verschiedenen Gesetzen die legale und illegale Ausreise von Kubanern befördert. So bekommen kubanische Staatsbürger in den USA automatisch eine Aufenthaltserlaubnis, wenn sie - auf welchem Weg auch immer - die US-Küste erreichen. Kubas Staatsführung wirft Washington wegen dieser Regelung vor, auch Entführungen von Transportmitteln zu begünstigen. Ein weiterer Streitpunkt der vergangenen Jahre ist ein Programm der US-Regierung zur Abwerbung kubanischer Ärzte im Ausland. Kuba verlangt von seinen Bürgern im Gegenzug die Beantragung einer Ausreiseerlaubnis, was zuletzt intern zunehmend zu Kritik führte. Diese und andere Regelungen stehen in dem Karibikstaat derzeit zur Debatte.

Amnestie zum Jahresende

In der internationalen Presse traf indes vor allem ein Gnadenerlass für rund 2.900 Gefangene auf Widerhall. Die Amnestie wurde von Raúl Castro im Rahmen der Abschlussitzung der Nationalversammlung bekanntgegeben. In den Genuss der vorzeitigen Entlassung kommen demnach Häftlinge über 60 Jahre und jugendliche Straftäter, die sich in Haft fortgebildet haben. Diese Maßnahmen, so Castro, begünstigten ihre Resozialisierung.

Amnestiemaßnahmen zu Weihnachten sind in Lateinamerika und der Karibik als humanitäre Geste nicht unüblich. In Kuba wurde die Maßnahme zudem explizit mit einem geplanten Besuch des Papstes begründet. Benedikt XVI. will Kuba aus Anlass der Feierlichkeiten zum 400. Jahrestag des Erscheinens der Virgen de la Caridad del Cobre, der Nationalheiligen der katholischen Kirche Kubas, besuchen.

Bis auf wenige Ausnahmen sind bei der Haftentlassung jedoch Personen ausgeschlossen, die wegen Spionage, Terrorismus oder Mord verurteilt wurden. Zu dieser Gruppe zählt auch der US-amerikanische Geheimdienstmitarbeiter Alan Gross. Verurteilte wegen Drogenhandels, sexuellen Missbrauchs von Minderjährigen und Raubüberfällen können ebenfalls nicht mit einer Haftentlassung rechnen. Unter den 2.900 Amnestierten befinden sich nach offiziellen Angaben 86 Ausländer aus 25 Staaten, unter ihnen 13 Frauen.

Von Harald Neuber
amerika21.de, 25.12.2011

Kalter Krieg im Deutschen Bundestag

Am 01.12.2011 sollte im Deutschen Bundestag auf Antrag der Fraktion der Partei Die Linke (PDL) zum Thema »Für eine Normalisierung der Beziehungen der Europäischen Union zu Kuba« diskutiert werden. Es wurde in mehrfacher Hinsicht eine Gespensterdebatte.

Einerseits war den Damen und Herren das Verhältnis zu diesem Drittweltland gerade nur so viel wert, dass sämtliche Reden ausschließlich zu Protokoll gegeben wurden. Andererseits verströmen die Inhalte zahlreicher Beiträge einen so gespenstischen Hauch von 50er Jahre - Propaganda, dass es einen schauern kann.

Die PDL hatte in ihrem Antrag (siehe: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/031/1703188.pdf>) gefordert, dass sich der deutsche Bundestag für eine Aufhebung des »Gemeinsamen Standpunktes der EU vom 02.12.1996 (siehe: <http://www.cubafreundschaft.de/Hintergruende/Blockade,%201996-12-02,%20GEMEINSAMER%20STANDPUNKT%20EU.pdf>) sowie gegenüber der US-Regierung für die Freilassung der widerrechtlich seit 13 Jahren inhaftierten »Miami 5« (siehe: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/074/1707416.pdf>) einsetzen möge.

In dem »Gemeinsamen Standpunkt« der EU geht es im Kern darum, dass Cuba erst dann gleichberechtigte zwischenstaatliche Beziehungen angeboten werden sollten, wenn dort ein Systemwechsel stattgefunden habe; ein weltweit einmaliger Vorgang.

Auf die logisch Forderung nach dessen Abschaffung wurde seitens mehrerer Redner mit einer Beschimpfungstirade gegenüber dem souveränen UN-Mitgliedsstaat Cuba geantwortet, der an die Hochzeit des Kalten Krieges in den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts gemahnte: »(...) totalitärste Regime der westlichen Hemisphäre (...) 50 Jahre Unterdrückung, Folter (...) und Unfreiheit in allen Bereichen (...) Gewaltregime« kennzeichneten die Qualität der zu Protokoll gegebenen Statements vor allem der Regierungsredner.

Unfreiwillig komisch wirkt es, wenn ausgerechnet der Redner der CDU/CSU-Fraktion Wadephul der PDL-Fraktion vorwirft, »dass sie in der heutigen Zeit noch nicht angekommen ist« und »das kubanische Modell« u.a. wegen »der hohen Zahl der Arbeitslosen im Land« als »politisch wie wirtschaftlich gescheitert« einstuft, sowie die völlige Ablösung aller staatlichen Kontrolle, also den entfesselten Kapitalismus für dieses Land fordert, während dieser sich hierzulande gerade in seiner bisher tiefsten Krise befindet und europaweit eine nie dagewesene Massenarmut nebst Demokratieabbau produziert.

Welch neokolonialistischer Denkweise die Regierungsvertreter verhaftet sind, zeigt sich daran, dass gleichberechtigte zwischenstaatliche Beziehungen zu Cuba, eine »Normalisierung der Beziehungen« als, so mehrmals wörtlich, »Belohnung« und »Entgegenkommen« seitens der Bundesrepublik und der anderen EU-Länder klassifiziert werden und nicht etwa - gemäß UNO-Charta - als Grundvoraussetzung aller internationalen Beziehungen!

Der Grüne Menschenrechtskrieger Koenigs bürdet in perfider Umkehr der Kausalität der cubanischen Regierung selbst die Schuld an der gegen das Land verhängten Blockade auf, schliesst sich der anticubanischen CDU-Propaganda bis in die Wortwahl an und verfügt alsdann Denkverbote für die Bundestagsabgeordneten: »Dass dies [die »Förderung von Demokraten und Demokratie in Kuba«] die Ziele der EU sind (...), wird doch hoffentlich in diesem Haus nicht zu Debatte gestellt.«

Die SPD sieht wie eh und je in der »harten« Blockade das weniger geeignete Mittel, um die Revolution zu erwürgen und bleibt mit ihrer Politik des »Wandels durch Annäherung« ebenfalls dem vergangenen Jahrhundert verhaftet. Außerdem müsste angesichts der Integration Cubas in die lateinamerikanische Gemeinschaft mehr das »deutsche Ansehen in der Region« berücksichtigt werden.

Überraschend deutlich äußert sich deren Redner Barthel allerdings zum zweiten Komplex: »Keine Frage: Die »Miami Five« müssen endlich freigelassen werden«. Hier bot sich der SPD die Möglichkeit, in der Frage der Menschenrechte auch für die fünf Cubaner »klare Kante« zu zeigen. Doch diese Chance wurde vertan und der brüllende Löwe landet sogleich als Bettvorleger. Denn aus formalen Gründen (!) könne seine Fraktion sich in dieser Frage dem Antrag nicht anschließen. Na denn, gute Nacht, Herr Barthel.

Dass die Regierungsfractionen den skandalösen Schauprozess gegen die MIAMI 5, der von UN-Gremien, internationalen Menschenrechtsorganisationen, zahlreichen Nobelpreisträgern, Künstlern und führenden politischen Persönlichkeiten in aller Welt heftig kritisiert wird, als »in einem rechtsstaatlichen Verfahren nach internationalen Rechtsstandards in dem Rechtsstaat USA« (FDP-Rednerin Schuster / so viel Tautologie war selten) bezeichnen, verwundert denn auch nicht weiter. Ebenso wenig, dass Herr Koenigs als einziger zu diesem Thema nicht ein einziges Wort verliert.

- Der Antrag zum »Gemeinsamen Standpunkt« der EU wurde mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP gegen die der PDL bei Enthaltung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

- Der Antrag zu den MIAMI 5 wurde an diverse Ausschüsse verwiesen und ist damit erst mal für längere Zeit vom parlamentarischen Tisch, während die unschuldigen Cubaner Tag für Tag, Nacht für Nacht in den US-Knästen verbringen - bei anhaltender Besuchsverweigerung für zwei Ehefrauen seit über einem Jahrzehnt.

Wir stellen fest:

Der Deutsche Bundestag hat eine große Chance vertan, endlich aus den Schützengräben des Kalten Krieges herauszukommen, sich für gleichberechtigte zwischenstaatliche Beziehungen mit dem souveränen Cuba zu entscheiden und damit im 21. Jahrhundert anzukommen

Man stelle sich einmal vor, was im Bundestag los wäre, wenn im cubanischen Parlament (beispielsweise) über die faschistische Mordserie mit höchst dubiosen Verstrickungen der Inlandsgeheimdienste in der BRD der letzten 12 Jahre diskutiert würde mit dem Ergebnis, diese als »Nazi-Staat« zu bezeichnen, in dem die Menschenrechte für bestimmte Bevölkerungsgruppen nichts gälten. Was wäre wohl los, wenn das cubanische Parlament den absurden Beschluss fassen würde, allen lateinamerikanischen Staaten zu empfehlen, gleichberechtigte zwischenstaatliche Beziehungen zur BRD und den anderen EU-Ländern so lange auszusetzen, bis dort ein Systemwechsel, also sozialistische Revolutionen, stattgefunden haben würden.

★ Wir fordern nach wie vor die bedingungslose Streichung des neokolonialistischen »Gemeinsamen Standpunkts« der EU.

► Fortsetzung auf Seite 10 unten

UN-Vollversammlung

186 Länder für Aufhebung der Blockade gegen Cuba, nur USA und Israel dagegen

Cuba wird in der UN zum 20sten Mal gegen die USA einhellig unterstützt und die US-Administration zur Beendigung der gegen Cuba gerichteten Blockade aufgefordert. Das NETZWERK CUBA fordert Bundesregierung und EU-Staaten auf, sich aktiv für das Ende der US-Blockade einzusetzen.

Am 25. Oktober 2011 siegte Cuba mit seiner Resolution vor der UN-Generalversammlung zum 20. Mal einhellig gegen die USA. Zur Abstimmung stand eine Resolution Cubas mit dem Titel »Notwendigkeit der Beendigung der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade, initiiert durch die Vereinigten Staaten von Amerika gegen Cuba« (General Assembly resolution 65/6).

Die Unterstützung für Cuba fiel wieder eindeutig aus: 186 Staaten votierten für die Resolution, 2 dagegen (Israel und die USA) und drei enthielten sich (Mikronesien, Marshall Inseln und Palau). Damit hat die Weltgemeinschaft die USA wiederholt und fast einstimmig aufgefordert, seine seit über 50 Jahren praktizierte Blockade gegen Cuba zu beenden.

Der Außenminister Cubas, Bruno Rodríguez Parrilla, sagte, die USA hät-

ten niemals Unklarheit darüber bestehen lassen, was das eigentliche Ziel der Blockade sei: die legitime Regierung von Cuba zu stürzen. Aber die cubanische Regierung wäre auch in Zukunft »die Regierung des Volkes, aus dem Volk und für das Volk.« Und weiter: »Unsere Wahlen sollen keine Auktionen sein. Es soll keine 4 Mrd. US \$ teuren Wahlkampagnen oder ein Parlament geben, das von lediglich 13 % der Wähler unterstützt wird.«

Zahlreiche Aktionen der USA gegen Cuba werden in einem Bericht an die UN aufgelistet. Zu den Fallbeispielen gehören auch Effekte, die Drittstaaten betreffen, z.B. horrenden Strafzahlungen an die USA, wenn Finanztransfers mit Cuba erfolgen, oder wenn das dem eBay-Konzern zugehörige PayPal keine Onlinezahlungen für cubanische Produkte vornimmt bzw. solche Unternehmen die cubanischen Produkte aus ihrem Sortiment nehmen müssen. Der finanzielle Schaden wird auf 104 Mrd. US \$ beziffert (unter Berücksichtigung des Kursverfalls des Dollars beträgt er gar 975 Mrd. US \$).

Das NETZWERK CUBA e.V., eine Vereinigung von mehr als 40 Cuba-Solidaritätsgruppen in Deutschland, darunter die FG BRD-Kuba, fordert die Bundesregierung und die anderen EU-Staaten auf, diese einhellige Willensbekundung der Weltgemeinschaft für eine sofortige Beendigung der US-Blockade gegenüber der Obama-Regierung nachdrücklich einzufordern.

PayPal blockiert weiterhin cubanische Waren

Wie das Nachrichtenportal amerika21 meldete, wurde im Streit über die Blockade cubanischer Waren in Deutschland durch den Online-Bezahldienst PayPal vor dem Landgericht in Traunstein (Bayern) ein Vergleich erzielt. Demnach hebt PayPal seine Kontosperrung gegen ein deutsches Unternehmen auf, wird aber weiterhin keine Zahlungen für cubanische Produkte durchführen.

So erfreulich der Vergleich für die betroffenen deutschen Unternehmen sein mag, so unfair ist dies für Cuba, weil deutsche Unternehmen sich dem Diktat der US-Blockade beugen. Der gerichtliche Vergleich mit PayPal wegen der Weigerung dieser US-Firma, Zahlungen cubanischer Produkte weiterzuleiten, ist ein erster Schritt – aber nicht ausreichend. Diese Firma handelt gegen europäische Bestimmungen, die eine Anwendung der US-Blockade gegen Cuba untersagen. In Deutschland und Europa muss deshalb der Druck auf PayPal erhöht werden. Die EU und ihre Mitgliedsländer müssen gesetzliche Bestimmungen gegen PayPal anwenden. Die »EU Blocking Regulation« ist – wie auch in anderen Staaten wie Kanada – explizit als Reaktion auf die Verschärfung der

US-Blockade gegen Cuba erlassen worden. Sie verbietet es europäischen Unternehmen, die US-Blockade zu befolgen, und droht allen, die sich auf die US-Blockade einlassen, mit empfindlichen Strafen. PayPal muss von den EU-Mitgliedsstaaten bestraft und mit Sanktionen belegt werden. Erwägenswert wäre auch eine Boykottkampagne gegen PayPal.

Seit nunmehr 50 Jahren halten die US-Regierungen eine Wirtschaftsblockade gegen Cuba aufrecht, die für die cubanische Gesellschaft immense ökonomische, soziale und kulturelle Schäden verursacht. Die US-Blockade wurde zum 20sten Mal in der UN-Vollversammlung einhellig verurteilt und ihre Beendigung gefordert. Doch die USA ignorieren diesen Willen der Weltbevölkerung. Gleichwohl zeigt der erzielte Vergleich mit PayPal, dass sich konkrete Gegenwehr gegen Unrecht und Willkür internationaler Konzerne lohnen kann.

Das Netzwerk Cuba, in dem über 40 Cuba-Solidaritätsgruppen in Deutschland zusammenarbeiten, protestiert gegen diese andauernde imperiale und völkerrechtswidrige Aggression der USA und ihrer Behörden und Unternehmen. PayPal darf nicht länger als »Online-Rambo« auftreten. Zwangsmaßnahmen gegen Unternehmen, die cubanische Waren vertreiben, sind sofort aufzuheben.

Aus einer Pressemitteilung des Netzwerk Cuba Vorstandes vom 2.11.2011

Fortsetzung von Seite 9

★ Wir fordern von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, endlich gleichberechtigte zwischenstaatliche Beziehungen zu Cuba aufzunehmen, ohne Bevormundung und Einmischung in dessen innere Angelegenheiten, so wie es vom Völkerrecht vorgesehen ist.

★ Wir fordern die Freilassung der MIAMI 5 bzw. die sofortige Ausreisegenehmigung für René González, der nach 13-jähriger ungerechtfertigter Haft nun drei Jahre mit elektronischer Fußfessel ausgerechnet in der Hochburg des anticubanischen Terrorismus, im Miami, verbringen soll und damit von der US-Justiz unmittelbarer Lebensgefahr ausgesetzt wurde.

Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Regionalgruppe Essen, i.A. Heinz-W. Hammer, Vorsitzender

Dezentraler Aktionstag für die Miami 5 in sechs deutschen Städten

Allein die internationale Solidarität wird die Fünf befreien

Vor mehr als 13 Jahren wurden in den USA fünf kubanische Männer festgenommen, weil sie ihr Land erfolgreich gegen terroristische Anschläge verteidigten.

Der Prozess in Miami gegen Antonio, Fernando, René, Ramon und Gerardo war ein klassischer Fall politischer Justiz - schon vor seinem Beginn stand die Verurteilung der 5 fest.

Diese Verurteilung galt und gilt nicht allein den 5 als Menschen, die sich dem exilkubanischen Terror entgegengestellt haben, sie gilt dem sozialistischen Kuba und der Tatsache, dass die kleine Insel es gewagt hat, einen eigenständigen Weg zu gehen.

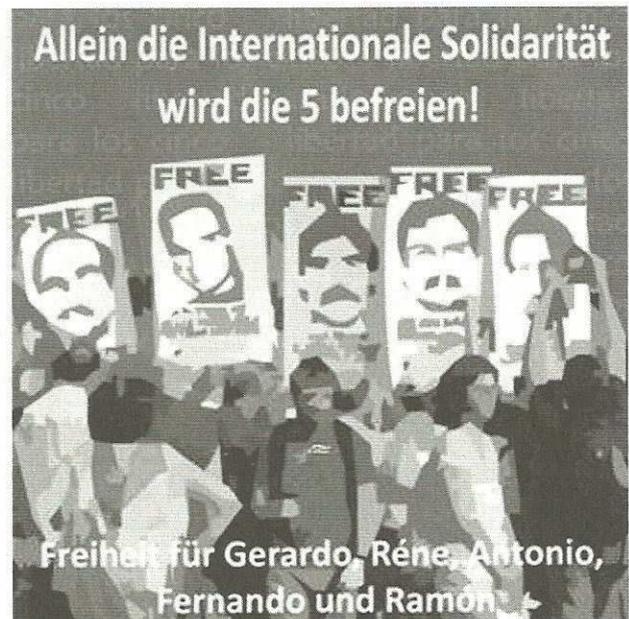
Die juristischen Mittel für die Freiheit der 5 sind ausgeschöpft und ihre Freilassung wird nur mithilfe politischen Drucks durch die internationale Solidarität zu erstreiten sein. Deswegen plant die DKP am Samstag, den 17. März 2012, aus Anlass des »Tages des Politischen Gefangenen« (alljährlich am 18. März) Kundgebungen vor der US-Botschaft in Berlin und den Konsulaten in Frankfurt, Düsseldorf, Hamburg, München und Leipzig für die Freiheit der Fünf durchzuführen, und sie lädt alle lokalen und überregionalen Kuba-Solidaritätsgruppen zur Zusammenarbeit ein.

Um deutlich zu machen, dass es sich in allen Städten um eine gemeinsame Aktion handelt, sollen die Kundgebungen in allen Städten unter dem Titel »Allein die internationale Solidarität wird die Fünf befreien« durchgeführt werden.

In der Mobilisierung und auf dem Aktionstag selbst soll der Hintergrund für das Handeln der Fünf und die Notwendigkeit Kubas, sich selber zu verteidigen, dargestellt werden. Hierzu gehört der Hinweis auf den fortgesetzten Terror, der von US-amerikanischem Boden gegen Kuba ausgeht und bis heute knapp 3.500 Todesopfer gefordert hat. Die Behörden der USA haben die verantwortlichen, exilkubanischen terroristischen Organisationen hierbei nicht nur nicht verfolgt, sondern sie im Gegenteil finanziell und organisatorisch unterstützt und eigene Operationen gegen Kuba durchgeführt. Der Prozess gegen die Fünf, ihre Verurteilung und ihre Behandlung in den Gefängnissen sind ein Beispiel für die politische Justiz und geprägt vom Gedanken der Rache. Fortlaufend wurden grundlegende Rechte der Fünf verletzt, bis hin zur Anwendung von Isolationsfolter, die erst nach internationalen Interventionen wieder aufgehoben wurde. Ziel dieser Willkürakte und Misshandlungen war es stets, die Gefangenen zu brechen und sie zu einem offenen Bruch mit dem sozialistischen Kuba zu bewegen. Die Miami 5 werden dafür bestraft, dass sie aufrecht bleiben. Sie stehen für eine eigenständige Entwicklung ihres Landes, für die Tatsache, dass Kuba sich seit über fünfzig Jahren von einem Hinterhof der USA in ein souveränes, sozialistisches Land verwandelt hat. Kuba ist ein Beispiel für andere Entwicklungsländer, gegenüber den imperialistischen Staaten Unabhängigkeit zu bewahren und eine eigenständige Entwicklung anzustreben, die nicht von aus- oder inländischen Kapitalinteressen geleitet ist. Stellvertretend für ihr Land werden die 5 für diese Unabhängigkeit und die Vorbildfunktion Kubas bestraft!

Die juristischen Mittel für die Freiheit der Fünf sind ausgeschöpft, nach dem Willen der USA soll insbesondere Gerardo mit seiner Verurteilung zu zweimal lebenslänglich lebendig im Knast begraben werden. Die Freilassung von René González ist durch ihre Koppelung an einen dreijährigen Zwangsaufenthalt ausgerechnet in Miami eher eine Gefahr für seine Unversehrtheit. Auch dagegen müssen wir den politischen Kampf für die Befreiung der 5 intensivieren.

Mit dem Aktionstag soll eine Öffentlichkeit erreicht werden, die über die bereits Aktiven in der Solidaritätsbewegung hinausgeht. Es gibt zahlreiche unterschiedliche Motive und Gründe für Organisationen und Einzelpersonen sich für die Freiheit der 5 stark zu machen. Diese



reichen von humanitären Anliegen angesichts der zahlreichen Verletzungen der Rechte der 5 Gefangenen, über die Verteidigung rechtsstaatlicher Prinzipien gegen die politische Willkürjustiz, bis hin zur Verteidigung der Souveränität Kubas und des kubanischen Sozialismus. Vor diesem Hintergrund sollen die lokalen Bündnisse auf breiter Basis aufgestellt werden.

Die Solidarität mit den 5 Kubanern geht uns alle an! Sie verlangt den persönlichen Einsatz einer jeden und eines jeden von Euch. Die Freiheit derjenigen, die uneigennützig die Souveränität ihres Landes mit langjährigen Haftstrafen bezahlen, muss an erster Stelle stehen, weil sie auch die Freiheit Kubas bedeutet. Sie sind auch für uns im Knast! Oder mit Brecht gesprochen: »Wer im Stich lässt seinesgleichen, lässt ja nur sich selbst im Stich!«

Die Unterstützung dieser Aktion ist auch dem Bundesvorstand der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba ein großes Anliegen.

Wendet Euch für eine Kontaktaufnahme und die lokale Koordinierung in den sechs Städten an die AG Kuba-Solidarität der DKP:

cuba-dkp-arbeitsgruppe@t-online.de
oder an die FG: info@fgbrdkuba.de.

Auf der FG-Homepage werden die genauen Uhrzeiten und Orte zeitnah bekannt gegeben.

Freiheit hoch 5! Solidarität an einem ungewöhnlichen Ort

23. Oktober 2011, 12. Spieltag der zweiten Fußballbundesliga, Hamburg St Pauli, Millerntorstadion. Beim Stand von 2:0 der Mannschaft aus dem Stadtteil gegen den FSV Frankfurt, kurz vor dem Ende der Halbzeitpause, werden auf der Südtribüne drei acht Meter lange Transparente entrollt. Die Menschen im Stadion lesen »Freiheit – für die – Cuban 5«.



Millerntor Tribüne

16 Tage vorher, an einem ganz anderen Ort der Welt, in Miami, wird ein Gefangener nach 13 Jahren Haft aus einem US Gefängnis freigelassen und ist doch nicht frei. Sein Name ist René Gonzalez.

53 Jahre vorher, nach dem Sieg der kubanischen Revolution. Ein Großteil der Anhänger der Diktatur Batistas emigriert in die USA. Darunter ehemalige Militärs, Großgrundbesitzer, Folterknechte, Unternehmer wie Bacardi und andere einflussreiche Familien, die bisher den Reichtum Kubas unter sich aufgeteilt haben, während der überwiegende Teil der kubanischen Bevölkerung in elenden Verhältnissen lebte. Das Ziel dieser Exilkubaner ist von Beginn an, die kubanische Revolution und ihre sozialen Errungenschaften zu bekämpfen, um ihre politische und wirtschaftliche Herrschaft in Kuba zurückzugewinnen. Um ihr Ziel zu erreichen, bedienen sie sich, mit Unterstützung der us-amerikanischen Regierungen, auch des direkten Terrors, der bis heute mehr als 3.400 Kubanerinnen und Kubanern das Leben gekostet hat.

Wie hängen diese drei Ereignisse zusammen?

Der Anfang Oktober freigelassene René ist einer von fünf kubanischen Staatsbürgern, die in die terroristischen exilkubanischen Organisationen eingeschickt sind und Informationen über geplante Anschläge an die kubanischen

Behörden weitergeleitet haben. Auf diese Weise konnten über 170 Anschläge verhindert und das Leben zahlreicher Menschen gerettet werden. Als Kuba von Vorhaben unterrichtet wurden, die auch us-amerikanische Menschen betroffen hätten, informierte Kuba die Behörden der USA, die diese Informationen nutzte, um die 5 am 12. September 1998 festzunehmen. Verurteilt wurden sie wegen Spionage zu extrem hohen Haftstrafen, obwohl keine Beweise existieren, dass die 5 versucht hätten, Staatsgeheimnisse der USA zu erkunden. Jetzt, nach 13 Jahren, wurde René als erster der inhaftierten Kubaner aus dem Gefängnis entlassen, aber frei ist er noch nicht. Die Richterin machte es ihm zur Auflage, weitere drei Jahre in Miami verbringen zu müssen. Dort sind die meisten der terroristischen exilkubanischen Organisationen ansässig und René befindet sich in ständiger Lebensgefahr - eine Tatsache die der Richterin und der US-Regierung bewusst ist.

In Hamburg nahmen das einige Menschen zum Anlass, dieses verbrecherische Vorgehen an die Öffentlichkeit zu bringen und wählten als Ort dafür ein Heimspiel des FC St. Pauli.

Nicht nur im Stadion wurde mit insgesamt zwei Transparentaktionen die Freiheit der 5 thematisiert.

Auch vor dem Stadion standen wir mit 20 Menschen, Organisierte und Unorganisierte, die dem Aufruf der AG Kuba Solidarität der DKP gefolgt sind, gemeinsam ein Hamburger Bündnis für die Freiheit der 5 zu bilden. Ausgestattet mit wärmendem Tee, einem großem Transparent direkt vor dem berühmten Emblem des FC St. Pauli und hunderten Flugblättern informierten wir über den Fall der »Cuban 5« und sammelten Unterschriften für ihre Freilassung. Die Resonanz der Fußballfans war erfreulich positiv. Viele mit denen wir sprachen hatten noch nie von den Ereignissen in den USA gehört. Viele waren empört über den rechtsbeugenden Charakter ihrer Verfahren, ihrer Haftbedingungen und des Umgangs mit ihren Familien, denen ein Besuch der Gefangenen z. T. seit der gesamten Haftdauer verwehrt wird.

Vereinzelte gab es auch Reaktionen, ob wir denn angesichts der Krise und ihrer Folgen für die Menschen weltweit keine anderen Probleme hätten? Denen konnte gesagt werden, ja, allerdings gibt es gerade für fortschrittlich denkende Menschen eine Menge großer Herausforderungen. Und genau darum ist die Solidarität mit den 5 Kubanern so wichtig! Denn dieser Umgang mit den 5 ist ein Angriff nicht nur auf ihre aufrechte Haltung sondern auch stellvertretend ein Angriff auf das Recht einer eigenständigen Entwicklung ihres Landes, für die Tatsache, dass Kuba sich seit 50 Jahren von einem Hinterhof der USA in ein souveränes, sozialistisches Land verwandelt hat. Eine Tatsache, die den Herrschenden weltweit ein gefährliches Beispiel ihrer Überflüssigkeit ist, der überwiegenden Mehrheit der Menschen weltweit jedoch ein Beispiel der Hoffnung für ein Ende von Elend und Armut. Daher, und weil wir wissen, dass die juristischen Mittel für die Befreiung der 5 ausgeschöpft sind und insbesondere Gerardo lebendig im Knast begraben werden soll - weil es also »Gerechtigkeit und Freiheit für die 5 nur geben wird, wenn wir ausreichenden politischen Druck entwickeln« wie es in unserem Flugblatt stand, daher ist uns klar, dass diese Aktion in Solidarität mit den 5 nur ein Anfang war - wir machen weiter!

P.S.: Das Spiel endete übrigens 2:1 für den FC St. Pauli

Fidel ist Vorbild

Auch im Kongo: Solidarität mit den Miami 5

Interview mit Sylvère Boswa Isekombe, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Kongos - Demokratische Republik Kongo (PCCO), Regional-Koordinator für Zentral-Afrika im Weltfriedensrat, Präsident des Internationalen Netzwerks in Afrika für die Befreiung der fünf Kubaner (Ricc/Afrique)

Die Partei PCCO gründete sich am 50. Jahrestag der Ermordung von Patrice Lumumba. Was bedeutet das für euren Kampf?

Sylvère Boswa Isekombe: 50 Jahre nach seiner barbarischen und schändlichen Ermordung wollten wir der Welt gegenüber zeigen, dass Patrice-Eméry Lumumba noch lebendig ist! Seine Ideen geben uns Kraft und Energie, um gegen den Imperialismus zu kämpfen. Deshalb haben wir am 17. Januar 2011 die Kommunistische Partei ins Leben gerufen. Diese Partei bewahrt sein Andenken und wir bieten mit unserer Partei dem kongolesischen Volk einen Rahmen an für den Kampf gegen den wilden Imperialismus.

Sie sind unter anderem aktiv in der Solidarität mit den fünf Kubanern, die seit 1998 eingesperrt sind in Gefängnissen der USA. Wie hat das begonnen?

Sylvère Boswa Isekombe: Unsere Solidarität mit den fünf Anti-Terror Kubanern ist eine Möglichkeit, dass Afrika seine Schulden gegenüber Kuba zurückzahlen kann. Angola und Namibia haben die Kubaner mit befreit und sind nicht heimgekehrt mit Diamanten, Gold oder Öl, sondern mit den toten Körpern ihrer Brüder, die am afrikanischen Befreiungskampf teilgenommen haben. Im Osten des Kongos haben Che und 130 Kubaner an der Seite von Laurent Désiré Kabila 1965 in den Feldern um Fizi Baraka gekämpft. 1997 war endlich der Sieg L. D. Kabilas. Diesen Sieg schreiben wir auch oft dem kubanischen Volk zu, das einen Beitrag geleistet hat an der Bildung unserer Ältesten im Kampf gegen den belgischen und den US-Imperialismus. Die kongolesische Linke sieht die kubanische Revolution als Quelle der Inspiration an. Fidel ist unser Vorbild und Meister im Widerstand gegen den Imperialismus.

Im Jahre 2000 las ich einen Artikel von Katrien DeMuynch, Präsidentin von ICS (Internationale Kuba-Solidarität), in dem sie die Ungerechtigkeit der US-Strafverfolgung gegen die Cuban Five deutlich machte. Auf Anregung von Katrien gründete ich 2003 das Komitee Ricc/Afrique. Dieser Kampf um die Freilassung der Fünf ist für mich eine Waffe gegen den Imperialismus.

Welche konkreten Aktionen haben Sie organisiert und wie werden sie in der Bevölkerung aufgenommen?

Sylvère Boswa Isekombe: Das kongolesische Volk weiß sehr gut, dass sein Land reich ist und die Ursache seiner Armut der belgische, englische und US-Imperialismus sind. Die würdigen Söhne und Töchter ihres Landes, die diese Tatsache verteidigen, werden oft ermordet von den Imperialisten oder lokalen Agenten. Also habe ich die Gelegenheit ergriffen Ricc/Afrique zu gründen. Mein erstes Ziel war, die Mauer des Schweigens zu brechen und diesen Fall bekannt zu machen. Zusammen mit einem Komitee von AFDL (Allianz demokratischer Kräfte für die Befreiung des Kongo) sensibilisierten wir die Bevölkerung für den Fall der 5 Kubaner in Konferenzen und bei Radio- und Fernsehsendungen.

Amnestie auf Cuba

Am 24.12.2011 berichteten alle überregionalen Medien über die soeben in Cuba erfolgte Amnestierung von »knapp 3.000 Gefangenen« (offizielle Mitteilung des Staatsrates der Republik Cuba im spanischen Original unter: <http://www.cubadebate.cu/noticias/2011/12/23/nota-oficial-cuba-indultara-a-mas-de-2-900-sancionados/>). Eigentlich kein besonderer Grund zur Aufregung, handelt es sich doch um einen Vorgang, der in zahlreichen Ländern der Erde, so auch in der Bundesrepublik, nicht unüblich ist. Doch im Falle Cubas wird es zur Top-Meldung, da hierzulande ja jeder cubanische Kleinkriminelle, der eine PC-Tastatur bedienen kann, als preisverdächtiger Vorkämpfer für

Nach jeder Sendung oder Konferenz gab es neue Mitglieder. Wir haben Komitees in Schulen, Universitäten, Krankenhäusern und Kirchen in den Provinzen gegründet. Zurzeit haben wir 200 engagierte Komitees für die Freilassung der 5 Kubaner. Jedes Trimester reichen wir bei der US-Botschaft in Kinshasa Petitionen ein. Wir organisieren Kolloquien, Solidaritätskonferenzen zu dem Fall und arbeiten zusammen mit anderen Komitees rund um die Welt für ihre Befreiung.

Was denken Sie über die Zukunft Kubas, über seinen neuen Weg, beispielsweise in Kooperation mit den ALBA-Ländern?

Sylvère Boswa Isekombe: Ich habe bisher drei Reisen nach Kuba gemacht und jedes Mal habe ich eine grundlegende Veränderung in der Gesellschaft vorgefunden. Obwohl Kuba jetzt einen neuen Weg unternimmt, bleiben die Errungenschaften der Revolution auch für den afrikanischen Kontinent bedeutend: Gesundheitsversorgung für alle, kostenlose und obligatorische Bildung, außergewöhnliche Gastfreundschaft. ALBA betreibt in der Entwicklung Lateinamerikas eine hervorragende Achsen-Politik. Auf einer Konferenz in Johannesburg 2010 über die Konzeption der Linken zur Demokratie in Afrika habe ich vorgeschlagen, dass die fortschrittlichen Kräfte sich zum Wohle der afrikanischen Völker entscheiden sollten, eine Kooperation nach dem Typ ALBA einzugehen. ALBA ist das Symbol des proletarischen Internationalismus und Vorbild einer guten Kooperation zwischen den Nationen.

*Die Fragen stellte: Elke Zwinge-Makamizile, Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, Deutscher Friedensrat
Erstveröffentlichung: unsere zeit - Zeitung der DKP, 7. Oktober 2011*

die Menschenrechte gehandelt wird.

Wir dagegen fragen:

* Wann wird der Friedensnobelpreisträger und US-Präsident Obama von seinem verfassungsmäßigen Privileg Gebrauch machen, dem cubanischen Beispiel folgen und die weltweit als MIAMI 5 bekannt gewordenen fünf

► Fortsetzung auf Seite 14 unten

Der Tag der Menschenrechte – einmal anders gesehen

Am 10. Dezember wird der Tag der Menschenrechte begangen und in Oslo der Friedensnobelpreis verliehen. 2009 erhielt ihn Barack Obama. Aber der US-Präsident hat bis heute nicht den »un-erklärten Krieg gegen Cuba« beendet, der seit 1959 mehr als 3000 Todesopfer gefordert hat. Anschläge auf Handelsschiffe, Luftverkehr und cubanische Diplomaten, Künstler, Sportler und Entwicklungshelfer gehörten ebenso dazu wie Bombenanschläge auf cubanische Hotels und der Beschuss touristischer Einrichtungen an der Küste durch Schnellboote. Krankheitserreger sowie Pflanzenschädlinge wurden aus Kleinflugzeugen beim Überfliegen der Insel abgeworfen. Gegen die Urheber dieser und weiterer Machenschaften wurde in den USA nie Anklage erhoben.

Stattdessen wurden fünf Cubaner, die Dokumente und Beweise sammelten, um die Terrormaßnahmen gegen Cuba zu unterbinden, zu ungerechten und unverhältnismäßig hohen Strafen verurteilt. Im Prozess wegen angeblicher Verschwörung zur Spionage - für Spionage gab es keine Beweise - bestätigten hohe Militärs der USA, dass die Aktivitäten nicht gegen die Vereinigten Staaten oder deren Bevölkerung gerichtet waren. Vergeblich.

Die USA, die sooft Menschenrechte einfordern, halten sie gegen die 5 Cubaner selber seit dreizehn Jahren nicht ein. Die Regierung hat kein faires Verfahren ermöglicht, sie hat eine feindselige Berichterstattung heimlich und illegal durch Zahlung an einfluss-

sreiche Journalisten unterstützt. Strafmaßnahmen wie Isolationshaft dürfen nicht länger als 60 Tage andauern, bei den cubanischen Gefangenen dauerten sie 17 Monate und wurden nur durch internationale Proteste begrenzt. Zwei der Ehefrauen erhalten kein Visum, auf diese Weise wird ihnen das in US-Gesetz und Völkerrecht garantierte Besuchsrecht vorenthalten. René González, der als Erster seine unrechtmäßige Strafe verbüßt hat, muss nach seiner Freilassung aus dem Gefängnis noch drei Jahre »überwachte Freilassung« mit elektronischer Fußfessel in Florida verbringen, statt in sein Land und zu seiner Familie zurückkehren zu können.

Die UN-Arbeitsgruppe zu willkürlichen Inhaftierungen hat das Vorgehen der US-Behörden gegen die Cuban 5 als willkürlichen Freiheitsentzug eingestuft. Amnesty International, die Organisation, die sich weltweit für Menschenrechte einsetzt, forderte 2010, den Fall erneut zu prüfen und die Ungerechtigkeit durch Gnadenerlass abzumildern, unabhängig von der Schuldfrage.

Weltweit kämpfen zahlreiche Menschen und Organisationen gegen diese Unrechtsurteile an: Solidaritätsgruppen aus aller Welt, Parlamentsmitglieder, Minister und Juristenorganisationen, zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wie Angela Davis, Danny Glover, Manu Chao, Oscar Niemeyer, Ramsey Clark, Noam Chomsky, in Deutschland u.a. Rolf Becker, Roger Willemsen, Peter Sodann, Klaus Staack, Sahra Wagenknecht. Nobelpreisträger wie Günter Grass, Elfriede Jelinek, Nadine Gordimer, Rigoberta Menchú, Dario Fo, Adolfo Pérez Esquivel, José Saramago sowie der Senat von Mexiko, die Nationalversammlung von Panama, Mary Robinson - Hochkommissarin für Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1997 bis 2002 - haben bereits 2009 vom Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten eine Überprüfung des Verfahrens verlangt.

Das sollte bei jedem Journalisten die Frage aufwerfen, was diese vielen unterschiedlichen Menschen dazu bringt, sich für die Freiheit der cubanischen Gefangenen einzusetzen. Olga Salanueva, Renés Ehefrau, nennt einen der Gründe: »Alles, was sie getan haben, war von den edelsten Gefühlen inspiriert, von ihrer Bestimmung, das Leben zu verteidigen und andere Menschen zu schützen.« Die Fünf benötigen nun Ihren Schutz und Ihre Unterstützung. Schaffen Sie Öffentlichkeit! Lassen Sie es nicht zu, dass durch bezahlte Medienberichte ein Verstoß gegen die Menschenrechte möglich ist.

Vorstand des Netzwerk Cuba anlässlich des 10. 12. 2011

► Fortsetzung von Seite 13 unten

Cubaner begnadigen, die seit 13 1/4 Jahren unschuldig in US-Hochsicherheitsgefängnissen eingesperrt sind, weil sie die rechtsextremen Terrorgruppen in Miami unterwandert haben, um ihre Heimat vor weiteren Attentaten zu beschützen?

(Ausführliche Informationen siehe: <http://www.cubafreundschaft.de/M5/M5.html> und www.miami5.de)

★ Wann wird der Friedensnobelpreisträger und US-Präsident Obama dem Cubaner René González Schwerert, einem der MIAMI 5, der am 7. Oktober 2011 nach 13 Jahren ungerechtfertigter Haft in sog. »überwachte Freiheit« entlassen wurde - ausdrücklich begrenzt auf den Raum Miami, wo er sich nun in akuter Lebensgefahr befindet - die Ausreise zu seiner Familie nach Cuba erlauben?

Wir fragen die Bundeskanzlerin Merkel:

★ Wann wird diese Regierung die Schützengräben des Kalten Krieges gegen Cuba [1] gegen Cuba verlassen und endlich gleichberechtigte zwischenstaatliche Beziehungen aufnehmen?

★ Wann wird sie ihren Einfluss auf ihren Amtskollegen Obama geltend machen und sich für die Freilassung der MIAMI 5 und die sofortige Rückkehrmöglichkeit von René González Schwerert einsetzen und damit ihrem immer wieder postulierten Anspruch, für die Menschenrechte einzutreten, wenigstens dieses eine Mal gerecht werden?

Und schließlich fragen wir die großen Medien unseres Landes:

★ Wann endlich werden Sie auch nur einen Bruchteil der Aufmerksamkeit, die Sie jedem cubanischen Eierdieb widmen, einem der längsten und skandalbehaftetsten Verfahren der US-Justizgeschichte zukommen lassen und den Fall der MIAMI 5 nicht nur in Kurzmeldungen, sondern umfassend und vorurteilsfrei behandeln?

Wir erwarten Antworten.

Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Regionalgruppe Essen; i.A. Heinz-W. Hammer, Vorsitzender



Bundesdelegiertenkonferenz 2012

Liebe Compañeras, liebe Compañeros!

Der Bundesvorstand hat die Bundesdelegiertenkonferenz 2012 für den 21./22.4.2012 nach Frankfurt einberufen und schlägt folgende Tagesordnung vor:

1. **Eröffnung, Begrüßung, Konstituierung der Konferenz**
2. **Rechenschaftsbericht des Vorstandes und Kassenbericht**
3. **Bericht der Revisionskommission**
4. **Diskussion und Entlastung des Vorstandes**
5. **Referat und Diskussion zur wirtschaftlichen u. pol. Lage in Kuba sowie die Umsetzung der Lineamentos.**
6. **Antragsberatung und Beschlussfassung**
7. **Schlusswort**

Anträge an die BDK müssen bis zum 23.03.12 in der Geschäftsstelle eingegangen sein!

Delegiertenschlüssel: Gruppen können für je 10 angefangene Mitglieder eine/n Delegierten wählen. Die Mindestzahl pro Gruppe beträgt drei Delegierte. Wer keiner Regionalgruppe angehört, bitte auch in der Geschäftsstelle anmelden, die BDK kann in diesen Fällen eine Stimmberechtigung beschließen.

Die Anmeldung der Delegierten muss mit Angabe der zu buchenden Übernachtungen (0 - 2) bis zum 23. März in der Geschäftsstelle eingegangen sein!

Detaillierte Anreisebeschreibung erhaltet ihr mit den Delegiertenunterlagen.

- **Post:** FG BRD - Kuba e.V. • Maybachstr. 159, 50670 Köln.
- **Fax:** 0221 - 606 00 80;
- **Mail:** info@fgbrdkuba.de

Konferenzort: Haus der Jugend, 60594 Frankfurt, Deutschherrnufer 12,

Delegiertenbeitrag: 30,00 €. Hierin enthalten sind die Konferenzunterlagen, ein Mittagessen sowie die Abendveranstaltung am Samstag, 07.05.2011

Jede weitere Mahlzeit kostet 5 €. Jede Übernachtung im 4-Bett-Zimmer kostet 26,00 €. Jede Übernachtung im Einzelzimmer kostet 37,00 €

Wir bitten um Vorauszahlung von mindestens 20,00 € je Anmeldung auf unser Geschäftskonto bei der Bank für Sozialwirtschaft, Köln. Die restliche Zahlung erfolgt vor Ort in bar. Zu den Reisekosten können leider wieder keine Zuschüsse erstattet werden. Wir bieten an, über die realen Kosten eine Zuwendungsbescheinigung für das Finanzamt auszustellen.

Ablauf- und Zeitplan:

Freitag, 20. April

Ab 19:00: Ankunft in der Jugendherberge/im Haus der Jugend

21:00 Filmabend - cubanischer Film - im »Gartenhaus« des Hauses der Jugend, Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch.

Samstag, 21. April

10:00 Eröffnung der BDK

10:15 Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes
Finanzbericht

Bericht der Revisionskommission

11:00 Diskussion zu den Berichten

12:30 Mittagspause

13:30 Referat zur wirtschaftlichen und pol. Situation in Kuba sowie die Umsetzung der Lineamentos

14:00 Diskussion dazu

18:00 Abendessen

20:00 Abendveranstaltung in Frankfurt, Club Voltaire. Lateinamerikanische Liveband und DJ (Kleine Hochstr. 5 - gut zu Fuß zu erreichen)

Am Nachmittag ist noch eine Aktion in der Innenstadt Frankfurts geplant

Sonntag, 22. April

08:00 Frühstück

09:00 Fortsetzung der BDK / Informationsaustausch der Regionalgruppen

11:00 Lesung mit Heinz Schäfer

12:00 Beratung und Beschlussfassung über Anträge und Resolutionen

13:00 Ende der BDK

Redaktionsschluss für die nächste CubaLibre: 1. März 2012

pinwand

Cuba-Veranstaltungen in
Nürnberg:

**Im Rahmen der
Lateinamerikawoche:**

Montag, 23.1.12, 18 Uhr:

**Zukunftsfähigkeit von Cuba
- Merkmale und aktuelle
Herausforderungen.**

Vortrag von Dr. Edgar Göll.
Villa Leon. Nürnberg, Philipp-
Koerber-Weg 1, U-Bahnstation
Rothenburger Straße.

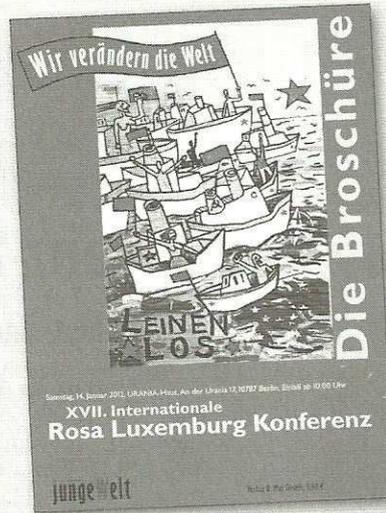
Cena Cubana:

Freitag, 9. März und

Freitag, 11. Mai 2012

Jeweils ab 18 Uhr leckeres,
3-gängiges cubanisches Menü.

KOMM e.V. Nürnberg,
am Jamnitzer Platz,
U-Bahnstation Gostenhof.



Die Broschüre zur
XVII. Internationalen
Rosa-Luxemburg-
Konferenz – mit
allen Vorträgen sowie
Auszügen aus der
Podiumsdiskussion.

Jetzt bestellen!

Die Broschüre erscheint voraussichtlich im März
2012 (Verlag 8. Mai GmbH, ca. 60 Seiten)

Ja, ich bestelle von der Broschüre zur XVII. Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz 2012
zum Preis von 3,60 € (zzgl. 1,50 € Versandkosten, ab einer Bestellung von 10 Broschüren entfallen die Versandkosten)

Exemplare

Gesamtsumme: Euro

Frau Herr

Name Cuba libre

Vorname

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Telefon E-Mail

Ich ermächtige Sie hiermit, die Kostenbeteiligung von
meinem Konto abzubuchen:

Kontonummer

Geldinstitut

Bankleitzahl

Datum/Unterschrift

Coupon einsenden an:

Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin, oder faxen an die 0 30/53 63 55-44

spendenbarometer



»Gloria de la Cruz« (Förderung von geistig Behinderten)

6.215

509

Behinderten-Selbsthilfe Aclifim



Krankenhaus Miguel Enriquez

3.213

1.644

Hilfe für Cubas Ärzte in Haiti



Catedra Humboldt

725



Cuba Kompakt

634



FG Cuba allgemein

5.294

Stand 31. 12. 2011

Spendenkonto der Freundschaftsgesellschaft
BRD-Cuba e.V.: Postgiroamt Köln,
Kto.-Nr. 307 984-507 (BLZ 370 100 50)

alle Beträge in Euro

Außerdem gingen noch Spenden zur Hurrikanhilfe und
für die Aktion Schilp in Höhe von über 10.000 Euro ein.

Reflexionen von Fidel Castro

DIE NATO IN DER VÖLKERMORD-ROLLE

Jenes brutale Bündnis ist zum verräterischsten Repressionsinstrument geworden, das die Menschengeschichte je kennen gelernt hat. Die NATO hat diese globale Unterdrückungsrolle übernommen, sobald die UdSSR, die den Vereinigten Staaten zu ihrer Gründung als Vorwand gedient hat, ihre Existenz aufgegeben hatte.

Ihre kriminelle Absicht wurde schon in Serbien offensichtlich, einem Land slawischen Ursprungs, dessen Volk im Zweiten Weltkrieg so heroisch gegen die Nazi-Truppen gekämpft hat.

Als die Länder jener unheilvollen Organisation im März 1999, in ihren Bemühungen zur Desintegration von Jugoslawien nach dem Tod von Josip Broz Tito, ihre Truppen zur Unterstützung der Sezessionisten von Kosovo entsandt haben, stießen sie auf starken Widerstand jener Nation, deren erfahrene Streitkräfte intakt waren.

Die Yankee-Regierung griff auf Anraten der rechtsgerichteten spanischen Regierung von José María Aznar die Fernsehsender von Serbien an, die Brücken über die Donau und Belgrad, die Hauptstadt jenes Landes. Die Botschaft der Volksrepublik China wurde durch die Bomben der Yankees zerstört, mehrere der Beamten kamen um, und ein Irrtum - wie von den Autoren behauptet wurde - war unmöglich gewesen. Zahlreiche serbische Patrioten verloren ihr Leben. Niedergedrückt durch die Macht der Aggressoren und die Auflösung der UdSSR kam Präsident Slobodan Milošević den Forderungen der NATO nach und ließ die Anwesenheit von Truppen jenes Bündnisses innerhalb von Kosovo, unter dem Mandat der UNO, zu, was schließlich zu seiner politischen Niederlage geführt hat und seiner Aburteilung vor dem absolut nicht unparteiischen Gerichtshof von Den Haag. Er starb merkwürdigerweise im Gefängnis.

Wenn die serbische Führungspersönlichkeit einige wenige Tage mehr standgehalten hätte, wäre die NATO in eine schwerwiegende Krise eingetreten, die beinahe ausgebrochen wäre.

So verfügte das Imperium über viel mehr Zeit, um den ihm immer mehr untertänigen Mitgliedern jener Organisation seine Hegemonie aufzuzwingen

In der Zeitspanne vom 21. Februar bis zum 27. April des laufenden Jahres habe ich auf der Website CubaDebate neun Reflexionen zum Thema veröffentlicht, in denen ich umfassend die Rolle der NATO in Libyen bzw. das, was meines Erachtens geschehen würde, behandelt habe.

Deshalb sehe ich mich heute zu einer Zusammenfassung der von mir dargelegten Hauptideen gezwungen, und von den Ereignissen, die so, wie vorausgesehen, geschehen sind, jetzt, wo eine der zentralen Gestalten der Geschichte, d.h. Muammar Al-Gaddafi, durch die modernsten Jagdbomber der NATO schwer verletzt wurde, welche sein Fahrzeug abgefangen und unbrauchbar gemacht haben, noch lebend gefangen genommen und durch die von jener militärischen Organisation bewaffneten Männer ermordet worden ist.

Sein Leichnam ist entführt und als Kriegstrophäe ausgestellt worden, eine Verhaltensweise, die die elementarsten Prinzipien der muslimischen Regeln und anderer, auf der Welt vorherrschender religiöser Glaubensrichtungen verletzt. Es wurde angekündigt, dass Libyen sehr bald zu einem »demokratischen Staat, Verteidiger der Menschenrechte« erklärt werden wird.

Vor ungefähr acht Monaten, am 21. Februar dieses Jahres, habe ich voller Gewissheit Folgendes behauptet:

»Der Plan der Nato besteht darin, Libyen zu besetzen«

Unter diesem Titel habe ich zum ersten Mal dieses Thema in einer Reflexion angeschnitten, deren Inhalt ein Produkt der Fantasie schien.

Jetzt wiederhole ich hier jene Einschätzungen, die mich zu jener Schlussfolgerung geführt haben.

»Das Erdöl wurde zum hauptsächlichsten Reichtum in den Händen der großen transnationalen US-Unternehmen; mit dieser Energiequelle haben sie über ein Instrument verfügt, das ihre politische Macht auf der Welt deutlich erhöhte.«

»Auf der Grundlage dieser Energiequelle hat sich die heutige Zivilisation entwickelt. Venezuela war das Land in dieser Hemisphäre, das den höchsten Preis bezahlte. Die Vereinigten Staaten bemächtigten sich der enormen Vorkommen, mit denen dieses Bruderland von der Natur gesegnet worden ist.

Nach dem Ende des letzten Weltkriegs begann die Erdölförderung im Iran, in Saudi-Arabien, im Irak und in den umliegenden arabischen Ländern. Diese wurden zu den Hauptlieferanten. Der Weltverbrauch steigerte sich bis zu der fabulösen Menge von ungefähr 80 Millionen Barrels täglich, einschließlich der Fördermenge in den Vereinigten Staaten, zu der in jüngster Zeit noch Gas, Wasserkraft- und Kernenergie hinzukamen.«

»Die Verschwendung des Erdöls und des Erdgases sind mit einer der größten Tragödien der Menschheit verbunden, mit dem Klimawandel, einem absolut noch nicht gelösten Problem.«

»Im Dezember 1951 war Libyen das erste afrikanische Land, das nach dem Zweiten Weltkrieg seine Unabhängigkeit erreichte. In jenem Krieg war es Schauplatz bedeutender Schlachten zwischen deutschen und britischen Truppen gewesen...«

»95% des Territoriums dieses Landes sind Wüste. Die Technologie machte es möglich, bedeutende Vorkommen leichten Erdöls von hervorragender Qualität zu entdecken, die heutzutage 1,8 Millionen Barrels täglich erreichen, und zusätzlich eine große Menge von Naturgas. [...] Die unerbittliche Wüste des Landes liegt über einem enormen See aus fossilem Wasser, der ungefähr dreimal so groß wie Kuba ist. Das hat es Libyen ermöglicht, ein umfangreiches Netz von Süßwasserleitungen durch das ganze Land zu bauen.«

»Die libysche Revolution fand im September 1969 statt. Ihr wichtigster Anführer war Muammar al-Gaddafi, ein Militär beduinischer Herkunft, der sich seit seiner frühen Jugendzeit an den Ideen des ägyptischen Führers Gamal Abdel Nasser inspiriert hatte. Zweifellos sind viele seiner Entscheidungen, wie auch im Fall von Ägypten, mit jenen Veränderungen verbunden, die vonstatten gingen, als in Libyen eine schwache und korrupte Monarchie gestürzt wurde.«

»Man kann mit Gaddafi einverstanden sein oder nicht. Die Welt ist mit allerart Nachrichten überflu-

tet worden, vor allem über die Massenmedien. Man muss eine gewisse Zeit abwarten, um wirklich zu erkennen, was Wahrheit oder Lüge ist, oder eine Mischung aus den Ereignissen aller Art, die in Libyen inmitten des Chaos geschehen sind. Was für mich absolut klar ist, ist, dass es der Regierung der Vereinigten Staaten überhaupt nicht am Frieden in Libyen gelegen ist, und sie nicht zögern wird, der NATO den Befehl zur Invasion dieses reichen Landes zu geben, sei es in einigen Stunden oder in den nächsten Tagen.

Diejenigen, die mit niederträchtigen Absichten die Lüge erfunden haben, das Gaddafi nach Venezuela abgereist sei, wie sie es gestern Nachmittag, am Sonntag, dem 20. Februar, getan haben, erhielten heute eine würdige Antwort von Nicolás Maduro, dem Außenminister von Venezuela ...«

»Ich kann mir nicht vorstellen, dass der libysche Staatsmann das Land verlässt und sich der Verantwortung bezüglich jener ihm zugeschriebener Tatsachen entzieht, unabhängig davon, ob diese nun teilweise oder ganz falsch sind oder nicht.

Eine ehrliche Person wird immer gegen jede Ungerechtigkeit sein, die gegenüber irgendeinem Volk der Welt verübt wird, und die schlimmste wäre in diesem Augenblick, über das von der NATO in Vorbereitung befindliche Verbrechen gegen das libysche Volk zu schweigen.

Es drängt die kriegerische Führung dieser Organisation geradezu, dieses Verbrechen zu begehen. Man muss das öffentlich anprangern!«

Schon so zeitig hatte ich bemerkt, was ganz offensichtlich war. [...]

Am 23. Februar habe ich unter dem Titel »Totentanz des Zynismus« Folgendes erklärt:

»Die von den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten der NATO aufgezwungene Ausplünderungspolitik im Mittleren Osten ist in der Krise.«

»Wegen dem Verrat von Anwar El-Sadat in Camp David hat der palästinensische Staat trotz der UNO-Abkommen vom November 1947 nie existieren können, und Israel hat sich zu einer starken, mit der US-Regierung und der NATO verbündeten Atommacht entwickelt.«

»Der militärische Industriekomplex der USA lieferte Israel, und selbst den von ihm unterworfenen und gedemütigten arabischen Ländern, zig Milliarden Dollar jährlich.«

»Der Geist ist aus der Flasche herausgekommen und die NATO weiß nicht, wie sie ihn kontrollieren kann.

Sie werden versuchen, den höchstmöglichen Nutzen aus den bedauerlichen Ereignissen in Libyen herauszuholen. Niemand könnte in diesem Moment wissen, was dort gerade geschieht. Alle Angaben und Versionen, bis hin zu den Unglaublichsten, wurden durch das Imperium über die Massenmedien veröffentlicht und haben das Chaos und die Desinformation verbreitet.

Es ist offensichtlich, dass ein Bürgerkrieg in Libyen stattfindet. Warum und wie wurde derselbe entfesselt? Wer wird die Folgen erleiden? Die Agentur Reuter hat die Meinung einer bekannten

Bank in Japan, der Nomura-Bank, weiterverbreitet und erklärt, dass der Erdölpreis jede Grenze überschreiten könnte.«

»...Was wären die Folgen inmitten der Nahrungskrise?

Die Führungskräfte der NATO sind exaltiert. Wie ANSA mitteilte, hat der britische Premierminister David Cameron ... in einer Rede in Kuwait zugegeben, dass sich die westlichen Länder geirrt hätten, als sie undemokratische Regierungen in der arabischen Welt unterstützt haben'...«

»Sein französischer Kollege Nicolás Sarkozy erklärte: ‚Die lang anhaltende brutale und blutige Unterdrückung der Zivilbevölkerung in Libyen ist abstoßend‘.

Der italienische Außenminister Frattini erklärte die Zahl von tausend Toten in Tripolis als ‚glaubwürdig‘ [...] ‚diese tragische Ziffer ist ein Blutbad‘.

Hillary Clinton erklärte: ‚...das ‚Blutbad‘ ist ‚völlig inakzeptabel‘ und ‚es muss aufhören‘...«

Ban Ki-moon äußerte: ‚Die in diesem Land vorhandene Gewaltanwendung ist absolut inakzeptabel‘.

...‚Der Sicherheitsrat wird dem gemäß handeln, was die internationale Gemeinschaft beschließt‘.

‚Wir ziehen eine Reihe von Optionen in Betracht‘.

Was Ban Ki-moon wirklich erwartet, ist, dass Obama das letzte Wort sagt.

Der US-Präsident sprach am Mittwochnachmittag und äußerte, dass die Außenministerin nach Europa reisen wird, um mit ihren Verbündeten der NATO die zu treffenden Maßnahmen zu vereinbaren. In seinem Gesicht konnte man erkennen, wie er die Gelegenheit nutzte, sich mit dem Senator der äußersten Rechten der Republikaner, John McCain, auseinanderzusetzen; mit dem pro israelitischen Senator von Connecticut, Joseph Lieberman, und mit den Führern der Tea Party, um seine Aufstellung zur Wahl seitens der demokratischen Partei zu gewährleisten.

Die Massenmedien des Imperiums haben das Gelände geebnet, um zu handeln. Die militärische Intervention in Libyen würde niemanden verwundern. Damit würden Europa außerdem die fast zwei Millionen Barrel Leichtöl täglich gewährleistet werden, wenn nicht schon vorher Ereignisse geschehen, die das Mandat oder das Leben von Gaddafi beenden.

Wie auch immer, die Rolle von Obama ist sehr kompliziert. Wie wird die Reaktion der arabischen und moslemischen Welt aussehen, wenn mit diesem Abenteuer viel Blut in jenem Land vergossen wird? Wird eine Intervention der NATO in Libyen die in Ägypten entfesselte revolutionäre Welle aufhalten?

Im Irak wurde das unschuldige Blut von über einer Million arabischer Bürger vergossen, als das Land unter falschen Vorwänden angegriffen wurde.«

»Niemand auf der Welt wird mit dem Tod von schutzlosen Bürgern in Libyen oder anderen Teilen der Welt einverstanden sein. Und ich frage mich: Werden die USA und die NATO dieses Prinzip auf jene schutzlosen Bürger anwenden, die von den unbemannten Yankee-Flugzeugen und den Soldaten dieser Organisation täglich in Afghanistan und Pakistan getötet werden?

Es ist ein Totentanz des Zynismus.«

Am 2. März habe ich unter dem Titel »Der unvermeidliche Krieg der NATO« Folgendes geschrieben:

»Im Unterschied zu dem, was in Ägypten und Tunesien geschieht, nimmt Libyen den ersten Platz bei den Kennziffern der Humanentwicklung in Afrika ein und weist die höchste Lebenserwartung auf dem Kontinent auf. Dem Bildungs- und Gesundheitswesen widmet der Staat besondere Aufmerksamkeit. Das Bildungsniveau der Bevölkerung ist zweifellos höher. Die Probleme liegen auf anderer Ebene [...] Das Land benötigte viele ausländische Arbeitskräfte, um die ehrgeizigen Pläne im produktiven und sozialen Bereich zu realisieren.«

»Es verfügte über enorme Einkommen und Reserven konvertierbarer Währungen auf den Banken der reichen Ländern, mit denen es Bedarfsgüter und sogar hoch entwickelte Waffen kaufte, die genau von denselben Ländern geliefert worden sind, die heute Libyen im Namen der Menschenrechte überfallen wollen.«

»Die riesige, von den Massenmedien entfesselte Lügenkampagne verursachte eine große Verwirrung in der Weltöffentlichkeit. Die Zeit wird vergehen, bevor man genau rekonstruieren kann, was wirklich in Libyen geschehen ist, und bevor man die echten von den falschen Ereignissen unterscheiden werden kann, die verbreitet wurden.«

»Die USA und ihre Hauptverbündeten haben höchst ausgeklügelte Mittel benutzt, um entstellte Informationen über die Ereignisse zu verbreiten, aus denen man die Wahrheit herausfinden musste.«

»Der Imperialismus und die NATO - ernsthaft über die revolutionäre Welle besorgt, die die arabischen Länder erfasst hat, wo ein großer Teil des Erdöls erzeugt wird, das die konsumorientierten Wirtschaften der entwickelten und reichen Ländern aufrecht erhält - versäumten es nicht, den inneren Konflikt in Libyen auszunutzen, um eine militärische Intervention voranzutreiben.«

»Trotz der Lügenflut und der gewollten Verwirrung konnten die Vereinigten Staaten China und Russland nicht dazu verleiten, im Sicherheitsrat für eine militärische Intervention in Libyen zu stimmen, während es ihnen gelang, in der Menschenrechtskommission jene Ziele zu erreichen, die sie in diesem Moment anstrebten.«

»Es ist eine Tatsache, dass sich Libyen in einem Bürgerkrieg befindet, wie wir es vorausgesehen haben, und die Vereinten Nationen nichts tun konnten, um diesen zu verhindern, ausgenommen die Tatsache, dass ihr Generalsekretär selbst noch viel Öl ins Feuer gegossen hat.«

Wahrscheinlich haben sich die Akteure aber nicht vorstellen können, dass die Führer des Aufstandes selbst in dieses komplizierte Thema eingreifen und erklären würden, dass sie jegliche ausländische Intervention ablehnten.«

Einer der Aufstandsführer, Abdelhafiz Ghoga, hat bei einem Treffen mit Journalisten am 28. Februar erklärt: »Was wir benötigen, sind geheimdienstliche Informationen, aber auf keinen Fall darf unsere Souveränität zu Luft, Land oder Wasser beeinträchtigt werden.«

»Die Unnachgiebigkeit der Verantwortlichen der Opposition bezüglich der nationalen Souveränität spiegelte die spontan gegenüber der internationalen Presse in Bengasi geäußerte Meinung vieler libyscher Bürger wieder«, teilte eine Meldung der AFP-Agentur am vergangenen Montag mit.

Am selben Tag erklärte Abeir Imneina, eine Professorin für Politikwissenschaften der Universität von Bengasi - Gegnerin von Gaddafi - Folgendes:

»In Libyen gibt es ein sehr starkes Nationalgefühl.«

»Außerdem macht das Beispiel Irak der arabischen Welt Angst«, betonte sie hinsichtlich der US-amerikanischen Invasion im Jahr 2003, die jenem Land, und schließlich übergreifend auf die anderen Länder der Region, die Demokratie bringen sollte; eine Hypothese, die durch die Tatsachen vollkommen widerlegt wurde.«

»Wir wissen, was in Irak passierte. Das Land ist völlig instabil und wir wollen auf keinen Fall denselben Weg gehen. Wir wollen nicht, dass die US-Amerikaner hierher kommen, und wir in eine Situation geraten, dann Gaddhafi hinterher beweinen zu müssen«, sagte die Expertin.«

»Wenige Stunden nach Veröffentlichung dieser Nachricht beeilten sich zwei der wichtigsten US-Presseorgane, The New York Times und The Washington Post, neue Versionen zum Thema zu verbreiten. Darüber berichtet die Presseagentur DPA am nächsten Tag, dem 1. März, wie folgt: »Die libysche Opposition könnte den Westen bitten, strategische Positionen der treuen Kräfte von Muammar al-Gaddhafi aus der Luft zu bombardieren«, berichtet heute die US-Presse.«

»Das Thema wird gerade innerhalb des libyschen Revolutionsrates diskutiert«, präzisieren The New York Times und The Washington Post in ihren Online-Versionen.«

»Sollten diese Aktionen aus der Luft im Rahmen der Vereinten Nationen stattfinden, würden sie keine internationale Intervention implizieren«, erklärte der Sprecher des Rates, der von The New York Times zitiert wurde.«

»The Washington Post« zitierte Aufständische, die anerkannten, dass der Kampf gegen die Kräfte, die Gaddhafi die Treue halten, ohne westliche Unterstützung lange dauern und viele Menschenopfer kosten könnte.«

Ich habe mir in jener Reflexion dann sofort selbst die Frage gestellt:

»Warum wird darauf bestanden, die Aufständischen als prominente Mitglieder der Gesellschaft darzustellen, die Bombardements von den USA und der NATO fordern, um Libyer zu töten?«

»Eines Tages wird man die Wahrheit erfahren, und zwar durch solche Personen, wie die Professorin für Politikwissenschaften der Universität von Bengasi, die mit großer Beredsamkeit über die grausame Erfahrung im Irak berichtete, wo Millionen von Menschen getötet wurden, ihre Arbeit verloren haben, ihre Häuser zerstört sahen bzw. emigrieren mussten.«

Heute, am Mittwoch, dem 2. März, präsentiert die Agentur EFE den schon bekannten Sprecher der Aufständischen, der Erklärungen abgibt, die meines Erachtens jene vom Montag bestätigen und ihnen zugleich widersprechen: »Bengasi (Libyen), 2. März. Die Führung der libyschen Aufständischen bittet den UNO-Sicherheitsrat um einen Luftangriff 'auf die Söldner' des Regimes von Muammar al-Gaddhafi.«

»Welchem der zahlreichen imperialistischen Krieg würde dieser ähneln?

Dem von Spanien 1936, dem von Mussolini gegen Äthiopien 1935, dem von George W. Bush gegen den Irak 2003, oder irgendeinem von den Dutzenden von Kriegen, die von den USA gegen die Völker Lateinamerikas, von der Invasion in Mexiko 1846 bis zum Krieg gegen die Falklandinseln 1982, vom Zaun gebrochen wurden?

Selbstverständlich dürfen hierbei die söldnerische Invasion in der Schweinebucht, der schmutzige Krieg und die Blockade gegen unser Vaterland, nicht unerwähnt bleiben, die am kommenden 16. April 50 Jahre andauern.

In all diesen Kriegen, wie auch im Vietnamkrieg, der Millionen von Menschenleben kostete, überwogen Rechtfertigungen und die zynischsten Maßnahmen.

Für diejenigen, die an der unvermeidlich stattfindenden Militärinvasion in Libyen zweifeln, betitelte die Nachrichtenagentur AP, die ich als eine gut informierte Agentur betrachte, eine Nachricht, die heute veröffentlicht wurde, in der bestätigt wird: »Wie von Diplomaten verlautbart wurde, erarbeiten die Mitgliedstaaten der Organisation des Nordatlantikpaktes (NATO) einen Einsatzplan und nehmen dafür als Vorlage die Flugsperrgebiete über dem Balkan der 1990er Jahre, für den Fall, dass die internationale Staatengemeinschaft entscheidet, ein Luftembargo über Libyen zu verhängen.«

Jede ehrliche Person, die in der Lage ist, die Ereignisse objektiv zu betrachten, kann die Gefahr dieser Gesamtheit zynischer und gewalttätiger Ereignisse bemerken, die die US-Politik charakterisieren und welche die beschämende Einsamkeit dieses Landes in den Vereinten Nationen während der Debatte über die »Notwendigkeit, die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade gegen Kuba aufzuheben« erklären.

Am 9. März dieses Jahres habe ich unter dem Titel »Die NATO, der Krieg, die Lüge und die Geschäfte« eine neue Reflexion über die Rolle dieser kriegerischen Organisation veröffentlicht.

Hier nun die wichtigsten Abschnitte jener Reflexion:

»Wie einige wissen, hat Muammar al-Gaddhafi, ein arabisch-beduinischer Militär von eigentümlichem Charakter und von den Ideen des ägyptischen Führers Gamal Abdel Nasser inspiriert, im September 1969 eine Bewegung innerhalb der Streitkräfte gefördert, die König Idris I. von Libyen stürzte, ein Land, dessen Territorium fast vollkommen aus Wüste besteht, das wenig bevölkert ist und im Norden von Afrika, zwischen Tunesien und Ägypten liegt.«

»In einer beduinischen nomadischen Schäferfamilie in der Wüste der Region Tripolis geboren, war Gaddhafi ein großer Gegner des Kolonialismus.«

»...die Gegner von Gaddhafi versichern, dass er sich als Student durch seine Klugheit auszeichnete. Wegen seiner antimonarchischen Aktivitäten wurde er vom Lyzeum verwiesen. Es ist ihm gelungen, sich in einem anderen Lyzeum einzuschreiben und später, mit 21 Jahren, an der Universität von Bengasi sein Jurastudium abzuschließen. Danach tritt er in die Militärschule von Bengasi ein, in der er die so genannte Geheime Bewegung der Freien Offiziere gründete. Er beendete sein Studium an einer britischen Militärakademie.«

»Er (Muammar al-Gaddhafi) hat sein politisches Leben mit unbestreitbar revolutionären Taten begonnen.

Im März 1970, nach massiven nationalistischen Demonstrationen, erreichte er den Abzug der britischen Soldaten aus seinem Land, und im Juni räumten die Vereinigten Staaten den großen Luftwaffenstützpunkt in der Nähe von Tripolis und übergaben ihn Militärberatern aus Ägypten, einem mit Libyen verbündetem Land.

1970 sind einige westliche Öl- und Bankgesellschaften mit ausländischem Kapitalanteil durch die Revolution beeinträchtigt worden. Ende 1971 erlitt die gut bekannte British Petroleum das gleiche Schicksal. Im Agrarsektor wurden alle italienischen Güter beschlagnahmt und die Siedler und deren Angehörige aus Libyen verwiesen.«

»Der libysche Führer verstrickte sich in extremistische Theorien, die sich sowohl dem Kommunismus als auch dem Kapitalismus entgegen stellten. Das war eine Phase, in der sich Gaddhafi der Theoretisierung widmete, die es sich nicht lohnt, in diese Analyse einzubeziehen. Erwähnenswert ist lediglich, dass im Ersten Artikel

der Verkündung der Verfassung des Jahres 1969 der ‚sozialistische‘ Charakter der ‚Großen Sozialistischen Libysch-Arabischen Volksrepublik‘ festgeschrieben wurde.

Ich möchte betonen, dass die Menschenrechte für die Vereinigten Staaten und deren Verbündete in der NATO niemals von Interesse waren.

Das Tohuwabohu, das im Sicherheitsrat, auf der Tagung des Ausschusses für Menschenrechte mit Sitz in Genf und auch auf der Generalversammlung der UNO in New York ablief, war reines Theater.«

»Die USA beabsichtigen jetzt, [...] militärisch in Libyen zu intervenieren und der revolutionären Welle, die in der arabischen Welt ins Rollen gekommen ist, einen Schlag zu versetzen.«

»Der latent vorhandene libysche Widerstand ist von den Nachrichtendiensten der Yankees und durch Fehler von Gaddhafi selbst gefördert worden, aber es ist wichtig, dass sich die Völker nicht täuschen lassen, da die Weltöffentlichkeit sehr bald über genügend Elemente verfügen wird, um zu wissen, woran sie ist.«

»Genau wie viele Länder der Dritten Welt ist Libyen Mitglied der Bewegung der Blockfreien Staaten, der Gruppe der 77 und anderer internationaler Organisationen, über welche Beziehungen ungeachtet des Wirtschafts- und Sozialsystems der jeweiligen Länder hergestellt werden.«

»In großen Zügen: Die Revolution in Kuba, inspiriert von den marxistisch-leninistischen Prinzipien und denen von Marti, siegte im Jahre 1959, nur 90 Meilen von den Vereinigten Staaten entfernt, die uns das Platt-Amendment aufgezwungen haben und die Besitzer der Wirtschaft unseres Landes waren.

Fast unmittelbar danach entfesselte das Imperium einen schmutzigen Krieg gegen unser Volk, mittels konterrevolutionärer Banden, der kriminellen Wirtschaftsblockade und der söldnerischen Invasion in der Schweinebucht (Playa Girón) im Schutze eines Flugzeugträgers und mit landungsbereiter Marine-Infanterie, die zum Einsatz kommen sollte, sobald die söldnerischen Kräfte bestimmte Ziele erreicht hätten.«

»Alle lateinamerikanischen Länder, mit Ausnahme von Mexiko, beteiligten sich an der kriminellen Blockade, die bis heute andauert, ohne dass sich unser Land jemals ergeben hätte.« (...)

Gestern, d.h. am 31. Oktober, ist ein Ereignis vorgekommen, das, wie viele andere, den totalen Mangel an Ethik der Yankee-Politik beweist.

Die Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation hat gerade eine mutige Entscheidung getroffen: sie hat dem heroischen Volk von Palästina das Recht erteilt, als aktives Mitglied bei der UNESCO teilzunehmen. 107 Staaten haben dafür gestimmt, 14 dagegen, 52 haben sich ihrer Stimme enthalten. Jedermann weiß ganz genau warum.

Die Vertreterin der Vereinigten Staaten bei dieser Einrichtung hat auf Anweisungen des Nobelpreises für den Frieden sofort erklärt, dass ihr Land ab diesem Augenblick an die ganze wirtschaftliche Hilfe für diese Organisation einstellt, die von der UNO für Bildung, Wissenschaft und Kultur bestimmt war.

Die dramatische Betonung, mit der die Dame die Entscheidung angekündigt hat, war überhaupt nicht nötig. Niemand war über die erwartete und zynische Entscheidung überrascht.

Und falls dem nicht genug wäre, würde die heutige AFP-Agenturmeldung von 16:05 Uhr aus Washington ausreichen:

»Nach dem G20-Gipfel (...) werden der Präsident (Obama) und Präsident Sarkozy in Cannes an einer Zeremonie teilnehmen, um die Allianz zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich zu begrüßen, informierte die US-Präsidentschaft, sie präziserte noch, dass die Staatsmänner sich auch mit ‚US-amerikanischen und französischen Soldaten treffen werden, die zusammen an den Aktionen in Libyen teilgenommen haben‘.«

Fidel Castro Ruz

22. Oktober - 1. November 2011

Vorankündigung XVI. Europatreffen der Cubasolidarität

Diesmal in Berlin vom 9. - 11. November 2012

Das Treffen wird im Hotel Kolombus im Stadtteil Hohenschönhausen im Osten von Berlin (ehemalige Hauptstadt der DDR) stattfinden. Im Hotel schlafen die Delegierten, essen und tagen. Es ist also alles unter einem Dach.

Es werden 3 AG's mit folgenden Themen vorgeschlagen:

1. zu den Cuban Five
2. zum gemeinsamen Standpunkt der EU zu Cuba
3. zur Medienpolitik

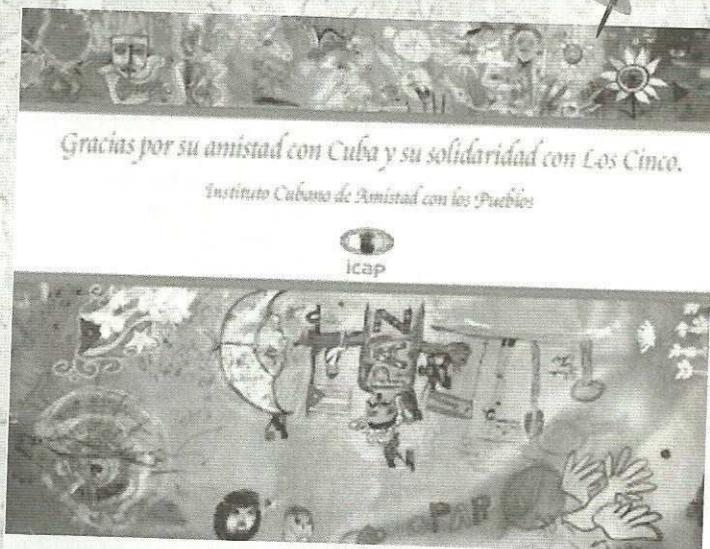
Zur Einstimmung für die Arbeit in den AG's gibt es Kurzreferate. Es sind auf dem Treffen keine Redebeiträge von Delegierten im Plenum geplant.

Die Delegierten können kurze Beiträge über ihre Arbeit/Erfahrungen der letzten beiden Jahre bereits vor dem Treffen schriftlich an das Netzwerk Cuba schicken, so dass sie in die Tagungsmappen für die Delegierten eingelegt werden können.

Am Freitag ist nach dem Abendessen ein kultureller Abend geplant. mit Musik, evtl. Film und mit Gelegenheiten für die europäischen Delegierten, sich auszutauschen.

Am Samstag Abend soll eine Veranstaltung mit einem(r) Vertreter(in) der Fraktion der Gruppe »GUE/NGL« aus dem Europaparlament zum Thema der Beziehungen der EU zu Cuba anbieten. Sie wird auch im Hotel stattfinden.

Am Sonntag Nachmittag endet das Treffen mit einer fakultativen Stadtrundfahrt.



Liebe FreundInnen,

Seid herzlich umarmt im Namen des ICAP, das nach 51 Jahren lebendig erhält die frische Kraft der Revolution, die Energien seiner Begründer, die Treue der FreundInnen, die Verpflichtung derer, die es heute noch lieben, die Frische derer, die zum ersten Mal ankommen.

Vielen Dank für alle Eure Beiträge besonders zum Kampf gegen die Blockade,

für die Befreiung der los Cinco und zur Verbreitung der kubanischen Realität.

Dieses Bild, das meine Nachricht begleitet, ist Frucht eines Workshops, den wir am 12. August zusammen mit herausragenden Meistern der Malerei und mit von ihrer Organisation aufgerufenen Pionieren auf der Terrasse des ICAP abhielten, um für den Frieden, für die Fünf und für Fidel zu seinem 85. Geburtstag zu malen; es ist Packpapier, das sich in eine Botschaft der Liebe und der Freundschaft verwandelt hat.

Wenn unsere Kräfte wanken, um den Berg zu klettern, gedenken wir an Fidel der jede Sekunde weiterkämpft, an Los Cinco die lächeln trotz der grausamen und widerrechtlichen Inhaftierung, an die Kinder die die Zukunft malen mit dem Vertrauen dass wir ein besseres Vaterland für sie schaffen werden.

Zum 53. Jahrestag der Revolution alles Gute! Kenia Serrano Puig, Presidenta

REGIONALE FG GRUPPEN + ANSPRECHPARTNERINNEN

- Augsburg:** Franz Egeter - Berliner Allee 22 B - 86153 Augsburg
Berlin: Marion Leonhardt - Voltastr. 2a - 13355 Berlin - berlin@fgbrdkuba.de
Bielefeld: Andreas Voßhenrich-Werner - Turmstr. 12 - 33615 Bielefeld
Bonn: Hans-Joachim Knoblen - Herseler Str. 2 - 53117 Bonn - hans-joachim-knoblen@t-online.de
Bremen: Elka Pralle - Friesenstr. 109 - 28203 Bremen
Dortmund: Heinz Liebold - Gießereistr. 4 - 44289 Dortmund
Duisburg: Renate u. Uli Fausten - Dickelsbachstr. 21 - 47053 Duisburg - cubita@gmx.de
Düsseldorf: Klaus Winkes - Hildebrandtstr. 7 - 40215 Düsseldorf - winkes@contour-concert.de
Erfurt/Eisenach: Roland Wanitschka - PF 1144 - 99801 Eisenach - roland.wanitschka@web.de
Essen: Heinz W. Hammer - Holtener Str. 2 - 45143 Essen - fg.essen@tele2.de
Frankfurt/M.: Burkhard Alpmann - Spessartring 6 - 65428 Rüsselsheim - fgbkffm-owner@freenet.de - burkhard.alpmann@web.de
Frankfurt/O.: Bernd Niereisel - Hansastr. 91 - 15234 Frankfurt/Oder - bernd.niereisel@freenet.de
Freiburg: Carmen Giesin - Weinbergstr. 6 - 79111 Freiburg - carmen.giesin@gmx.de
Gelsenkirchen: Christa Grewe - Festweg 12 - 45886 Gelsenkirchen - grewechr@aol.com
Giessen: Erika Beltz - Dietzstr. 7 - 35390 Giessen - ErikaBeltz@aol.com
Göttingen: Gunnar Siebecke - Harzstr. 13 - 37081 Göttingen - g.siebecke@web.de
Idar-Oberstein: Karin Gottlieb - Frinkenstr. 9 - 55743 Idar-Oberstein
Kaiserslautern: Helga Maier - Heißenbergstr. 9 - 66851 Queidersbach
Karlsruhe: Roland Armbruster - Wilhelmstr. 85 - 76137 Karlsruhe - roland.armbruster@t-online.de
Kiel: Sabine u. Rigoberto Neyra-Ampudia - Am Biberbach 7 - 24145 Kiel - rigosabi@t-online.de
Koblenz: Robert Peiter - Friedrichstr. 7 - 56333 Winnigen
Köln: Ingrid Hunold - Schumannstr. 19 - 51375 Leverkusen - schu19@online.de
Konstanz: Michaela u. Gottfried Heil - Teuringer Str. 42 - 88045 Friedrichshafen
Landshut: Karl Schönberger - Duniwang 7b - 84036 Landshut
Ludwigsburg: Karl Bühn - Postfach 1146 - 71692 Möglingen
Mannheim (Rhein/Neckar): Barbara Caroli-Buch - Gneisenaustr. 18 - 68259 Mannheim - barbara@mueller-web.de
München: Werner Ströhlein - Grünecker Str. 16 f - 85375 Neufahrn - stroehlein-sanchez@t-online.de
Münster: Dirk Zühlke - Tel. 0163-2941363
Nürnberg: Marianne Schweinesbein - Sielstr. 6 - 90429 Nürnberg - schweinesbein@t-online.de
Oldenburg: Uwe Nordmann - Am Grün - 26316 Varel
Regensburg: Bernhard Ostermeier - Mariaorterstr. 9 - 93161 Sinzing - bernhard.ostermeier@web.de
Saarbrücken: Volker Jung - Ottweiler Str. 4 - 66113 Saarbrücken
Stuttgart: Reiner Hofmann - Rohrdommelweg 6 - 70378 Stuttgart - Reiner_Hofmann@t-online.de
Tübingen: Stefan Dreher - Schleifmühleweg 32 - 72070 Tübingen - mail@stefandreher.de
Velbert: Hartmut Meinert - Händelstr. 3 - 42549 Velbert - hartmut.meinert@web.de
Würzburg: Michael Meyer - Weingartenstr. 26 - 97072 Würzburg - cubasoli@onlinehome.de
Wuppertal: Dirk Eugen Werner - Marienstr. 67 - 42105 Wuppertal



Von der Geschäftsstelle Lieferbare Materialien

	Normalpreis	Gruppenpreis
Plakate/Fotos/Postkarten		
Plakat Che Guevara DIN A2 s/w	1,50	1,00
Fotos Fidel Castro s/w 9x12 cm	2,50	2,20
Postkarte Che-Fotos, div. Motive	1,50	1,20
Solidarität mit den »Cuban Five		
«Aktionspostkarte »... jeden 5. für de Fünf!«	gegen Versandkosten	
Mini-Holz-Buch, 5x5 cm	1,00	0,80
Zeitschriften / Broschüren		
Cuba Libre (verbandseigene Zeitschrift) / je Exempl.	3,10	2,00
Jahresabo (4 Ausgaben)	10,50	
Cuba kompakt (Infoblatt der FG zu Cuba)	Bezug gegen Spende	
Granma Internacional (deutsche Ausgabe / mtl.)	1,50	1,00
CD / DVD		
CD Musica y Revolucion	5,00	3,00
DVD Dwyer/Rebo Mission against the terror mit deutschen Untertiteln	5,00	3,00
Zucker & Salz, Dokumentarfilm (mit dt. Untertiteln)	10,00	8,00
BÜCHER		
E. Panitz Commandante Che – Biogr. Skizzen,	5,00	4,00
R. + U. Fausten Helden der freien Welt	10,00	7,00
Hernando C. Ospina /Katlijn Declercq Originalton Miami	10,00	7,00
Hernando Calvo Ospina Im Zeichen der Fledermaus	8,00	6,00
José Marti Zum 100. Todestag (Hg. FG BRD-Kuba)	4,00	3,00
R. Ridenour Kuba – Ein Yankee berichtet	4,00	3,00
H. Langer Fidel Castro – Reflexionen ,	14,00	11,00
H. Langer Zärtlichkeit der Völker (DDR u. Cuba)	9,50	7,60
H. Langer Die DDR und Kuba	9,50	7,60
H. Langer Kuba – die lebendige Revolution	12,00	11,00
Komitee »Basta Ya!« Die USA und der Terror	5,00	4,50
Textilien		
Kubafahne 40 x 80 cm	9,00	7,00
Kubafahne 50 x 120 cm	14,50	12,50
Fahne »26. Julio« rot/schw. 175x90 mm	14,50	12,50
Dreieckstuch weiß mit Che-Motiv 120/85 cm	5,00	4,00
Umhängetasche mit Che-Motiv	5,00	4,50
Anstecker / Schlüsselanhänger / Feuerzeuge / Aufkleber:		
Anstecker Che-Porträt rot-schwarz, rund, 2,0 cm	2,50	2,00
Schlüsselanhänger mit Che-Porträt:	3,00	2,50
Schlüsselanhänger Che-Foto / Kubafahne	5,00	4,00
Aufkleber Kubafahne, 6,5 x 8,5 cm	1,00	0,50
Aufkleber, Che, s/w, 6,5 x 8,5 cm	2,00	1,50

Schriftliche Bestellung an: Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA e.V., Maybachstr. 159, 50670 Köln, Tel.: 0221 / 24 05 120, Fax: 0221 / 606 00 80, E-MAIL: info@fgbrdkuba.de. Alle Materialien werden mit Rechnung und unter Berechnung der Versandkosten verschickt!! Überweisungen für bestellte und gelieferte Materialien bitte nur auf das Konto der Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 370 205 00, Kontonr.: 1236900

Ein persönlicher Bericht über die letzte Brigade José Martí

vom 02.07. - 23.07.2011 im Campamento Julio Antonio Mella, Cuba

Im Frühjahr 2011 las ich in einer CUBA LIBRE, dass die internationale Brigade José Martí zum 40. mal stattfindet. Meine erste Begegnung mit Cuba war 1985, als Brigadistin. Seitdem wollte ich nach Cuba, aber nicht als »normale Touristin«. Also weshalb nicht wieder mit einer Brigade?

Vor 26 Jahren war Voraussetzung für eine Brigadeteilnahme die Mitgliedschaft in der Freundschaftsgesellschaft, sowie ein dreitägiges Vorbereitungstreffen. In einer Gruppe mit 50 TeilnehmerInnen aus Deutschland wurde drei Wochen lang vor- und nachmittags gearbeitet und die Reise dauerte fast 5 Wochen.

Heute gibt es eine »abgespeckte Version« der Brigade, insgesamt drei Wochen Aufenthalt auf Cuba (falls man nicht in Eigeninitiative verlängern möchte) mit einem Arbeitseinsatz von ca. 8 Tagen nur am Vormittag. In meinen Vorüberlegungen fand ich das beruhigend, weil ich mir unsicher war, ob das Arbeits- und Programmpensum (damals hatten wir chronischen Schlafmangel, weil alles zu spannend war und wir nichts verpassen wollten) im fortgeschritteneren Alter zu bewältigen ist.

Ein Vorbereitungstreffen ist obligatorisch, es ist heute kürzer und durchaus sinnvoll. Da während der Brigade erwartet wird, dass sich die jeweiligen Länder mit einem landestypischen Essen, einem kulturellen Beitrag, mit Gastgeschenken, einer Sprecherin/einem Sprecher oder sogar mit einem individuellen T-Shirt präsentieren. Das kann nur gelingen, wenn es vorbereitet ist. Leider war das nicht bei allen teilnehmenden Ländern so. Insgesamt waren an die 150 BrigadistInnen aus 19 verschiedenen Ländern im Campamento, unterschiedlich organisiert, mal mehr, mal weniger politisch orientiert. Einige Länder waren nur durch 1 - 2 Personen vertreten.

Wir reisten als deutsche Gruppe mit 8 Personen an und wurden im Campamento durch zwei weitere Deutsche (die gerade für längere Zeit auf Cuba lebten und uns mit ihrem cubanischem Leben vertraut machten), komplettiert.

Allein das Zusammentreffen von sehr unterschiedlichen Altersgruppen (in dem Jahr von 14 -74 Jahren) und Menschen aus sehr verschiedenen Ländern mit vielfachen kulturellen und politischen Hintergründen ist schon spannend an sich. Spanisch sprechen können



Kurz nach Sonnenaufgang auf dem Weg zur Arbeit

ist keine Voraussetzung, teilweise wird simultan in der jeweiligen Landessprache und wenn nicht, in englisch übersetzt. Spanisch sprechende Menschen sind aber im Vorteil, weil die Kontaktaufnahme mit Einheimischen und jegliche Kommunikation erleichtert ist. Für alle, die noch nie auf Cuba waren, ist die Brigade eine tolle Möglichkeit, neben allen sinnlichen Eindrücken und Erfahrungen einen umfassenden Einblick in cubanisches Denken, Leben, Arbeiten, kulturelle, politische und gesamtgesellschaftliche Prozesse/Entwicklungen zu bekommen. In unserer kleinen Gruppe waren einige, die vorher an einer Brigade teilgenommen hatten und ein Holländer feierte sein 25tes Jubiläum.

Das Campamento hat sich in all den Jahren sehr verändert, nach vielen Umbauten, Verbesserungen, auch durch den Arbeitseinsatz vorheriger Brigaden, war es für mich kaum wiederzuerkennen. Aus riesigen Schlafräumen für 60-80 Personen sind kleinere Schlafräume mit 8 Stockbetten geworden. Die Belegung erfolgt länderübergreifend. Genauso durchmischt sind auch die jeweiligen Arbeitseinsatzgruppen an verschiedenen Orten. Wir jäteten Unkraut auf Gemüsefeldern und Baumgrundstücken, arbeiteten in einer Gärtnerei und im Campamento an einer Natursteinmauer immer zusammen mit Cubanern.



Arbeitseinsatz



»Cuba, que linda es Cuba!«

Die CubanerInnen, insbesondere die MitarbeiterInnen des Campamento/ des ICAP, sind den BrigadistInnen gegenüber fürsorglich bemüht, den Aufenthalt so angenehm und interessant wie möglich zu gestalten: beim Essen, bei Ausflügen, bei Arbeitseinsätzen, bürokratischen Problemen, medizinischer Versorgung, bei politischen und sportlichen Veranstaltungen, bei Freizeitaktivitäten. Den BrigadistInnen wird mit großem Respekt begegnet, für den Arbeitseinsatz auf dem Feld, im Campamento und für die Solidarität mit Cuba. Die drei Wochen sind gut durchorganisiert und es wird versucht, individuellen Bedürfnissen genauso gerecht zu werden wie der Gesamtgruppe.

Bei den nachmittäglichen Veranstaltungen, Besuchen in Institutionen, Besichtigungen gab es Zusammenreffen mit Persönlichkeiten aus Politik, Gesundheit, Wirtschaft, Landwirtschaft, Innen- und Außenpolitik, Kultur, Bildung, Sport, Zivil/ Verteidigung u.v.m. Meistens wurde neben einem historischen Abriss zur aktuellen Ent-

wicklung Stellung genommen und danach noch mit den BrigadistInnen diskutiert (ein Phänomen ist, dass CubanerInnen, die öffentlich reden, sich nicht kurz fassen können oder Fidel Castro nacheifern, für uns war das - in Kombination mit der Übersetzung - zuweilen anstrengend).

Die Bevölkerung Cubas diskutiert zur Zeit sehr intensiv wo und wie es gesellschaftliche Entwicklungen und Veränderungen geben kann und soll. Viele Menschen und RednerInnen ließen uns an aktuellen Diskussionen und Entwicklungsprozessen teilhaben. Dabei gibt es natürlich auch Unsicherheiten, Ressentiments, Ängste. Ungebrochen ist jedoch der innige Respekt, der Fidel Castro entgegen gebracht wird. Während der Brigade gibt es Rituale, die es auch schon früher gab, wie:

Morgens um 5:45 Uhr über Lautsprecher mit Musik geweckt werden, Versammlung zur Arbeitsaufteilung und Anwesenheitsüberprüfung auf dem großen Platz im Campamento, die öffentliche Bewertung der geleisteten Arbeit zum Abschluss des Arbeitseinsatzes, allabendliches Kultur-, Tanz- und Musikprogramm, sportlicher Wettbewerb mit Siegerehrung, Abschlussabend mit kulturellen Beiträgen der einzelnen Länder und landestypischen Essen, eine Reise in andere Provinzen Cubas mit vielen Besichtigungen und Hotelaufenthalt, den Brigadeausweis, Kranzniederlegungen, diverse Besuche in Havanna mit Programm und zur freien Verfügung ...

Was anders für mich war:

Das touristische Cuba, das es 1985 so nicht gegeben hatte. Viele tolle Cafes, Restaurants, restaurierte Stadtviertel, Häuser, Museen.

Größere Mobilität (selbst im Campamento war es möglich, Fahrräder auszuleihen und auf eigene Faust ans Meer oder in den Nachbarort zu fahren), verschiedene Taxen, Busse, Rikschas etc.

Sichtbare Religiosität, afroamerikanische Santería, die uns in etlichen kulturellen Beiträgen nahegebracht wurde.

Die Zeit auf Cuba vergeht wie im Fluge, das Programm ist dicht, intensive, vielseitige Eindrücke, viele Gespräche, Diskussionen, kompakte Informationen, neue Begegnungen, Kontakte, Musik, Amusement. Kaum Zeit, Tagebuch zu schreiben, zu lesen oder, oder ...

Bewegt hat mich am meisten, dass sich Cuba als kleine Insel, kleines Land nach wie vor mit wenig Unterstützung und unter den widrigsten Bedingungen und weltpolitischen Zuständen behaupten kann und es schafft, einen eigenen Weg zu gehen. Dieses Selbstbewusstsein ist auch bei vielen Menschen und in vielen Situationen spürbar und berührt. Wie auch die Abschlusszene der Brigade, vor Abfahrt der Busse zum Abflug, wenn sich der Leiter des Campamento mit seiner Gitarre hinstellt und »Cuba, que linda es Cuba!!!« singt.

Text: *Christa Klose*

Fotos: *Christian Dörner*

Konzern Kritik vor dem Aus!



**Coordination gegen
BAYER-Gefahren braucht
350 neue Fördermitglieder**

Kostenlose Infos anfordern.

info2@CBGnetwork.org

www.CBGnetwork.org

»Revolution heißt ändern, was zu ändern ist« – Fidel Castro

Unter dieses Motto könnte man die Ausführungen von Vivian Delgado Fernández, Leiterin der Außenstelle Bonn der Kubanischen Botschaft und ihres Kollegen Giraldo Abreu stellen.

Die beiden erläuterten am 4. Dezember im Allerweltshaus in Köln-Ehrenfeld die im April auf dem Kongress der Kommunistischen Partei Kubas verabschiedeten Richtlinien der Sozial- und Wirtschaftspolitik für die nächsten Jahre.

Damit folgten sie der Einladung der Kölner Regionalgruppe der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, welche auf dem Podium von Ingrid Hunold und Horst Smok vertreten wurde. Gekommen waren etwa vierzig interessierte und - wie die anschließende Diskussion zeigte - gut informierte Zuhörerinnen und Zuhörer.

Im ersten Teil der Veranstaltung erklärte Frau Delgado Fernández den Ablauf der Entwicklung der Richtlinien über die breite Diskussion derselben in der gesamten Bevölkerung bis zur abschließenden Verabschiedung. Dabei war es der Bevölkerung möglich, Veränderungsvorschläge einzureichen. Diese Diskussion hatte zur Folge, dass viele Leitlinien modifiziert und Neue eingefügt wurden. Gerade über diese Vorgänge konnte Delgado Fernandez detailliert berichten, da dies ihr Aufgabebereich bis vor fünf Monaten in Kuba war.

Zusammengefasst zielen die neuen Leitlinien vor allem auf eine Effizienzsteigerung der kubanischen Volkswirtschaft ab;

diese haben die seit mehr als 50 Jahre über Kuba verfügte US-Blockade, aber auch die globale Wirtschaftskrise sowie Naturkatastrophen schwer beeinträchtigt. Demzufolge müssen verschiedene Maßnahmen getroffen werden, um die Produktivität der kubanischen Wirtschaft zu steigern. So ist es ein Ziel, dass sich Staatsunternehmen künftig selbst finanzieren können, damit die exzessiven Subventionen reduziert werden und sie ihrer Verantwortung gegenüber dem Staat gerecht werden.

Dieser Produktivitätssteigerung werden allerdings viele Arbeitsplätze zum Opfer fallen. Ausgleichend sollen Kredite und andere Förderungen verschiedener Formen der nicht staatlichen Wirtschaft bereitgestellt werden.

Neben staatlichen Unternehmen soll es zwar andere Arten der nicht staatlichen Bewirtschaftung und verstärkt ausländische Investitionen geben. Die Anhäufung von Eigentum durch juristische oder natürliche Personen soll jedoch nicht erlaubt werden.

Entsprechend wird ein angepasstes Steuersystem eingeführt. Eine der Maßnahmen, die schon in Kraft gesetzt wurden, ist die Erlaubnis zum Kauf und Verkauf von Häusern und PKWs, womit einem häufig geäußerten Wunsch aus der Bevölkerung entsprochen wurde.

Gleichzeitig soll die Abhängigkeit vom Import reduziert werden und die Exportrate steigen. Da ein großer Teil der Einfuhren Lebensmittel sind, muss der landwirtschaftliche Sektor stärker aktiviert werden. Entsprechende Programme werden teilweise bereits umgesetzt.

Frau Delgado Fernández betonte in ihrem Vortrag, dass das in Kuba praktizierte Wirtschaftsmodell weiterhin planwirtschaftlichen Charakter haben wird. Nicht gefährdet sind die Errungenschaften auf den Gebieten Gesundheit, Bildung und Kultur sowie die von Kuba ausgeübte umfangreiche praktische internationale Solidarität; so werde Kuba auch weiterhin Menschen aus Entwicklungsländern medizinisch ausbilden und eigene Ärzte in Krisengebiete entsenden. Man habe jedoch erkannt, dass auch dieser Bereich effizienter organisiert werden könne.

Dem informativen Vortrag folgte eine angeregte Diskussion. Einige offene Fragen konnten hier noch beantwortet werden.

Abschließend folgte die Aufführung des Films »Zucker und Salz« von Tobias Kriele und Martin Broschwitz über vier ältere Damen in Havanna, die sich in der Zeit des Sieges der Revolution kennen lernten und in der gemeinsamen Arbeit in der Alphabetisierungskampagne eine Freundschaft entwickelten, die bis heute anhält. Somit spiegelt die Geschichte dieser Freundschaft gewissermaßen die Entwicklung Kubas der letzten 53 Jahre wider. Obwohl mittlerweile vielen bekannt, ruft der



Konzentrierte Aufmerksamkeit bei Vivian Delgados Vortrag

Film doch immer wieder Begeisterung und Respektsbekundungen für die Protagonistinnen wie für die Macher hervor. Vielleicht lässt es sich kaum besser ausdrücken als mit der Bemerkung eines aus dem Kongo stammenden Veranstaltungsbesuchers, der unter dem Applaus aller Anwesenden sagte, Kuba könne uns einiges erklären; Kuba habe sich jedoch für nichts zu rechtfertigen.

Daniel Kriele

Solidarität mit Kuba

NETZWERK CUBA

- informationsbüro - e.V.

weydingerstrasse 14-16 ☆ 10178 berlin ☆
fon 030 - 29494260 ☆ fax 030 -
29494261 ☆ e-mail: info@netzwerk-
cuba.de ☆ konto f. solidaritäts-
spenden 32333100 ☆ Postbank
Berlin BLZ 10010010 ☆ Internet:
http://www.netzwerk-cuba.de

**informieren
vernetzen
koordinieren
gemeinsam Handeln!**

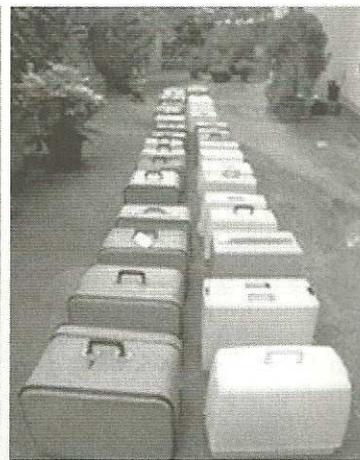
Das **NETZWERK CUBA** ist die Ko-
ordinationsstelle der Cuba-Solidarität
in Deutschland. Unterstützt uns durch
Eure Fördermitgliedschaft, abonniert
die 4x jährlich erscheinenden
NETZWERK CUBA - nachrichten oder
fordert unverbindlich Informationen an.



Nähmaschinen für ...



Geübte Hände prüfen den Stoff



Nähmaschinenparade

Frauen helfen Frauen – Ein Zwischenbericht

Frauen helfen Frauen - so lautetete das Motto von Kornelia Dorens zweiter Spendeninitiative

Nach dem Erfolg der ersten Projekts (<http://ostbayern-ostkuba.jimdo.com/das-projekt>) im Dezember 2010 fühlte sich die Münchner Reisejournalistin mit Kuba-Faible angespornt, eine weitere Spendenaktion zu organisieren; zumal in Kuba viele gesellschaftliche Gruppen Unterstützung gut gebrauchen können: Kinder, KünstlerInnen, alleinstehende Mütter, RentnerInnen, RollstuhlfahrerInnen. Das US-Embargo macht vor allem ihnen das Leben schwer in einem Alltag, der ohnehin von Versorgungsengpässen geprägt ist. In Deutschland gibt es vieles im Überfluss. Gut Funktionierendes wird so manches Mal weggeworfen, weil man nicht weiß: Wohin mit dem alten PC, dem Fahrrad aus der Studentenzeit oder Omas Nähmaschine? In Kuba wäre das Wegwerfen von alledem undenkbar ...

Die Ausprägungen von Mangel und Überfluss begegnen Doren auf vielen Reisen. Gemeinsam mit dem emsigen »Europaverein Eschweiler e.V.« und der kubaerfahrenen »Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V.« versuchte sie daher, im Rahmen einer verwaltungskostenfreien Privatinitiative, zu helfen. Gewissermaßen, um einen kleinen, symbolischen Ausgleich zu schaffen, zwischen Entbehrung und Verschwendung und gleichzeitig die Öffentlichkeit dafür zu sensibilisieren.

Auch dieses Mal gewann sie die tatkräftige Unterstützung der Firmen »Condor« (Unternehmensgruppe Thomas Cook) und »Leisure Cargo«. Ohne die großzügige Hilfe der beiden Unternehmen hätten sonst niemals 1.700 kg Spendenmaterial per Flug-

zeug nach Kuba befördert werden können. Herzlich gedankt sei an dieser Stelle auch allen SpenderInnen, Organisationen, Verbänden, InteressentInnen, ohne die das Projekt nicht realisierbar gewesen wäre!

Die zweite Initiative galt speziell den kubanischen Frauen, die sich selbstständig machen wollen. Denn seit April 2011 ist das in Kuba möglich. Da viele Frauen Schneiderin als Berufswunsch haben, ihnen aber das Geld für die Anschaffungen fehlt, sollten gut funktionierende, gebrauchte Nähmaschinen aus Deutschland als Basis für ihre Existenzgründung dienen. Immerhin kostet eine Nähmaschine auf der Antilleninsel bis zu drei Jahresgehälter.

Über 200 Familien aus München, Aachen, Berlin und Frankfurt haben sich am Sachspendenprojekt mit Nähmaschinen, Stoffen, Nähgarn, Stickgarn, Knöpfen, Reißverschlüssen und Schnittmustern beteiligt. Nachbarschaften wurden dadurch nebenbei intensiviert. Im Wohnhaus, in dem Doren lebt, haben alle Mieter über Wochen hinweg meterhoch gestapelte Kisten und aufgetürmte Nähmaschinen im Hausflur wohlwollend toleriert. Hausbewohner halfen beim Zählen oder zeitaufwändigen Testen jeder einzelnen Nähmaschine vor dem Abtransport.

Nachdem vom Stadthistorikerbüro in Havanna das Spendenprojekt im Mai 2011 genehmigt wurde, gelang im August 2011 die erste Teilübergabe. 15 Nähmaschinen und drei Kisten Baumwollstoffe wurden an das Seniorenheim von Belén, einem Stadtteil von Alt-Havanna, übergeben. Damit können nun nähinteressierte Rentnerinnen für sich und ihre MitbewohnerInnen Pyjamas und Bettwäsche schneiden. Die Seniorinnen brachten auch etwas mit zum offiziellen Treffen: selbstgebastelte Püppchen, Hüte und eine Hexe. Sie übergaben sie Doren und Kreiten als Geschenk für die deutschen Spender.

Die Aufgaben der Hermandad de las Bordadoras y Tejedoras de Belén:

Theater-, Festival- und Berufsbekleidung, Workshops, Design, Modeschauen sowie Verkauf von eigenen Kreationen

Als eines der ersten Sozialprojekte des Stadthistorikers Dr. Eusebio Leal wurde Anfang der 90er Jahre die rund 400-köpfige Hermandad de Bordadoras y Tejedoras gegründet. Ziel der »Schwesternschaft der Näherinnen, Stickerinnen und Strickerinnen« unter Leitung von Elvira Reynaldo Muñoz war es, alte Kunsthandwerkstraditionen zurück nach Habana Vieja zu holen und sie so vor dem Vergessen zu bewahren. Zusätzlich sollte durch diese sozialen Aktivitäten der Altstadt neues Leben eingehaucht werden:

1. Weitergabe von Fachwissen an jüngere Schneidergenerationen
2. Workshops für Nähinteressierte und diejenigen, die ihre ökonomische Situation verbessern wollen
3. Erlernen von unternehmerischen Fähigkeiten
4. Befriedigung der Nachfrage nach Bekleidung in der Bevölkerung

Obwohl die kubanischen Behörden bereits im Mai 2011 eine Autorisation für die Spendenübergabe erteilt hatten wurde dieser Frauenverein allerdings wenige Monate später, etwa zum Zeitpunkt der Auslieferung der Nähmaschinen, aus Gründen der »Reorganisation« geschlossen. Ein Teilerfolg konnte jedoch im August 2011 mit der Auslieferung von 15 von insgesamt 53 Nähmaschinen, 7 von 35 Spannungsumwandlern für den elektrischen Betrieb der Nähmaschinen und 3 der 33 Materialkisten erzielt werden.

Wann die restliche Übergabe erfolgen wird, einschließlich einer Strickmaschine, vielen Stick- und Strickmaterialien, Schnittmustern und einer Schneiderpuppe, bleibt noch zu klären. Kornelia Doren übergab am 24.09.2011 einen Brief an Dr. Eusebio Leal mit der Bitte, das nächste Übergabedatum zu definieren. Vor allem aber liegt ihr unverändert am Herzen, dass die Nähmaschinen möglichst an die ehemaligen Vereins-Schülerinnen ausgehändigt werden können - auch wenn dieser Verein auf zunächst unbestimmte Zeit geschlossen wurde - damit die Frauen in der Lage sind, sich selbstständig zu machen. So kann das Spendenprojekt seinen Zweck erfüllen: Hilfe zur Selbsthilfe, von Frau zu Frau. Um darüber vor Ort zu verhandeln, war Doren jeweils im August und September 2011 nach Kuba gereist. Eine Antwort des Stadthistorikerbüros stand noch aus ...

Texte und Infos: <http://naemaschinenfuerkuba.weebly.com/index.html>

Wir danken für die Erlaubnis Texte und Fotos für die CL abzdrukken.

BO



Farbenfrohe Kostüme gehören zur Kultur



Reisen mit der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. Cuba anders erleben!

Mit unseren Reisen unterstützen wir viele Sozialprojekte in Cuba!

Große Rundreise durch den Westen Cubas

Reisestationen: Havanna - Pinar del Río - Mural Prehistorico - Viñales Tal - Cienfuegos - Valle de los Ingenios - Santa Clara - Playas del Este

Termine: 03.03.11 - 17.03.12 • 31.03.12 - 14.04.12
21.07.12 - 04.08.12 • 29.09.12 - 13.10.12 • 20.10.12 - 03.11.12
10.11.12 - 24.11.12 • 22.12.12 - 05.01.13

ab **1.949 €** pro Person im DZ

Auf den Spuren der Revolución Cubana

Ein wahrlich besonderes Erlebnis. Wandeln Sie auf den Pfaden der cubanischen Revolution. Besuchen Sie die geschichtsträchtigen Orte, an denen vor noch gar nicht allzu langer Zeit für die Freiheit des cubanischen Volkes gekämpft wurde

Termine: 25.02.12 - 10.03.12 • 31.03.12 - 14.04.12
21.07.12 - 04.08.12 • 06.10.12 - 20.10.12 • 03.11.12 - 17.11.12
22.12.12 - 05.01.13 (Sonderreise)

ab **1.998 €** pro Person im DZ

Für Kurzentschlossene:

Internationale Buchmesse in Havanna

(Leserreise junge Welt)

Kultur, Natur, interessante Städte, Begegnung mit Künstlern und Besuch der internationalen Buchmesse in Havanna, eine unvergessliche Reise durch den Westen und Zentralcuba

Termin: 06.02. - 19.02.2012

ab **1.928 €** pro Person im DZ



BUCHEN SIE Ihr individuelles Reisepaket!

Flüge sind ab Frankfurt, München, Düsseldorf, Berlin und Hamburg möglich

Reiseagentur SoliArenas e.K.; Inh. Marianela Kück
Uferstraße 20, 52249 Eschweiler, Tel: 02403 555 22 36
Fax: 02403 555 22 38, eMail: info@soliarenas.de
Web: www.cubareisen.info

Venezuela von unten

»Das Haus war eine Station der städtischen Polizei, die wir uns zurückgeholt haben. Wir mussten 39 Polizisten hier rausholen«. Diese Szene hört sich an, als wäre sie in einem Land im Bürgerkrieg geschehen.

Abgespielt hat sie sich aber im Stadtteil ‚23. Januar‘ in der venezolanischen Hauptstadt Caracas im Jahr 2005. Dabei ist kein Schuss gefallen, die Polizisten haben gemerkt, dass die politische Situation ihnen keine andere Wahl lässt, als sich den linken Stadtteilaktivisten zu beugen. Allerdings hätten sie noch gedroht, dass sie wiederkommen, wenn Chavez gestürzt sein würde. Darüber berichtet Guadalupe Rodriguez, eine der OrganisatorInnen der linken Stadtteilgruppen.

Sie berichtet darüber in dem kürzlich im Pahl-Rugenstein-Verlag erschienenem Buch »Wir haben keine Angst mehr«.

Der Hauptteil besteht aus Gesprächen, die der Publizist Helge Buttke mit 10 AktivistInnen der bolivarianischen Revolution in Venezuela geführt hat. Neben StadtteilaktivistInnen sind es GewerkschafterInnen in selbstverwalteten Betrieben, HausbesetzerInnen, ein bolivarianischer Beamter und ein Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Venezuelas.

So unterschiedlich die GesprächspartnerInnen auch sind, so kann man sie als BasisaktivistInnen bezeichnen, die oft schon vor dem Regierungsantritt von Chavez in linken Gruppen aktiv waren und verfolgt wurden. Der Autor vermittelt durch die Gespräche einen Einblick in die Arbeit und die Diskussionen dieser linken Basisbewegung, die keineswegs unkritisch Regierungsparolen nachbetet.

Fast alle GesprächspartnerInnen klagen über die bolivarianische Bürokratie, die viele Basisinitiativen hemmt. Gustavo Martinez von der Kaffeeabrik »Fama de America« ist gar der Meinung: »Die Rechte ist geschwächt, hat keine Projekte, kein Fundament. Die Bürokratie ist der Feind, den wir besiegen müssen.«

Aber auch das mangelnde Interesse von StadtbewohnerInnen, sich in den Basisbewegungen zu engagieren, wird beklagt. »Der Staat will Wohnungsprogramme aufleben lassen. Aber das Problem ist das Gemeinschaftsgefühl, das fehlt«, beschreiben Omaira Roa und Dalio Maggi die Situation in einem Stadtteil von Caracas. Auch Martinez klagt über fehlendes Bewusstsein vor

allem bei langjährigen Beschäftigten in der Kaffeeabrik.

Er moniert auch, dass nach dem Putschversuch gegen Chavez im Jahr 2002 der »große Sprung nach vorn« ausgeblieben und nimmt dabei auch den Präsidenten aus der Kritik nicht aus, der damals zu nationaler Versöhnung aufgerufen habe. Wie tief der Riss auch in der Regierungspartei sein muss, zeigt sich daran, dass bei dem Räumungsversuch einer von Arbeitern besetzten Fabrik für Autoglas, für den ein Gouverneur der Regierungspartei verantwortlich war, zwei Arbeiter getötet wurden.

Für den linken Aktivist Juan Contreras ist Cuba, das er in den 90er Jahren kennen gelernt hat, als er mit weiteren linken StadtteilaktivistInnen aus dem ‚Barrio 23. Januar‘ an Solidaritätsbrigaden in Cuba teilgenommen hat, auch heute für Venezuela noch immer ein Vorbild. Seine Motivation zu den Brigaden beschreibt er so: »Wir sind aus einer solidarischen Geste für die cubanische Bevölkerung dort hingefahren.«

Bezogen auf Venezuelas Weg zum Sozialismus sagt er: »Ich glaube, es ist ein Problem aller Venezolaner und wenn wir es in Cuba geschafft haben, warum sollen wir es nicht auch in unserem eigenen Land schaffen«. Es gibt allerdings auch befremdliche Töne von einigen InterviewpartnerInnen: So hätte man sich eine kritische Nachfrage des Autors gewünscht, wenn drei Stadtteilaktivisten des Barrios Sententa sagen, dass man nicht erlauben kann, dass »Menschen mit schlechten Benehmen« in die Gemeinschaft ziehen. Was ist damit gemeint und wie erkennt man das, wäre da sofort meine Anschlussfrage - die aber leider nicht gestellt wurde.

Die gleichen Stadtteilaktivisten haben zuvor schon den venezolanischen Diktator Manuel Jimenez gelobt, weil der angeblich Häuser für die Armen bauen wollte und Chavez diese Arbeit jetzt fortsetzt. Tatsächlich aber war Jimenez ein rechter Politiker, der den ‚Stadtteil 23 Januar‘ für Regierungsbeamte bauen wollte. Nach seinem Sturz, der wesentlich durch den Aufstand der armen Bevölkerung von Caracas vorangetrieben wurde, besetzten diese dann die gerade fertiggestellten Häuser und blieben drin. Dadurch entstand in dem Barrio auch früh eine linke Selbstorganisation, die heute ein wichtiger Träger der bolivarianischen Basisbewegung geworden ist. Warum aber dort jetzt einige Jimenez zu einen frühen Chavez aufbauen wollen, wäre sicher eine Nachfrage wert gewesen.

Das Buch liefert einen ehrlichen, ungeschminkten Blick auf Debatten in den venezolanischen Basisbewegungen.

In einem Kapitel setzt sich Buttke kritisch mit aktuellen Texten auseinander, in denen sich die bekannten lateinamerikanischen Linksintellektuellen Marta Harnecker und Michael Lebowitz mit sozialistischen Perspektiven beschäftigen. Leider sind diese Texte noch nicht ins Deutsche übersetzt.

Ein Interview mit AktivistInnen der Gruppe Interbrigadas, die seit Jahren Bildungs- und Kulturarbeit in Venezuela leisten und Buttke bei seiner Recherche in Venezuela unterstützten, schließt das Buch ab. Interessant ist übrigens die Entstehung der Gruppe, die ein Mitbegründer schildert. Als links anpolitisierte Schüler hätten sie auf einem Jugendcamp in Frankreich erstmals von dem politischen Prozess in Venezuela erfahren, sich danach gezielt Informationsveranstaltungen zu dem Thema in Berlin rausgesucht. So hätten sie dabei auch eine von Dario Azzellini besucht, der ihnen weitere Einblicke in die Thematik verschaffte.

Womit auch gleich ein Beweis erbracht wird, wie Bücher und Vorträge zur Politisierung beitragen. Das besprochene Buch wird da keine Ausnahme sein. Wer sich einen gut verständlichen Überblick

Deutsche Abgeordnete dürfen Krisenregion nicht sehen

Tocoa/Tegucigalpa, Honduras, 29.12.2011. Das De-facto-Regime in Honduras hat offenbar eine Reise deutscher Bundestagsabgeordneter in die Krisenregion Bajo Aguán verhindert. Insbesondere in dieser Region im Norden des mittelamerikanischen Landes gehen Armee und Paramilitärs mit zunehmender Gewalt gegen organisierte Kleinbauern vor.

In den vergangenen Monaten sind mehrere Dutzend von ihnen getötet worden. Wie das Lateinamerika-Portal amerika21.de berichtet, wurde Anfang Dezember die geplante Reise einer Delegation des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Deutschen Bundestages in das Gebiet von höchsten Regierungsstellen verhindert.

Nach Aussage des Grünen-Bundestagsabgeordneten und Delegationsleiters Thilo Hoppe waren die zweitägige Reise und die Flüge von Tegucigalpa in die Nähe von Bajo Aguán bereits mit Unterstützung der deutschen Botschaft vor Ort organisiert worden. Ungefähr eine Woche vor dem geplanten Besuch erhielt die Delegation jedoch die Nachricht, dass die Flüge genau an den beiden gebuchten Tagen ausfallen würden.

Gegenüber amerika21.de sagte Hoppe, es sei während des Aufenthaltes in Honduras deutlich geworden, »dass die honduranische Regierung nicht daran interessiert war, internationale Beobachter in die Region zu lassen«. Bereits in der ersten Jahreshälfte war einer 16-köpfigen Botschafterdelegation die Erlaubnis verweigert worden, nach Bajo Aguán zu reisen, um dort mit den betroffenen Menschen zu sprechen.

Die Repression und die Angriffe gegen organisierte Kleinbauernbewegungen in Honduras gehen indes in unverminderter Härte weiter. Nach Informationen des lokalen Menschenrechtszentrums versuchten Unbekannte am Morgen des 24. Dezember, den Kleinbauern Juan José Peralta, Präsident der Kooperative Luz y Esperanza in Rigos, und dessen Familie zu töten.

Vor allem gegen die Ansiedlungen Rigos und La Marañoses finden ununterbrochen Militäroperationen statt. In den vergangenen Tagen wurden mindestens fünf organisierte Kleinbauern ohne Grund verhaftet

Quelle: *Lateinamerika-Portal*
amerika21.de, 29.12.2011

Mehr Informationen: <http://amerika21.de/nachrichten/2011/12/42880/delegation-bajo-aguan>

Permanente Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien

Anlässlich des Internationalen Tags der Menschenrechte berichtete das Lateinamerikportal amerika21.de über die andauernde staatliche Gewalt in Kolumbien.

Im aktuellen Fall geht es um den führenden Polizeifunktionär Oberst José Vivas und drei weitere Polizisten, denen die Manipulation des Tatorts nach dem Mord an dem 16-jährigen Diego Felipe Becerra vorgeworfen wird. Becerra wurde vor drei Monaten von einem Polizisten in Bogotá erschossen, nachdem er zusammen mit anderen Jugendlichen Graffiti auf öffentliche Mauern gesprüht hatte.

Der Fall wurde in Kolumbien zum Skandal. »Nicht nur haben sie unseren wehrlosen Sohn getötet. Hinzu kommt die Unverschämtheit, dass hohe Polizeioffiziere den Mord vertuscht haben«, klagt Gustavo Trejos, der Vater des Ermordeten, gegenüber amerika21.de. Der Kommandeur der Polizei in Bogotá, General Patiño, verbreitete die Erklärung, dass Becerras Tod im Rahmen einer Verfolgung durch einen Polizeibeamten erfolgte. Die Polizei legte gefälschte Beweise vor.

Während sich die kolumbianische Presse in diesem Fall auf die Seite von Becerras Eltern gestellt hatte, erregten andere Opfer der Polizei weniger Aufsehen. amerika21.de berichtet hingegen immer wieder über Menschenrechtsverstößen von Polizei, Militär oder Paramilitärs in dem südamerikanischen Land. Kolumbien ist dabei einer Studie des

australischen »Instituts für Wirtschaft und Frieden« zufolge das unsicherste Land der Region. Besonders gefährdet sind Gewerkschafter: 2010 wurden 49 von ihnen ermordet, weitere 20 konnten Mordversuchen entkommen.

Quelle: *Lateinamerikportal*
amerika21.de, 9.12.2011

Mehr zum Fall Diego Felipe Becerra:

<http://amerika21.de/nachrichten/2011/12/42481/polizei-illegale-hinrichtung>

Kolumbien bei amerika21.de:

<http://amerika21.de/geo/kolumbien>

Thema Menschenrechte in Lateinamerika:

<http://amerika21.de/rubrik/menschenrechte>

- über die linke Basisbewegung in Venezuela verschaffen will, sollte es lesen. Ein Glossar klärt über einige Organisationen im heutigen Venezuela auf, die in dem Buch erwähnt werden. Wer tiefer in die Thematik einsteigen will, findet in der kommentierten Literaturliste des Autors gute Lesehinweise.

Peter Nowak

Buttkereit Helge, »Wir haben keine Angst mehr«, Interviews, Reportagen und Analysen zum boliviarischen Venezuela«, Pahl-Rugenstein-Verlag, 2011, 170 Seiten, 14,90 Euro, ISBN 978-3-89144-448-1

Bündnis für Soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde e.V. Die menschenunwürdige Tötungskultur der »Westlichen Wertegemeinschaft«

am Beispiel der Ermordung des Präsidenten Libyens

Am 20.10.2011 wurde von den bürgerlichen Medien die von den Truppen der nicht gewählten selbst ernannten »Übergangsregierung« mit Hilfe der NATO erfolgte Hinrichtung des libyschen Staatspräsidenten Muammar al-Gaddafi in Sirte öffentlich als »Sieg der Demokratie« gefeiert.

Wer die die Menschenwürde missachtenden Bilder betrachtet hat, die Gaddafi halb nackt, angeschossen, blutüberströmt und halb bewusstlos von einer johlenden Menge bewaffneter »Rebellen« durch die Straßen von Sirte gezerrt zeigte, musste sich ins Mittelalter versetzt fühlen als es an der Tagesordnung war, zum Machterhalt von Kirche, Königen und Kaisern Hexen zu verbrennen und öffentliche Hinrichtungen als Volksfest zu inszenieren. Offensichtlich sind wir heute keinen Schritt weiter.

Erinnern wir uns: Vor einigen Jahren vor den Morden an Saddam Hussein und Bin Laden war die Tötung von Menschen in unserem Kulturkreis geächtet. Wir stellten uns über andere Länder und sagten überheblich: »Dort ist ein Menschenleben nichts wert«. Viele von uns glaubten, dass sich die »christlich-abendländische Leitkultur« deutlich von der Barbarei in anderen Gebieten der Erde unterscheidet. Die menschenverachtenden Bilder über die letzten Augenblicke im Leben des Mannes, der noch vor wenigen Monaten von aller Welt als Staatschef hofiert und gefeiert wurde, bestätigen diese Auffassung.

Lügen und Völkermord statt Freiheit, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie im Kapitalismus Die Perversion für das aggressive Eingreifen der NATO-Truppen zur Unterstützung von für den Imperialismus nützlichen sogenannten Rebellen in Libyen besteht darin, dass die Überfälle mit den Wertbegriffen Freiheit, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie verbunden wurden.

Obwohl sich die Bundesregierung in der Frage des militärischen Eingreifens in Libyen in der Sicherheitsratsabstimmung enthalten hatte, lassen ihre Repräsentanten keinen Zweifel daran, dass sie die Rebellen im Kampf gegen den libyschen Staatspräsidenten von Anfang an unterstützt haben.

Sie fieberten seit Monaten öffentlich mit, wenn die Medien über ein weiteres Vorrücken der »Rebellen« berichteten. Sie nahmen in Kauf, dass unter der Mitwirkung der NATO täglich unzählige Zivilisten, unter ihnen Frauen und Kinder, von NATO-Bomben getötet wurden.

Sie denunzierten Gaddafi als einen verbrecherischen Diktator und jubelten die Rebellen als aufrechte Demokraten hoch. Dieses polarisierende Bild sollte sich in den Köpfen der Bevölkerung festsetzen. Verschleiert wurde dabei, dass die Schergen der selbst ernannten Übergangsregierung mit modernsten Maschinengewehren von Heckler und Koch ausgestattet waren.

Während Rechtssysteme, die auf der Scharia basieren, als akute Bedrohung unserer Freiheit empfunden werden, haben die herrschenden »Eliten« keine Skrupel, dass der sogenannte Übergangsrat das künftige Libyen auf exakt dieser Rechtsgrundlage errichten will.

Die Akzeptanz eines Systems ist von Seiten des Kapitals immer von wirtschaftlichen oder strategischen Vorteilen abhängig. Diktatorische Systeme werden hofiert, wenn die Rüstungsindustrie ihre Waffen verkaufen und das Kapital seine Gier nach Rohstoffen befriedigen kann. Dabei wird von den Repräsentanten der »westlichen Wertegemeinschaft« großzügig über Menschenrechtsverletzungen, Mord, Folter und Verfolgung hinweggesehen. So beliefern deutsche Rüstungskonzerne blutige den Kapitalismus unterstützende Diktaturen wie Saudi Arabien mit Panzern oder Angola mit Patrouillenbooten.

Die ersten Reaktionen deutscher Politiker auf den Tod von Gaddafi sind menschenverachtend.

Sie beschäftigen sich, wie immer im Kapitalismus, ausschließlich mit den wirtschaftlichen Chancen im künftigen Libyen. 50.000 ermordete Zivilisten sind ihnen völlig gleichgültig.

Herr Mißfelder, außenpolitischer Sprecher der CDU, sieht die wirtschaftlichen Beziehungen zu Libyen so: »Es ist richtig, dass es wirtschaftliche Kooperationen mit Libyen gegeben hat, denn es gab auch einen Wandel in der Politik Gaddafis selbst. Deutschland konnte sehr gute Geschäfte mit Libyen machen, und das ist auch in Ordnung. Wir sind eine Industrienation, und im Spannungsbogen von werte- und interessengeleiteter Außenpolitik spielen wirtschaftliche Interessen immer eine große Rolle. Alles andere wäre naiv.«

Er bestätigt damit deutlich, dass »wirtschaftliche Kooperation« den Vorrang hat und dass aus diesen Gründen jedem System ein »Wandel« in der Politik (in seinem Sinn) bescheinigt werden muss. Diese Einschätzung passt zu seinen menschenverachtenden Thesen: »Keine Prothesen für 85-Jährige auf Kosten der Allgemeinheit«, »Rente erst ab 70«; »Anhebung von Hartz IV ist Anschlag für die Tabak- und Spirituosenindustrie«.

Der außenpolitische Sprecher der SPD, Rolf Mützenich, bedauerte das Abstimmungsverhalten der BRD im UNO-Sicherheitsrat: »Durch ihr Abstimmungsverhalten hat die Bundesregierung jetzt wenige Möglichkeiten, auf die Partner einzugehen, die sich damals an der Koalition gegen Gaddafi beteiligt haben.« Herr Mützenich befürchtet also, dass die das Völkerrecht ignorierenden Angreifernationen als Ausbeuter der Energieressourcen Vorteile haben könnten.

Die Kanzlerin lässt Regierungssprecher Seibert twittern: »Mit heutigem Tag ist der Weg für einen demokratischen Neuanfang in Libyen endgültig frei.«

Kein Wort über die unzähligen Menschenleben, die der Konflikt gekostet hat, kein Wort darüber, dass Gaddafi, entgegen jeglicher Rechtsmaßstäbe, hingerichtet wurde.

Die Überlegungen und Erwägungen über die Kontakte der BRD zu künftigen Machthabern in Libyen sind darauf ausgerichtet, sich zu bereichern, Geschäfte abzuschließen und sich Marktanteile am »libyschen Kuchen« zu sichern.

Als Frau Dr. Merkel Anfang Mai diesen Jahres ihre Freude über die Tötung Osama Bin Ladens ausdrückte und von einem »Erfolg für die Kräfte des Friedens« sprach, da markierte ihre Äußerung den Abschluss eines kulturellen Wandels. Spätestens ab diesem Zeitpunkt sollte gesellschaftlich akzeptiert werden, dass der gewaltsame Tod eines Menschen billiger in Kauf zu nehmen ist, wenn pragmatische imperialistische Argumente dafür sprechen.

Ständiges Fazit imperialistischer Politik: Solange Diktaturen nützlich und unterwürfig die Interessen des Kapitals bedienen, sind sie Verbündete. Wird jedoch in einem Staat dem Kapital die Verfügungsgewalt über Eigentum an Grund und Boden und an den Energieressourcen entzogen, scheuen die Vertreter kapitalistischer Staaten für die Profitinteressen des Kapitals die Vernichtung von schuldlosen Menschen nicht.

l e s e r i n n e n b r i e f e

Essen, d. 24.10.211

Betreff: »Mehr als Geburtstagsgrüße oder wie Fidel Castro im Berliner Wahlkampf mitmischte« von Peter Nowak in CL-Nr. 4/2011, S. 27/28 (und zwei Leserbriefe zum selben Thema auf S. 32/33)

In dem Beitrag heißt es »Dass Fidel Castro überhaupt in den Berliner Wahlkampf Einzug hielt, ist aber dem Vorsitzenden der Berliner Linkspartei Klaus Lederer geschuldet. Der hat sich darüber beschwert, dass der Vorstand seiner Partei Fidel Castro zum Geburtstag gratuliert hat. Die bürgerlichen Medien haben die Steilvorlage natürlich sofort aufgegriffen«. Hier irrt der Autor mehrfach.

Am 20.08., also sieben Tage nach Fidels Geburtstag, skandalisierte als erstes das führende Gossenblatt der Republik (»Bild«) das freundliche Glückwunschsreiben der PDL-Vorsitzenden Löttsch und Ernst unter dem Titel »Bizarrer Schleim - Brief an Fidel Castro«. In üblicher Hetzmanier ging es weiter: »Dieser Brief macht fassungslos ... Kein Wort von politischen Gefangenen, von Folter und bitterster Armut auf Kuba ...« usw. Als Kronzeugen für die Verleumdungen wurden verdiente Menschenrechtskrieger ins Feld geführt: Erika Steinbach (CDU-»Menschenrechtsbeauftragte«), Volker Beck (Grüne), Elmar Brock (CDU-EmdP) und natürlich Hubertus Knabe (Gedenkstättenfuzzi).

(Siehe hierzu die UZ-Kolumne »Kloaken-Journaille« [http://www.cubafreundschaft.de/Fidel-Reden%20\(3\)%20ab%201%20-%202011/FIDEL%2085,%20Kampagne,%202011-08-26,%20UZ%20-%20Kloaken-Journaille.pdf](http://www.cubafreundschaft.de/Fidel-Reden%20(3)%20ab%201%20-%202011/FIDEL%2085,%20Kampagne,%202011-08-26,%20UZ%20-%20Kloaken-Journaille.pdf)).

Erst am Folgetag nahmen K. Lederer und andere Spitzenpolitiker der PDL diesen Ball auf und begannen eine Distanzierungskampagne. Diese wurde wiederum am 22.08. von den Berliner und überregionalen Mainstream-Blättern aufgegriffen. Die PDL-Spitze ruderte dann täglich weiter zurück. Es stellte sich heraus, dass die beiden Vorsitzenden das Glückwunschsreiben gar nicht selbst unterzeichnet hatten. Gysi übte im »Bericht aus Berlin, ARD-Sommerinterview« am 21.8. den Kotau: »Sie haben recht, und das sage ich immer, wenn ich in Cuba bin, sie brauchen jetzt dringend, dringend politische Reformen, die die ganze Gesellschaft demokratisieren.« Schon am 26.08. konnte SPIEGEL-online Vollzug melden: »Klaus Ernst - Linken-Chef bereut Jubelbrief an Castro« (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,782518,00.html>). Derweil bot seine Ko-Vorsitzende Löttsch am 07.09.2011 im Bundestag dem Außenminister Westerwelle ein Geschäft an: »Ich ziehe den Brief an Castro zurück, wenn Sie dafür sorgen, daß der Panzerdeal mit Saudi-Arabien zurückgezogen wird.« (siehe jW, 08.09.11).

Es besteht also für Cubafrend/innen nicht der geringste Grund zur »Dankbarkeit« an die PDL-Spitze. Im Gegenteil. Diese ist nicht nur schamlos eingeknickt, sondern hat, ebenso wie die anderen Bundestagsparteien, den cubanischen Revolutionsführer und Jahrhundertpolitiker Fidel Castro für inner- und zwischenparteiliches Gehacke instrumentalisiert. Hier wurde der Eindruck vermittelt, als könne man hierzulande mit Cuba und seinen Repräsentanten umspringen, wie es gerade beliebt. Man stelle sich nur mal vor, was los wäre, wenn es um bspw. den amtierenden französischen Präsidenten Sarkozy oder einen

beliebigen elder statesman irgend einer Industrienation gegangen wäre. Dieses Verhalten ist widerlich und respektlos. Die FG Essen hat den Vorgang - incl. einer Korrespondenz mit dem Büro Ernst - in einer kommentierten Dokumentation mit dem Titel »Herr Ernst, Frau Löttsch und der römische Gott Janus« auf ihrer Homepage veröffentlicht: [http://www.cubafreundschaft.de/Fidel-Reden%20\(3\)%20ab%201%20-%202011/FIDEL%2085,%20Kampagne,%202011-09-10,%20FG%20E%20zu%20PDL.pdf](http://www.cubafreundschaft.de/Fidel-Reden%20(3)%20ab%201%20-%202011/FIDEL%2085,%20Kampagne,%202011-09-10,%20FG%20E%20zu%20PDL.pdf).

Schließlich noch ein Hinweis zum eingangs genannten CL-Artikel: Im vorletzten Absatz ist davon die Rede, dass Cuba »große Schäden durch Embargo und Naturkatastrophen« erleide. Es dürfte sich aber doch in den letzten 50 Jahren herumgesprochen haben, dass es eben nicht um eine von den US-Administrationen verharmlosend Embargo genannte Maßnahme, sondern um eine umfassende, aggressive und Drittländer aktiv einbeziehende Wirtschafts-, Handels- und Finanz-BLOCKADE handelt.

Heinz-W. Hammer, Essen

Liebe Freunde,

in CUBA LIBRE 4/2011 habt ihr auf Seite 33 meine Zuschrift gedruckt. Darüber habe ich mich sehr gefreut.

Das Geschehen in Kuba und auch in Lateinamerika verfolge ich schon seit langem mit großem Interesse. Wenn ich an Kuba denke und mir gleichzeitig die hier in der BRD immer schlechter werdenden Verhältnisse nicht nur im sozialen Bereich ansehe, dann frage ich mich, wie die Zukunft aussehen kann. Kuba bietet eine interessante Alternative. Und so wünsche ich Kuba in der neuen Organisation CELAC viel Erfolg.

Solidarische Grüße aus dem Landkreis Celle und Seamos realistas y hagamos lo imposible - nach Che Guevara

Günter B.

Reisebericht Cuba von Gunther Lenner

Fortsetzung aus dem letzten Heft

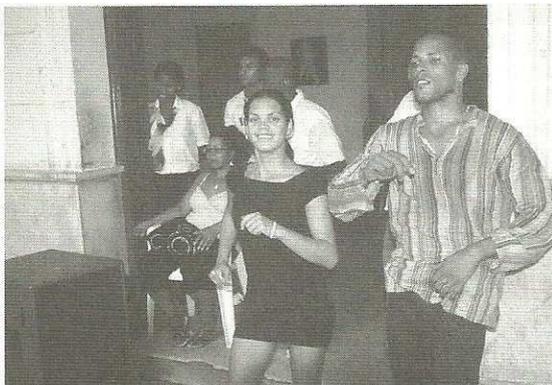
Schon in Santa Clara signalisierte mir Petrus, dass er in diesem Jahr ein etwas anderes Wetter vorgesehen hatte:

Und so fielen auch sämtliche Wochenend-Fiestas auf den Plätzen und den Straßen mit Live-Musik aus - ich widmete mich daher eher den Geschehen in und um die »casas culturales« und schaute auf die Programme der örtlichen UNEAC-Häuser ... und lernte dabei wieder ganz andere Facetten von Musik und Tanz kennen.

Jeden Tag regnete es mit oder ohne Gewitter einmal oder mehrfach in unterschiedlicher Intensität und Dauer - da fällt es dann einigermaßen schwer, so ganz locker per pedes eine längere Strecke ins Auge zu fassen: Trotz dunkler Wolken wagte ich dann doch mal an einem Nachmittag die rd. 3,5 km zum »Che«-Mausoleum.

Neben dem einsam auf Posten stehenden Polizisten war ich denn auch der einzige »Gast« so um 17.30 Uhr ...

An einem anderen, von strahlendem Sonnenschein begleiteten Nachmittag wanderte ich zu dem Aussichtshügel



Ballett-Tänzer/in vor der »casa cultural« Santa Clara



Che in Camagüey

»Loma de Capiro«, der einst von Batista-Soldaten besetzt war, die dem letztlich gekaperten, bzw. zum Entgleisen gebrachten letzten Entlastungszug mit Soldaten, Munition und Geschützen aus Havanna der Batista-Diktatur Rückendeckung geben sollten. Die »Kilometerchen« und die letztlich zu besteigenden 147 Stufen waren ein wunderschöner Ausflug.

Am Abend erklang unter den Arkaden der »Casa cultural« traditionelle cubanische Musik, die mittendrin ergänzt wurde durch einen Tänzer und eine Tänzerin, die derart perfekt synchron zu der dann feurigeren Musik tanzten, dass es eine ästhetische Augenweide war.

Mit dem Tänzer unterhielt ich mich anschließend: Beide hatten das Staatsballett in Havanna besucht und sind mittlerweile auch im Internet präsent - die Fotos schicke ich natürlich zu, doch lässt sich mit Fotos die Stimmung und die Darbietung überhaupt nicht einfangen: Da wäre dann schon eine gute Videokamera samt Mikrophon vonnöten.

Unangenehm war eine einschlägige »Dame«, die im »Parque Vidal« exakt vor dem Ausgang des Hotels »Santa Clara Libre« lauerte - mehrfach wimmelte ich sie zunächst freundlich, dann immer unwirscher ab und sagte ihr, sie möge sich doch bitte einen anderen »Fremden« suchen (Alter spielt da absolut keine Rolle) - was wohl auch irgendwie gelang: Das war aber auch schon das eine von nur zwei entsprechenden Erlebnissen!! (Auch das ein erfreulicher Minusrekord - vielleicht bin ich aber inzwischen optisch auch zu gruselig ...)

Übrigens zum Hotel: Äußerlich nun überhaupt nicht zum kolonialen Bauensemble des Parks passend, besticht es nicht nur durch den Charme eines Betonklotzes, sondern bedarf einer dringlicher Sanierung, sonst ist Santa Clara in einigen Jahren von diesem Hotel tatsächlich »libre«.

Eine Besonderheit in Santa Clara ist, dass an jedem Donnerstag Abend das örtliche Blas-Orchester im Pavillon des »Parque Vidal« aufspielt - aufmerksam wird man darauf durch das vorherige Abspielen der Nationalhymne ... und danach erwartet man dann natürlich alles Mögliche, nur nicht Blasmusik!

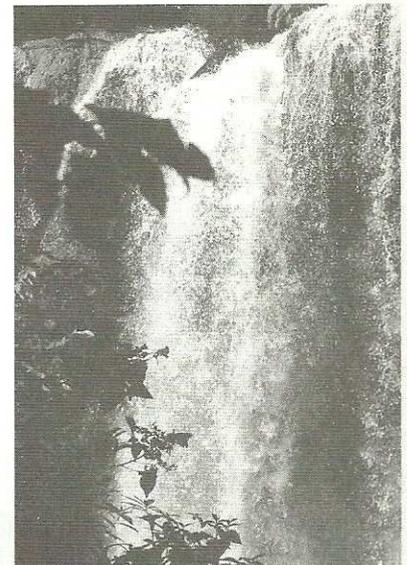
Und noch etwas, was besonders auffällt: Plätze und Straßen werden schon seit Jahren blitzsauber gehalten. In diesem Jahr ist mir das ganz besonders aufgefallen, weil in Santa Clara mit gelben Overalls »uniformiertes« Reinigungspersonal nun wirklich an jeder Ecke und im großen »Parque Vidal« zeitgleich an mehreren Stellen zu sehen war. In einigen Städten (u.a. in Santa Clara, Ciego de Avila, Holguin) wurde ich von Cubanos stolz gefragt, ob ich denn ihre Städte auch so schön und, vor allem, so sauber finde!!!

Es ist in der Tat erstaunlich, ebenso wie die Müllabfuhr und das, vor allem in den Innenstädten, meist von Rentnern mit großen Plastiksäcken über der Schulter übernommene (zwecks späteren Recycling) Einsammeln von Getränkedosen und Plastikflaschen - ob in den Parks oder in den Paladares oder an den Straßen-Kneipen:

Kaum hat man seine leere Flasche Wasser abgestellt, ist sie auch schon verschwunden - die Zusatzrente soll relativ beachtlich sein!

Mit einem noch halbwegs leistungsfähigen Lada ließ ich mich dann für vier Tage und Nächte zum Hanabanilla-See samt gleichnamigen Hotel im Escambray-Gebirge chauffieren:

In jedem Reiseführer werden diese in der Zeit der Kooperation mit der damaligen UdSSR erbauten Hotels als »hässliche Betonklötze« abqualifiziert: Vom Äußeren mag das sogar stimmen, doch sind die weit-



Wasserfall »El Nicho«

läufigen Lobby-Erdgeschoss äußerst angenehm eingerichtet und die Zimmer sind groß und tip-top!

Hinzu kommt bei diesem speziellen Hotel natürlich noch ein Balkon mit wunderbarem Ausblick zum See.

Neben einigen Wanderungen wollte ich mit einem Boot den nördlichen Teil des Sees hin zum Wasserfall »El Nicho« erreichen - Fehlanzeige: Wegen der monatelang nahezu ausgefallenen Niederschläge, war der Wasserstand in diesem Seebereich derart gefallen, dass die Boote nicht fahren konnten. blieb also wieder nur der Lada ...

Zur entgegengesetzten Seeseite (zum Bereich »Rio Negro«) hätte ich zwar ein Boot vom Hotel mit modernen Außenborder nehmen können, interessanter erschien mir aber ein alter Kahn mit einem Uralt-Motor in der Mitte des Bootes:

Zum Starten mussten letztlich der Bootsführer und ich gemeinsam an einem um eine Welle gewickelten Seil auf Kommando »uno, dos, tres« reißen - beim dritten Anlauf tuckerte dann der Motor und wir fuhren los ... und zwar geradewegs in einen starken Regenguss ...

Mehrfach landeten wir an verschiedenen Stellen an, um kürzere Wanderungen zu kleineren Wasserfällen zu machen und letztlich dann auch eine etwas ausführlichere Wanderung auf eine Höhe am Seeufer: Mitten in der Sierra Escambray steht da eine Art Groß-Paladar, der, umrankt von üppiger Flora, von einem einzigen Cubaner des Hotels im Schichtdienst jeweils vier Tage in der Woche »bewohnt« wird.

Auf meine erstaunte Frage nach der doch erheblichen Dimension des der Landschaft angepassten Holzbaus erklärte er mir, dass ab und zu Exkursions-Gruppen von Fauna- und Flora-Fachleuten und Studenten kämen etc.

Übrigens: Im Escambray-Gebirge tummelten sich die letzten Batista-«Getreuen« und die Atomraketen der seinerzeitigen UdSSR waren auch dort stationiert.

Weil keine Busse zu dem Hotel fahren, genießt man dort eine himmlische Ruhe - keine lärmende Disco- oder Pool-Musik, keine Kegelbahnen oder Tennisplätze - also nichts für den »Normal« Touri, wohl aber für den, der Natur pur in Ruhe erleben will!

Die nächste Station war Camagüey,

eine Großstadt mit rd. 300.000 Einwohnern, an der, nicht nur laut Reiseführer, der Tourismus tatsächlich weitgehend vorbeiflutet - was u.a. zur Folge hat, dass die Leute in aller Regel völlig natürlich-freundlich auf Fremde zugehen, keinerlei Anmache - Null!

Camagüey soll die katholischste Stadt Cubas sein: Das mag von der Anzahl der Kirchen her stimmen (sage und schreibe 45 an der Zahl!), die auch alle geöffnet sind (für gewöhnlich sind die meisten katholischen Kirchen in Cuba während der Woche verrammelt!) ... nur augenscheinlich geht kaum jemand rein!

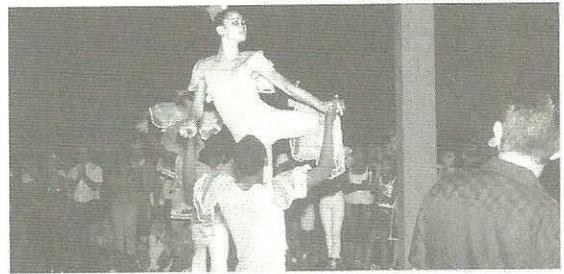
Am Sonntagmorgen tummelte ich mich im Zentrum: In keiner der vier dort gelegenen Kirchen fand ein Gottesdienst o.ä. statt.

Wohl aber sah ich jede Menge Menschen aus dem »templo de Bautistas« strömen und hörte auch noch die traditionelle cubanische Musik, die in diesen evangelikalischen Kirchen zur »Messe« üblich ist.

In Camagüey erstmals und fast in jeder anderen Stadt ostwärts findet man inzwischen diese meist rege frequentierten »Templos«, deren Gemeindeglieder sich, laut Gesprächen mit Cubanern, auch tatsächlich sozial engagieren - irgendwie scheint auch hier die katholische Kirche zu verdorren ...

Die Stadt selbst ist wunderschön (zur Zeit wird gerade eine weitläufige Fußgängerzone installiert) und unterscheidet sich von den übrigen Städten Cubas dadurch, dass die Straßen nicht, wie üblich, rechtwinklig zueinander verlaufen, sondern schräg, in Schlangenlinien, mit mehreren schräg nach vorne weisenden Abzweigungen etc. Diese ungewöhnliche Bauweise sollte die Stadt bei Piratenüberfällen etwas schützen und die Piraten verwirren - geholfen hat es letztlich aber nichts.

An einem Freitagabend kam ich im Zentrum zu einer Musik- und Tanzprobe von so 6-14-jährigen: Es war eine unheimlich nette Atmosphäre - mit einer neben mir auf einer Treppe sitzenden Mulattin, deren Tochter mittanzte, kam ich ins Gespräch, erfuhr, dass das für diese Altersgruppe die letzte Probe für das am nächsten Abend stattfindende



Tanz- und Musikfest in Camagüey

de Musik- und Tanzfest sei.

Natürlich trafen wir uns da wieder, wiewohl der Andrang deutlich stärker war.

Neben den »Kleinen« kamen auch junge Erwachsene mit z.T. akrobatisch anmutenden Tanzeinlagen zum Zuge - in all der Freude tat mir nur eine junge Mutter leid:

Das gerade einmal halbwegs sicher laufende Töchterlein wollte ununterbrochen auf die Tanzfläche trippeln - von der Mama abgefangen und auf den Arm genommen, begann die Kleine umgehend so lange zu brüllen, bis sie wieder abgesetzt wurde... und das »Spiel« begann von vorne!

Hautnah am Geschehen dabei, wird mir dieser Abend unvergesslich bleiben (Petrus hatte übrigens auch ein Einsehen).

Neben dem schönen Stadtbild kann Camagüey auch mit einem recht großen Park mit z.T. beeindruckend-mächtigen Bäumen glänzen.

Und erstmals entdeckte ich in Camagüey eine leise dahinrollende zusätzliche »Gefahrenquelle« für Fußgänger: Batteriebetriebene Motorroller.

Ähnlich wie kein Fahrradfahrer klingelt, hupt auch kein Rollerfahrer - beide Sorten von Verkehrsteilnehmern belassen es beim warnenden Pfeifen - wenn man weiß, wie oft aus den unterschiedlichsten Gründen in Cuba gepfiffen wird, kann man dieses Pfeifen nicht wirklich als Warnhinweis werten und so ist für Fußgänger bei Richtungswechseln auf Straßen oder in der Fußgängerzone erhöhte Vorsicht geboten.

Erst in Ciego de Avila konnte ich ein Paar beim Absteigen von ihrem Roller »stellen« und fragen, woher denn die »Dinger« kommen - »aus China«! »Sie sind wesentlich billiger als Roller mit Gasolina (im Unterhalt) und viel ökologischer«!!!

Und noch eine weitere Premiere konnte ich in Camagüey miterleben: Erstmals sah ich, dass ein Cubano von einem Polizisten in Handschellen abgeführt wurde - was vorgefallen war, weiß ich nicht: Als ich mich der kleinen Menschenansammlung näherte, marschierte ein Polizist mit einem Cubano ohne Handschellen an der Seite in die eine und ein anderer Polizist mit dem anderen Cubano mit Handschellen in die andere Richtung! Alles verlief fast völlig geräuschlos - wahrscheinlich war es zuvor umso geräuschvoller!

Dann landete ich wieder für eine Woche in Holguin,

wo ich inzwischen zwei Familien recht gut kenne.

Die Tochter eines Kardiologen vom Hospital »Lenin« ist die jüngste »profesora de musica« in ganz Cuba, hat jüngst ihren Studienabschluß in Sozio-Ökonomie gemacht (so ein Mittelding zwischen VWL und BWL), arbeitet bei den »casas culturales« mit, hilft bei der Organisation von Musik-Events und berät junge Musiker, die eine Band gründen wollen. Vor knapp 3 Jahren



Bushaltestelle in Holguin

gründete sie eine eigene Frauen-Band (alle zwischen 24 und 28 Jahren), deren Mitglieder ihre Lieder selber texten und komponieren.

Bei meinem Eintreffen war die Gruppe zusammen mit je zwei ausgebildeten Tänzerinnen und Tänzern beim täglichen Proben für eine Art Examen vor einer Prüfungskommission der UNEAC - telefonisch erfuhr ich einen Tag nach meiner Abreise, dass das »Examen« bestanden wurde und sie nun quasi »Profis« sind, d.h. auf eigene Rechnung Konzerte durchziehen können.

Bei drei Probenachmittagen war ich durchgehend als Zuschauer dabei ... und war in hohem Maße erstaunt über die Schwerstarbeit nicht nur der Tänzer/innen, sondern auch der Band-Mitglieder - nach 5 - 6 Stunden Probe fast ohne Pause mit dem Einstudieren immer neuer Choreographien waren alle dann jeweils restlos »fertig« - »Las Damas y dos mas« heißt die Formation, doch bis zur Produktion der ersten CD oder DVD ist es noch ein harter (finanzieller) Weg.

Überflüssig zu sagen, dass abends bzw. nachts immer ich der Eingeladene war und niemals die Chance bekam, mich irgendwie zu revanchieren!!

An einem (für mich) »probefreien« Nachmittag machte ich bei einem schweißtreibenden Ausflug Rast auf einer Bank in der Nähe des Baseball-Stadions.

Rasch merkte ich, dass das zugleich auch eine stark frequentierte Bushaltestelle ist: Nach einigem Warten nahm ich dann meine Kamera und lichtete die verschiedensten Arten des ÖPNV-Gefährte ab - von in Havanna ausrangierten »Camellos«, über normale Busse bis hin zu kunstvoll zu Bussen umfunktionierten Kleintransportern oder LKW's reichte die Palette!

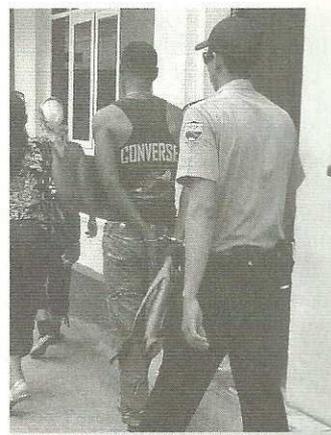
Der ÖPNV ist immer noch (deutlich weniger schlimm als früher) ein Engpass, was sich auch an den Aus-, bzw. Einfallstraßen in die Städte zeigt: Per Anhalter wollen die Leute zur Arbeit kommen, bzw. von selbiger wieder nach Hause ... und brauchen manchmal dafür fast so viel Zeit, wie sie arbeiten (mag etwas übertrieben sein, was mir da einige Cubanos erzählten, doch im Prinzip kann man das ja mit eigenen Augen verfolgen).

Auch Holguin ist weitgehend vom Tourismus verschont - die beiden einzigen Devisen-Hotels befinden sich 3,5 - 4 km vom Zentrum entfernt. »Casas particulares« gibt es zwar zuhauf, doch besteht aufgrund einer Steuererhöhung für die Vermieter zum Jahresanfang de facto kaum mehr ein Preisunterschied zu den Hotels (jedenfalls in Holguin).

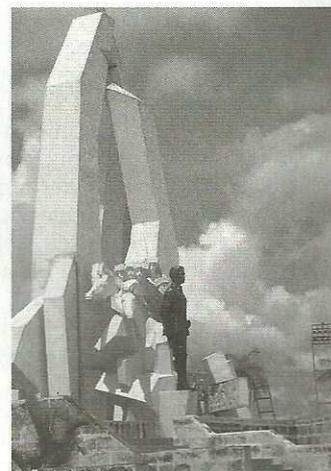
Den Tourismus zieht es in das etwa 35 km entfernte Guardalavaca, ein Klein-Varadero des Ostens!

Eine nette Episode durfte ich noch unfreiwillig erleben: Nach einer dieser nachmittäglichen Proben regnete es zunächst sehr stark - das ließ dann nach bis zu einem leichten Nieselregen, was für gewöhnlich ein Ende des Regens signalisiert. »Mutig« marschierte ich also los und war nach einigen Hundert Metern tropfnaß, dieweil es nämlich wieder wie aus Kübeln goß. Mir war das dann auch egal - angekommen in der Hotel-Lobby wurde ich dann angeschaut wie ein UFO ... und sorgte noch für etwas Heiterkeit, als ich fragte, ob irgendjemand Wasser brauche - ich hätte genügend von bester Qualität!

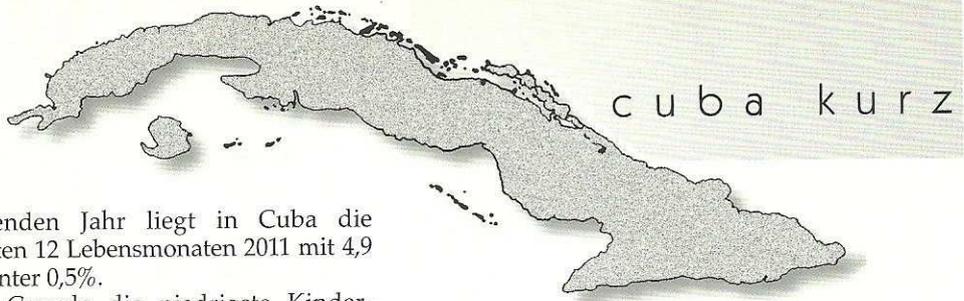
Fortsetzung folgt!



Handschellen



Plaza de la Revolucion in Camagüey mit dem lokalen Revolutionführer Agromonte



Kindersterblichkeit in Cuba kleiner als 0,5 %

Im vierten aufeinander folgenden Jahr liegt in Cuba die Kindersterblichkeitsrate in den ersten 12 Lebensmonaten 2011 mit 4,9 Fällen pro 1.000 lebend Geborene unter 0,5%.

Damit hat Cuba ebenso wie Canada die niedrigste Kindersterblichkeit von allen amerikanischen Staaten - trotz der fast 50 Jahre andauernden Wirtschaftsblockade gegen Cuba, die von Washington aus betrieben wird.

Weltweit liegt der Durchschnitt der Kindersterblichkeitsrate nach Angaben der Vereinten Nationen bei 49,4 pro 1000.

Ein in der Zeitung Granma veröffentlichter Artikel belegt, dass in 17 der 168 Gemeinden in Cuba im letzten Jahr sogar eine Sterblichkeitsrate von 0,0 erreicht wurde. In der Provinz Las Tunas betrug sie 3,5 pro 1.000 und sechs weitere Provinzen (Artemisa, Pinar del Rio, Holguin, Havana, Ciego de Avila und Granma) lagen ebenfalls unter dem Landesdurchschnitt.

Das zentrale Büro für Statistik im Gesundheitsministerium gab bekannt, dass die Anzahl der Geburten im letzten Jahr im Vergleich zu 2010 um 5.317 anstieg.



Der Papst besucht Cuba im März 2012

Der angekündigte Besuch des Papstes Benedict XVI wird vom 26. - 28. März dieses Jahres statt finden, darauf haben sich die cubanischen Behörden mit der katholischen Bischofskonferenz geeinigt.

Der Papst wird von Mexico aus - wo er seine Lateinamerikareise am 23. März beginnt - in Santiago de Cuba eintreffen. Auf dem dortigen Antonio Maceo Revolutionsplatz wird er eine Open Air Messe halten und auch den Altar der Barmherzigen Jungfrau von Cobre, der cubanischen Schutzpatronin, besuchen.

Danach wird Benedict XVI den Staatspräsidenten Raul Castro in Havanna treffen sowie katholische Würdenträger Cubas.

Vor seiner Rückreise wird er auch noch eine Open Air Messe auf dem Platz der Revolution in Havanna lesen.

Nach einem Brasilienbesuch im Jahr 2007 ist dies die zweite Reise des Papstes nach Lateinamerika.



UJC Leiterin: 2012 wird ein bedeutsames Jahr für die cubanische Jugend sein

Liudmila Alamo, die erste Sekretärin der Liga Junger Cubanischer KommunistInnen, sieht in dem gerade begonnenen Jahr unermüdete Arbeit, aber auch große Freude auf die junge Generation in Cuba zukommen. In diesem Jahr wird diese Organisation nämlich den 50. Jahrestag ihrer Gründung feiern.

Alamo, die auch Mitglied im Zentralkomitee der Cubanischen Kommunistischen Partei ist, sah auch schon im Jahr 2011 eine intensive Teilnahme der cubanischen Jugend in allen gesellschaftlichen Bereichen. Insbesondere die Unterstützung des Analyseprozesses der Politischen, Wirtschaftlichen und Sozialen Leitlinienentwürfe war bemerkenswert. Außerdem wurde der 5. Kongress der Pioniere (1. bis 9. Klasse) durchgeführt.

Staatsbesuch in China

Der Vizepräsident des cubanischen Ministerrates Ricardo Cabrisas betonte bei einem Treffen mit dem Politbüromitglied der Chinesischen Kommunistischen Partei, Zhou Yongkang, die ausgezeichneten Beziehungen zwischen der cubanischen Insel und der Asiatischen Nation.

Das Treffen fand im Großen Palast des Volkes statt und beide Gesprächspartner sprachen sich für eine weitere Stärkung der gegenseitigen Beziehungen zwischen ihren Ländern aus.

Cabrisas leitete bei diesem offiziellen Besuch eine Delegation, die an der 24. Tagung der zwischenstaatlichen Kommission für ökonomische und Handelsbeziehungen zwischen Cuba und China teilnahm.

Thema dieser Kommission unter Vorsitz von Cabrisas und dem chinesischen Handelsminister Chen Demin war der Gedankenaustausch über eine mittelfristige Kooperationsplanung, entsprechend der Rahmenvereinbarungen, die im letzten Juni unterzeichnet worden waren. Damals war der chinesischen Vizepräsident Xi Jinping zu Gast in Cuba.

China ist weiterhin der zweitwichtigste Handelspartner Cubas, so der bisherige Cubanische Botschafter in China, Carlos Miguel Pereira Hernandez.

Ricardo Cabrisas traf sich weiterhin mit Premierminister Wang Qishan, dem Vorsitzenden der Chinesischen Entwicklungs- und Reformkommission Zhang Ping, und dem Bürgermeister von Peking Guo Jinlong. Mit dem Letzteren besprach er Aspekte hinsichtlich einer Kooperation zwischen Peking und Havanna.

Quellen: www.cubanews.ain.cu
ainnews@ain.cu

Absender/Absenderin

.....
.....
.....
Straße und Hausnummer oder Postfach

.....
.....
Postleitzahl Ort

Bitte
freimachen

Postkarte

Freundschaftsgesellschaft BRD-CUBA

Maybachstr. 159

50670 Köln

CARTOON VON GERARDO HERNANDEZ NORDELO



GLÜCKWUNSCH ZUM 53. JAHRESTAG DER REVOLUTION, BRÜDER! JEDES JAHR, JEDER MONAT ...

**ES LEBE RAÚL! ES LEBE FIDEL!
ES LEBE DAS FREIE CUBA!
NIEDER MIT DER BLOCKADE!
ES LEBE DIE REVOLUTION!**

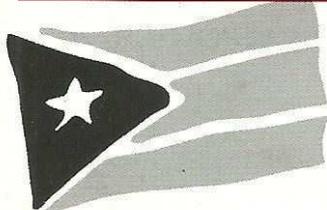
... JEDER TAG, AN DEM WIR WIDERSTAND LEISTEN UND WEITER VORAN KOMMEN, IST EIN NEUER SIEG ...

**100% CUBANISCHER SOZIALISMUS!
ES LEBE DER FRIEDEN!
DIE CUBANER KAPITULIEREN NICHT NOCH VERKAUFEN SIE SICH!
MIT ALLEN UND ZUM WOHLER VON ALLEN! WIR BRECHEN DAS SCHEMA!
NIEDER MIT DER KOPFBLOCKADE VON BÜROKRATEN!**

... GEGENÜBER ALL DENEN, DIE SEIT MEHR ALS EINEM HALBEN JAHRHUNDERT VERSUCHEN, UNS ZU BEUGEN.

**NIEDER MIT DEM TERRORISMUS!
FREIHEIT FÜR DIE 5!
SEIEN WIR STOLZ CUBANER ZU SEIN!**

Ich möchte:



- Als Brigadist 3 Wochen in Cuba arbeiten – schickt mir Infos dazu!
- Informationen über Projekte der FG
- Mich zur BDK 2012 anmelden

- Die Zeitschrift CUBA LIBRE abonnieren
- Informationsmaterial über die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V.
- Mitglied der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. werden
- Jugendmitglied (bis 18 Jahre) werden für nur 1,- € pro Monat
- Meinen Beitrag von 3,- € auf 7,- € mtl. erhöhen.
- Einen Förderbeitrag von ____ € (mind. 10,- €) monatl. abbuchen lassen.
- Mein Konto hat sich geändert, ich füge die neu ausgefüllte Einzugsermächtigung bei.

Name :

Straße:

PLZ/Ort:

Telefon: E-Mail:

Datum: Unterschrift:

WichtigWichtigWichtig

Bei Umzug: Neue Adresse ggfs. Bankverbindung in der Geschäftsstelle mitteilen!

WichtigWichtigWichtig

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

